

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Fritz Vilmar/Brigitte Runge

Soziale Selbsthilfe — Privatisierung oder
Vergesellschaftung des Sozialstaats?

Soziale Selbsthilfegruppen in der Bundesrepublik

Klaus Schaper

Sozial- und arbeitsmarktpolitische
Auswirkungen neuer sozialer Bewegungen

Klaus von Beyme

Neue soziale Bewegungen
und politische Parteien

B 44/86

1. November 1986

Fritz Vilmar, Dr. phil., geb. 1929; Studium der Theologie und Politischen Soziologie; Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, 1965; (mit W. Moeller) Sozialistische Friedenspolitik für Europa, 1972; Strategien der Demokratisierung, 2 Bde., 1973; (mit K. O. Sattler) Wirtschaftsdemokratisierung und Humanisierung der Arbeit, 1978; (mit L. Kießler) Arbeitswelt: Grundriß einer kritischen Soziologie der Arbeit, 1982; (mit K. J. Scherer) Ökosozialismus?, 1985; (mit B. Runge) Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft?, 1986.

Brigitte Runge, geb. 1931; Soziologin, Studium der Soziologie in Frankfurt und Berlin; bis 1969 Studienleiterin in der Sozialforschung, später Marktforschung, Projektmanagement in der Industrie; seit 1982 freiberufliche wissenschaftliche Arbeit über Selbsthilfegruppen.

Veröffentlichung: (mit Fritz Vilmar) Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft?, Essen 1986.

Klaus Schaper, Dr. rer. soc., geb. 1947; Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Bochum und Innsbruck; Studienrat im Hochschuldienst an der Ruhr-Universität Bochum, Fachbereich Sozialwissenschaft, Sektion Sozialpolitik; Forschungsschwerpunkte: Soziale Sicherung, Gesundheitsökonomik/-politik, Arbeitsmarkt.

Veröffentlichungen u. a.: Kollektivgutprobleme einer bedarfsgerechten Inanspruchnahme medizinischer Leistungen, Frankfurt 1978; Die Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 176, Bonn 1985⁴.

Klaus von Beyme, Dr. phil., geb. 1934; von 1967 bis 1974 Professor für Politikwissenschaft in Tübingen, seit 1974 in Heidelberg.

Veröffentlichungen u. a.: Parlamentarische Regierungssysteme in Europa, 1973²; Politische Theorien der Gegenwart, 1986⁶; Interessengruppen in der Demokratie, 1980⁵; Parteien in westlichen Demokratien, 1984²; Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 1985⁴.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Soziale Selbsthilfe — Privatisierung oder Vergesellschaftung des Sozialstaats?

Ergebnisse einer Studie über die Sozialen Selbsthilfegruppen
in der Bundesrepublik Deutschland

I. „Politik von unten“ — exemplarische Beispiele

Wachsende aktive Minderheiten haben sich in den letzten 10–15 Jahren zu neuen Formen der Eigeninitiative, des sozialen Engagements und der Selbsthilfeorganisation zusammengeschlossen. Sie haben erkannt, was die meisten Politiker noch nicht wahrhaben wollen: Privatwirtschaft und Staat sind oft kaum noch in der Lage, mit den sozialen Notständen fertig zu werden, die Arbeitswelt menschwürdiger zu gestalten und die kulturellen Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Soll unsere Lebenswelt nicht zunehmend verflumen, unsere Arbeitswelt nicht in einer andauernden Beschäftigungskrise und durch weitere „Plünderungen“ unseres Planeten unmenschlich werden, so muß solidarische Selbsthilfe vieler sozial engagierter Gruppen eingreifen. Und sie haben in diesem Sinne zu handeln begonnen¹⁾. An gesichts fragwürdig werdender Sozialstaats-Omnipotenz lernen viele wieder neu (und meist ohne jeden ideengeschichtlichen Rückbezug), was seit langem in den Sozialzyklen der Päpste — als Prinzip der *Subsidiarität* —, aber auch von Sozialliberalen und libertären Sozialisten gefordert worden ist: daß man die Gestaltung eines humanen Gemeinwesens eher der solidarischen Kooperation vieler gesellschaftlicher Gruppen überantworten sollte als den zentralistischen Sozialbürokratien des Staates. (Was aber keineswegs Abbau, sondern Umbau des Sozialstaats bedeutet; vgl. Kap. V).

Diese lernfähigen, aktiven, nicht länger staatsgläubigen Minderheiten haben begonnen, in ihrem unmittelbaren Lebensbereich die Existenzbedingungen für sich und andere menschlicher zu gestalten: oft in konstruktiver, aber kritischer Zu-

sammenarbeit mit etablierten Verwaltungen, oft auch unabhängig und in Konfrontation mit ihnen. Sie haben begonnen, den bürokratischen und privatwirtschaftlichen Strukturen ansatzweise Alternativen entgegenzusetzen, sie zeigen neue Möglichkeiten des Zusammenlebens, erproben nicht-ausbeuterische, genossenschaftliche Kooperationsformen in der Arbeitswelt.

Wie unsere Praxisberichte²⁾ zeigen, können das Bergarbeiterfamilien sein, die sich gegen den Abriß ihrer alten Siedlung wehren und durchsetzen, daß sie statt dessen modernisiert wird. Es können Mieterinitiativen sein, die sich gegen das Spekulantentum in ihrem Stadtteil wenden, oder Bürger, die nicht nur durch ihren Widerstand, sondern durch eigene konstruktive Vorschläge Einfluß auf die Stadtplanung gewinnen. Es können Jugendliche sein, die sich ihre eigenen Zentren aufbauen oder aktiv beim Umweltschutz mitarbeiten. Es können Gruppen sein, die in selbstorganisierten Stadtteilzentren eigene Bildungs- und Kulturangebote — jenseits des offiziellen und subventionierten Kulturbetriebes — realisieren. Es können Eltern und Lehrer sein, die in Freien Schulen dafür sorgen, daß Kinder nicht nur Lesen und Schreiben, sondern auch Leben lernen. Es können Gesprächsgruppen sein, in denen chronisch Kranke und Behinderte für sich und andere, mit ähnlichen Leiden Kämpfende, psychosoziale Hilfen schaffen, wo das bürokratisierte, professionelle Gesundheitssystem versagt.

Einige Betriebsräte oder betriebliche Gruppen treffen Vereinbarungen mit Unternehmensleitungen, um freiwillig kürzer zu arbeiten und damit Arbeitsplätze zu erhalten oder neue zu schaffen. Beispiele von kibbutzartigen Vollgenossenschaften zeigen, daß es möglich ist, nicht nur genossenschaftlich, ohne Privatkapital, miteinander zu arbeiten, sondern auch miteinander zu leben und gesellschaftspolitisch aktiv zu werden.

¹⁾ Vgl. als Ergebnis mehrjähriger Studien: Fritz Vilmar/Brigitte Runge, Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft? 40 000 Selbsthilfegruppen: Gesamtüberblick, politische Theorie und Handlungsvorschläge, Essen 1986. Im folgenden geht es vor allem um die wichtigsten Fakten und gesellschaftspolitischen Schlußfolgerungen. Für konstruktive und kritische Mitarbeit an diesem Text danken wir Eve Bösser und Bernd Vorjans.

²⁾ F. Vilmar/B. Runge (Anm. 1), S. 158–350.

Andere selbstorganisierte Gruppen versuchen in Zusammenarbeit mit Bewohnern von Obdachlosensiedlungen, diese aus ihrer Passivität, Resignation und aus dem Leben im Getto zu befreien, andere helfen Strafgefangenen, nach ihrer Haftzeit in der Gesellschaft wieder Fuß zu fassen, wieder andere organisieren ambulante Pflegedienste für Behinderte und zeigen damit eine Alternative zur Kasernierung in Heimen; wieder andere Gruppen eröffnen Gesundheitsläden und helfen Menschen, nicht länger hilflos der Fremdbestimmung durch das offizielle Gesundheitssystem ausgeliefert zu sein. Frauengruppen schaffen Frauenzentren, Frauenbuchläden und -Cafés, um durch soziale, solidarische Selbsthilfe Gegenpositionen zur patriarchalischen Herrschaft in dieser Gesellschaft zu schaffen.

Vielen anderen „alternativen“ Gruppen an Organisationskraft und Zusammenhalt weit voraus sind die anthroposophischen Gruppen, die seit Jahrzehnten soziale Selbsthilfe verwirklichen: durch ihre repressionsfreieren Schulen, eine alternative Bank, genossenschaftsartig organisierte Krankenhäuser (ohne den „Halbgott im weißen Kittel“), eine sozialwissenschaftlich vorbildliche, nichtstaatliche medizinische Hochschule — und nicht zuletzt durch ökologisch („biodynamisch“) und meist genossenschaftlich arbeitende, von Freundeskreisen mitgetragene Landwirtschaftsbetriebe. Aber auch das Netzwerk Selbsthilfe versucht erfolgreich, durch finanzielle Mittel von zahlungskräftigen, „alternativ“ orientierten Mitbürgern Gruppen zu unterstützen, die humanere Produktions-, Dienstleistungs- und Informationsstrukturen aufbauen wollen.

Hunderte von Friedensinitiativen haben begonnen, nicht nur gewaltfreien Widerstand gegen die lebensbedrohenden Rüstungsprozesse zu organisieren, sondern durch eine breite Bildungsarbeit friedenspolitische Alternativen zu dem herrschenden System der „organisierten Friedlosigkeit“ zu entwickeln.

Mit diesen insgesamt über 40 000 Gruppen der Sozialen Selbsthilfe in der Bundesrepublik³⁾ voll-

³⁾ Nur am Rande kann hier darauf verwiesen werden, daß in anderen Ländern die Selbsthilfebewegung bereits weit größeren Umfang angenommen hat: Vgl. die zusammenfassenden Angaben von C. Badelt, Sozioökonomie und Selbstorganisation: Beispiele zur BürgerSelbsthilfe und ihre wirtschaftliche Bedeutung, Frankfurt-New York 1980, S. 241 ff., über die Selbsthilfegruppen

zieht sich etwas nicht nur quantitativ, sondern in doppelter Hinsicht qualitativ Neues in unserer Politischen Kultur: Kritische, aktive Minderheiten haben begonnen, nicht nur wie bisher Mißstände im bestehenden Gesellschaftssystem zu kritisieren — sie arbeiten vielmehr in ihrem unmittelbaren Lebens- und Arbeitsbereich an der Beseitigung dieser Mißstände. Und zwar nicht nur im Sinne der psychosozialen Reparatur. In sehr vielen Fällen entwickeln sie menschlichere, weniger herrschaftliche, weniger entfremdete Alternativen des Zusammenlebens und -arbeitens.

In der gesellschaftspolitischen Perspektive dieses — nach einem halben Jahrtausend staats-„absolutistischer“ Bevormundung wieder in Gang kommenden — Prozesses entwickelt sich das Leitbild einer „Selbsthilfe-Gesellschaft“ (Horst-Eberhard Richter), in der autonome soziale Selbstorganisationen schrittweise wieder vieles übernehmen können, was ein überzentralisierter, überbürokratisierter Versorgungsstaat den Bürgern mehr und mehr abgenommen hat, Fürsorge mit Herrschaft und Entmündigung fatal verknüpfend.

Unsere Praxisbeispiele und -konzepte dokumentieren diesen schwierigen Weg vorwärts, zurück zu einer dezentralisierten, sich selbst helfenden Gesellschaft nicht aus abstrakt-normativen Gründen: Wir unterstützen mit unserer Theoriearbeit die Selbsthilfebewegung vielmehr aus ganz pragmatischem *Überlebensinteresse*: Weil angesichts notwendigerweise geringem oder schrumpfendem Wirtschaftswachstum, Massenarbeitslosigkeit und damit zunehmender Finanzierungslücken des „Sozialstaats“ eben dieser Staat gezwungen wird, soziale und kulturelle Funktionen entweder *aufzugeben* oder *abzugeben*, und weil überdies autonome gesellschaftliche Gruppen diese Aufgaben humaner und effektiver wahrnehmen können, wenn der Staat (die Sozial- und Kultusbürokratie) eingesparte Mittel in *vollem Umfang* diesen Gruppen zur Verfügung stellt. Gelingt dieser *Umbau des Sozialstaats durch zunehmende Übernahme von Aufgaben* durch soziale Selbsthilfegruppen — bei entsprechenden Budgettransfers — nicht, so werden wir einen gefährlichen Zerfall nicht nur des Sozialstaats, sondern unserer Gesellschaft überhaupt erleben.

in England und USA. Überträgt man die Größenordnung der Selbsthilfe in den USA proportional auf die Bundesrepublik, dann müßte es hier nicht 40 000, sondern 300 000-400 000 Soziale Selbsthilfegruppen geben.

II. Zur Begriffserklärung: Was ist eine Soziale Selbsthilfegruppe?

Es fehlt nicht an Versuchen, anstelle des inflationär verwendeten Begriffs „Selbsthilfe“ für sozial engagierte Gruppenaktivitäten neue Begriffsbildungen einzuführen⁴⁾. Nachdem sich jedoch in den letzten Jahren der Begriff der „Selbsthilfe“ als der bei weitem am häufigsten verwendete Ausdruck für die Aktivität sowohl der mehr für sich selbst wie der sozial engagierten Gruppen herauskristallisiert hat, erscheint es unpraktisch und für die Verständigung hinderlich, mit einem begrifflichen Eigenbau in die Diskussion zu gehen. Es ist allerdings notwendig, daß man sehr genau zwei intentional verschiedene Arten von „Selbsthilfe“ unterscheidet, nämlich

— *Private Selbsthilfe*: Aktivitäten von Gruppen, deren Mitglieder weitgehend nur sich selbst helfen wollen (wie etwa kommerzielle Genossenschaften, Hobbygruppen, Hausbaugemeinschaften), und

— *Soziale Selbsthilfe*: Aktivitäten von Gruppen, die auch anderen helfen wollen, einem größeren Kreis von Betroffenen, zu dem die Aktiven aber oft auch selbst gehören.

Beim zweiten Typ heißt dieses „selbst“ etwas qualitativ anderes als beim ersten Typ: Diese Gruppen wollen nicht auf das Handeln des Staates, der Sozialverwaltung etc. warten, sondern — unabhängig von offiziellen Institutionen — selbst handeln, selbst Hilfe leisten, Verhältnisse ändern, aber nicht nur für sich selbst, sondern auch für andere. Für diese Gruppen brauchen wir einen möglichst präzisen Namen. Um den undifferenzierten Selbsthilfe-Begriff zu präzisieren, schlagen wir vor, diese spezifische Art als „*Soziale Selbsthilfe*“ zu bezeichnen⁵⁾. Es ist aber sinnvoll, dar-

über hinaus den Begriff der Sozialen Selbsthilfe noch durch die folgenden Bestimmungselemente zu konkretisieren, die sich aus der Beschäftigung mit über 200 Gruppenberichten ergeben haben. Durch diese Erfahrungen sind wir zu vier zentralen Bestimmungselementen gekommen:

— *Autonomie*: Handeln aufgrund selbstbestimmter Vereinigung von Bürgern, nicht veranlaßt und geleitet von einer Organisationszentrale;

— *Selbstgestaltung*: Handeln als freiwilliges Mitgestalten, nicht nur Mitbestimmen gesellschaftlicher Tatbestände — sei es als Ergänzung, sei es als Reform von oder als Alternative zu bestehenden Sozialstrukturen;

— *Solidarität* (Sozialengagement): Handeln nicht nur für sich, sondern auch für andere bzw. für ein größeres Gemeinsames — ein Gemeinwohl, *mit dem Ziel einer alternativen Lebensordnung*, einer solidarischen statt der bestehenden Herrschaftsgesellschaft;

— *Betroffenheit*: Handeln in einem überschaubaren, von den Handelnden kompetent mitgestaltbaren gesellschaftlichen Nahbereich in der Lebens- oder Arbeitswelt.

Neben diesen sind auch noch einige weitere, weniger essentielle Bestimmungselemente zu finden⁶⁾. Natürlich geht es nicht darum, diese Handlungsnormen dogmatisch der Bestimmung einer Initiativ-Gruppe als Sozialer Selbsthilfegruppe zugrunde zu legen, aber sie gelten als intentionale Kategorien zur Selbstverständigung und öffentlichen Klärung dessen, was Soziale Selbsthilfe ist und was nicht.

Es soll hier allerdings ausdrücklich noch einmal der einleitend schon erwähnte ideengeschichtliche Bezug hergestellt werden, der zwar den meisten Gruppen nicht bewußt ist, dessen Bewußtwerden aber die gesamte Selbsthilfe-Diskussion — jenseits vordergründiger ideologischer Vereinnahmung — auf ein höheres, angemesseneres sozialtheoretisches Niveau bringen könnte: Soziale Selbsthilfe bestätigt und praktiziert das Prinzip optimaler Dezentralisierung gesellschaftlicher Organisation — anders ausgedrückt: *das Prinzip der Subsidiarität*. Der prominenteste Vertreter der katholischen Soziallehre, Oswald v. Nell-Breuning, hat mit Recht darauf hingewiesen, daß dieses

⁴⁾ So sprach z. B. Hegner von „Sozialer Aktion“, Pankoke von „selbstaktiven Feldern“, Beywl/Brombach von „Neuer Selbstorganisation“, Vilmar (1979) von „Sozialengagement“ und die Stiftung DIE MITARBEIT von „Selbsthilfeinitiativen“. Vgl. dazu F. Hegner, Praxisbezogene Orientierungspunkte für Veränderungen im System der sozialen Sicherung. Bürgernähe, Sozialbürgerrolle, soziale Aktion, Bielefeld 1979; E. Pankoke, Selbstaktive Felder in der Sozialarbeit. Gruppenselbsthilfe und ehrenamtlicher Sozialdienst, in: Sozialpädagogische Blätter (1983) 4, S. 129 ff.; W. Beywl/H. Brombach, Neue Selbstorganisationen. Zwischen kultureller Autonomie und politischer Vereinnahmung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/84, S. 15 ff.; F. Vilmar, Demokratisierung, Sozialisierung und Sozialengagement des Bürgers, in: G. Schwan (Hrsg.), Demokratischer Sozialismus für Industriegesellschaften, Köln-Frankfurt, 1979, S. 64 ff.; Stiftung DIE MITARBEIT, Selbsthilfeinitiativen in Darmstadt, 1985.

⁵⁾ Natürlich ist auch der Begriff des Sozialen noch unscharf; aber der schärfere Begriff der „gesellschaftlichen

Selbsthilfe“ ist wiederum zu anspruchsvoll, weil viele Gruppen dadurch auf einer Ebene des Handelns und Bewußtseins angesiedelt werden, die ihren Zielen weder subjektiv noch objektiv entspricht.

⁶⁾ Vgl. F. Vilmar/B. Runge (Anm. 1), S. 16 ff.

Prinzip eines nicht vorrangigen, sondern im Bedarfsfall hilfeleistenden Handelns des Staates keine Erfindung der päpstlichen Sozialzyklen

ist, sondern ein sehr alter liberaler Grundsatz, der u. a. bereits bei Abraham Lincoln präzisen Ausdruck gefunden hat⁷⁾.

III. Größenordnung, Aktionsbereiche und gesellschaftliche Ursachen

Jahrelang haben unzutreffende, nämlich viel zu geringe Hochschätzungen über die Anzahl der Sozialen Selbsthilfegruppen die Diskussion irreführt, meist durch eine zu eingengegte Sicht (etwa auf soziale oder therapeutische Selbsthilfegruppen), vor allem aber durch die Übernahme der von J. Huber⁸⁾ vorgelegten pseudo-exakten (Prozent-)Zahlen, die immer wieder zitiert wurden. Inzwischen wissen wir aufgrund der Hochschätzungen aus sechs lokalen/regionalen Felduntersuchungen, daß es nicht, wie Huber meinte, 11 500 Selbsthilfegruppen, sondern bereits 1980/82 30 000–40 000 gab, 1984 sogar eher 50 000, in denen 500 000–700 000 Menschen aktiv sind⁹⁾. Mit anderen Worten: Wir können, wenn wir aus den Untersuchungen der ersten Hälfte der achtziger Jahre einen sehr vorsichtigen, auch Rückschläge dieser Bewegungskultur berücksichtigenden Mittelwert wählen, sicher mit 40 000–45 000 Sozialen Selbsthilfegruppen in der Bundesrepublik und West-Berlin rechnen.

Die Ergebnisse der Hochschätzungen werden bestätigt, wenn man die quantitativen Angaben durch Einzelstudien ermittelter Arbeitsschwerpunkte zusammenfaßt. Hier erkennen wir gleichzeitig die Größenordnungen wichtiger Selbsthilfe-Bereiche, gemessen an der Zahl der zwischen 1980 und 1985 ermittelten Gruppen, „Projekte“, „Zentren“ etc. Die folgende Tabelle¹⁰⁾ zeigt, daß bei dieser Zusammenstellung etwa 34 000 Soziale

Selbsthilfegruppen zusammenkommen. Da hier nur etwa vier Fünftel der Arbeitsschwerpunkte quantitativ erfaßt sind, zeigt sich die hochgeschätzte Gesamtzahl von 40 000–45 000 als durchaus realistisch:

Größenordnung wichtiger Selbsthilfe-Bereiche

Empirisch belegte Zahlen oder Schätzwerte

10 000–12 000	Neue Genossenschaften
6 000–10 000	Kranken- und Lebenshilfe-Selbsthilfegruppen
5 000	Dritte-Welt-Gruppen
3 000	Jugendzentren
1 900	Arbeitsloseninitiativen
1 000	Frauen-Projekte
1 000	Friedens-Bildungs-Initiativen
700	Eltern-Selbsthilfegruppen
300–400	Alternative Zeitungen und Zeitschriften
200–250	Bau-Selbsthilfegruppen in Berlin-West
200	freie Initiativen in der Straffälligenhilfe
200	Jugendwohngemeinschaften
180	Initiativen in Obdachlosensiedlungen
140	Alten-Initiativen
140	alternative Schulen incl. Waldorfschulen
120	Sozio-kulturelle Zentren
20–30	Gesundheitsläden
ca. 20	Wissenschaftsläden

Die wachsende Bedeutung der Sozialen Selbsthilfegruppen im gesellschaftlichen Leben der Bundesrepublik wird deutlich, wenn man sich einen empirisch fundierten Gesamtüberblick über alle Aktionsbereiche und die wichtigsten Arbeitsschwerpunkte Sozialer Selbsthilfe verschafft, die Größenordnung und den Grad der Vernetzung in diesen Bereichen zu ermitteln versucht und erst aufgrund dessen die sehr verschiedenen Problemlagen, Schwierigkeiten und Konflikte („Staatsknete“?, Selbstausschöpfung? Privatisierung des Sozialstaats?) ins Auge faßt. Es zeigt sich dann, daß Soziale Selbsthilfe als alternative, selbst organisierte Praxis und Perspektive gesellschaftlicher Daseinsgestaltung weit über den Bereich der viel

⁷⁾ O. v. Nell-Breuning, Das Subsidiaritätsprinzip, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, (1976) I, S. 6 ff., Nell-Breuning zitiert hier (S. 6) Lincoln u. a. mit dem Leitgedanken: „In all das, was die Leute ebenso gut selber tun können, hat die Regierung sich nicht einzumischen.“ Ganz im Sinne v. Nell-Breunings, der notwendige sozialstaatliche Leistungen durch Selbsthilfe nicht ersetzt, sondern ergänzt sehen will, hat sich inzwischen auch die Kommission Grundwerte der SPD, zum Unbehagen mancher noch etatistisch orientierter Linker, zum Subsidiaritätsprinzip bekannt. Vgl. E. Eppler (Hrsg.), Grundwerte und Godesberger Programm, Reinbek 1984, S. 156 f.

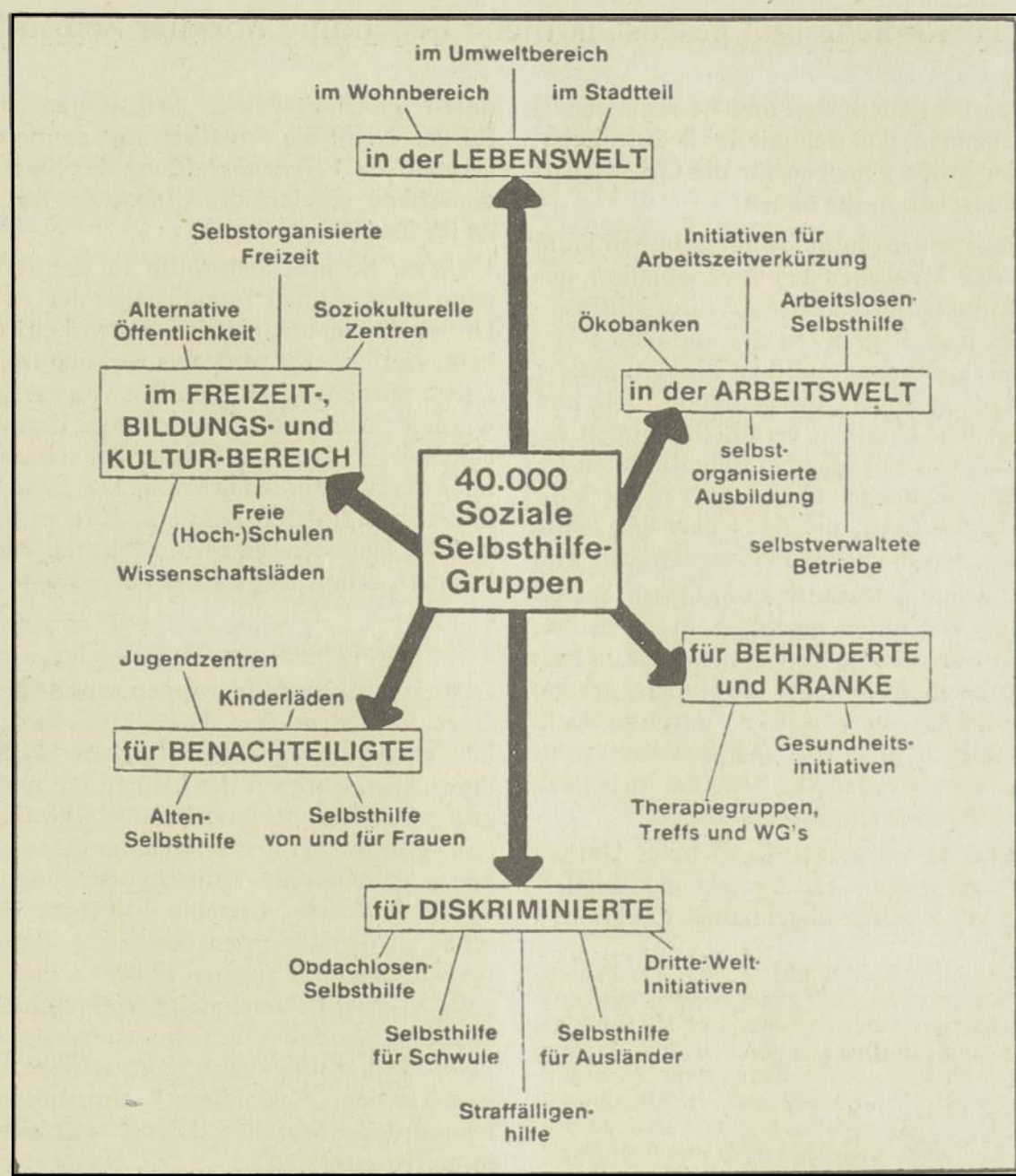
⁸⁾ J. Huber, Wer soll das alles ändern? Die Alternativen der Alternativbewegung, Berlin 1980, S. 28.

⁹⁾ Es handelt sich um Felduntersuchungen in Bonn/Köln 1979/80, Berlin 1980, Oberhausen 1982, Darmstadt 1984, Berlin 1984, Nagold 1984; vgl. F. Vilmar/B. Runge (Anm. 1), S. 27–30.

¹⁰⁾ Einzelbelege bei F. Vilmar/B. Runge (Anm. 1), S. 31, S. 163–316.

zitierten therapeutischen und Gesundheitsgruppen, aber auch weit über den Bereich der „Alternativprojekte“ oder der soziokulturellen Zentren hinauswirkt. Sechs große Aktionsbereiche mit ins-

gesamt ca. 25 Arbeitsschwerpunkten treten in Erscheinung, wenn man gründlich und ohne Verengung des Blickes aufnimmt, was sich in der Selbsthilfebewegung tut:



Angesichts einer solchen, erst in den letzten anderthalb Jahrzehnten derart angewachsenen Bewegung stellt sich zwangsläufig die Frage nach den Ursachen. Sie ist nicht einfach zu beantworten; sicher ist nur, daß die häufig zu hörende Erklärung falsch ist: sie sei eine Folge der (Finanz-)Krise, ein Notbehelf, wo der Sozialstaat versagt. Aus unseren Gruppen-Interviews und den Analysen von ca. 200 Projekten ergibt sich eine kompliziertere Antwort: Es sind mindestens drei Faktoren, die zu dieser soziokulturellen Selbsthilfebewegung geführt haben — also ein Ursachenbündel:

- soziale Notstände, die die Sozialpolitik aufgrund ihrer finanziellen und strukturellen Defizite („bürokratischer Zentralismus“) nicht bewältigt: Massenarbeitslosigkeit, Verslumung, Benachteiligung von Frauen, Alten, Jugendlichen, Ausländern etc., mangelnde Versorgung von Kranken, Kasernierung in „Heimen“, „Anstalten“ aller Art etc.,
- Streben nach alternativen Strukturen des Arbeits-, Sozial-, Kultur- und Zusammenlebens: Kooperative, (therapeutische) Wohngemeinschaften, freie Schulen und „soziokulturelle“ Jugendzentren, Frauenzentren etc., vor allem aber

— eine wesentlich gewachsene soziale Handlungsbereitschaft von aktiven Minderheiten, die nicht länger mehr als „Sozialleistungs-Konsumenten“

nur auf das helfende Handeln des Staates warten, sondern für sich und andere Abhilfe und alternative Strukturen schaffen¹¹⁾).

IV. Persönliche und gesellschaftliche Bedeutung Sozialer Selbsthilfe

Aus unseren Praxisberichten und Befragungen¹²⁾ läßt sich erkennen, daß sich mit der Selbsthilfebewegung vier große Chancen für die Gesellschaft und die Menschen in ihr bieten:

Erstens: Engagement in Selbsthilfegruppen kann bewirken, daß Menschen aus ihrer Isolation, aus ihrer beschränkten Privatexistenz, ihrer Hilflosigkeit und Fremdheit inmitten der anonymen Gesellschaft herauskommen und zu Formen aktiver Gemeinschaft gelangen, die sinnvolle Ziele und gute menschliche Kontakte vermitteln können. Jeder weiß, daß das Engagement in bestimmten sozialen Zusammenhängen häufig auch zu persönlichen Kontakten führt, die dann ebenso wichtig sind wie das, was man unmittelbar erreichen will.

Zweitens: Soziale Selbsthilfe kann Gesellschaftsveränderung von unten bewirken. Sie bedeutet, nicht länger nur auf eine Reformmehrheit im Parlament warten zu müssen, um die Humanisierung gesellschaftlicher Verhältnisse durchzusetzen. Das ist mit dem Stichwort „Graswurzelrevolution“ bezeichnet worden. Es bedeutet eine neue Art von außerparlamentarischer Arbeit.

Drittens: Soziale Selbsthilfe kann beim Umbau des Staates mitwirken. Sie bewirkt die Wiederaneignung vieler seiner angemaßten Funktionen

¹¹⁾ Wir haben in unserer Studie (S. 98 ff.) empirische Daten des Wertewandels, der zunehmenden Partizipationsbereitschaft und freien Zeit vorgelegt. Nicht nur hat sich das allgemeine Interesse an Politik in den 30 Jahren der deutschen Nachkriegsentwicklung mehr als verdoppelt (von 27% auf 58% der Befragten, lt. Allensbacher Jahrbuch 1983, S. 339), auch das konkrete soziale Engagement ist beachtlich: Nach einer repräsentativen Befragung der 16- bis 70jährigen (J. Braun/P. Röhrig, Soziales Engagement und Selbsthilfe in der arbeitsfreien Zeit, Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Oktober 1984, S. 5) sind immerhin zwischen 7 und 18% an irgendwelchen sozialen Selbsthilfeaktivitäten beteiligt, und nach H. Raffée/P. Wiedmann (Das gesellschaftliche Bewußtsein in der Bundesrepublik und seine Bedeutung für das Marketing, Hamburg 1983, S. 57 ff.) gibt es eine beachtliche aktive „Kerngruppe“ von Bundesbürgern, 10–11 Millionen, also etwa ein Viertel der Erwachsenen, die zu persönlichem gesellschaftlichem Engagement bereit sind.

¹²⁾ Vgl. dazu F. Vilmar/B. Runge (Anm. 1), S. 35–65, sowie unsere Berliner Feldstudie: F. Vilmar/Projektgruppe, Soziale Selbsthilfegruppen in Berlin (West). Größenordnungen, Aktionsbereiche und Existenzgrundlagen. Occasional paper des Fb. Pol. Wiss. der FU Berlin, Nr. 16/1986. (Mit einer annähernd repräsentativen Befragung von 129 der ca. 1 800 SSG.)

durch gesellschaftliche Selbstorganisation der Bürger. Nicht die Privatisierung, sondern im Gegenteil: die *Vergesellschaftung* des Staates, nicht der Abbau, sondern der Umbau des Sozialstaates ist ihr Ziel.

Viertens: Soziale Selbsthilfe in der Arbeitswelt kann beim Abbau fremdbestimmter Arbeit und Unternehmensorganisation mitwirken, sie kann beim Aufbau einer erstmals wirklich freien Wirtschaft mithelfen, nämlich frei von menschenunwürdiger Ausbeutung, Abhängigkeit und Hierarchie. Dies ist zweifellos bisher der schwächste Bereich der Selbsthilfebewegung. Das kann sich aber ändern; in anderen Ländern, etwa in Italien, ist z. B. die genossenschaftliche Selbsthilfe in der Arbeitswelt schon viel stärker ausgeprägt.

Selbstveränderung

In sozialen Selbsthilfegruppen wird das Leben des einzelnen lebendiger: durch Mitgestaltungsmöglichkeiten im gesellschaftlichen Nahbereich durch Überschreiten des kleinen Ich und des Familienzirkels in Richtung auf ein größeres, aber noch unmittelbar überschaubares Ganzes. Dies ist keine akademische Wunschvorstellung, sondern durch zahlreiche Berichte belegbar: Die Menschen in den Gruppen bestätigen, daß sie eine Ausweitung ihrer eigenen Existenz, ihres Lebensgefühls, ihrer Lebensinhalte erfahren haben. Entscheidend ist dabei freilich das Prinzip der *Autonomie*. Daher sind auch alle Vorschläge, einen obligatorischen „Sozialdienst“ einzuführen, abzulehnen: Jeder derartige „Dienst“ würde die Eigeninitiative zerstören.

Wenn man aber jeden „freiwilligen Zwang“ ablehnt, so stellt sich die schwierige Frage, wie man mehr Menschen zu einem autonomen Engagement ermutigen kann: zu der Einsicht, daß es nötig ist, aber auch die eigene Lebensqualität verbessert, sich in gesellschaftliche Zusammenhänge einzumischen. Zweifellos ergeben sich hier neue Aufgaben der Erwachsenenbildung und einer gemeinsamen sozialetischen Neuorientierung, auf die wir im 5. Abschnitt zu sprechen kommen.

Veränderung der Gesellschaft „von unten“

Die gesellschaftspolitische Bedeutung der Sozialen Selbsthilfebewegung vermag nur derjenige in

ihrem vollen Umfang zu verstehen, der sich vorbehaltlos Rechenschaft darüber ablegt, wie quälend langsam — wenn überhaupt — die traditionellen Strategien des humanen und sozialen Fortschritts uns im 20. Jahrhundert vorangebracht haben. Wir stehen vor einem großen Defizit in der Bilanz des 20. Jahrhunderts, was Reform, was soziale Demokratie betrifft. Dabei wollen wir nicht in die Fehler der Antireformisten von rechts und links verfallen, die relativen sozialen Verbesserungen: Einkommen, Freizeit, soziale Sicherheit, Bildungschancen, Emanzipationsansätze, Demokratisierungsansätze — gering zu achten. Aber diese Verbesserungen der Lebensbedingungen vermochten nur sehr bedingt Besitz- und Herrschaftsstrukturen abzubauen. Allerdings haben sie zum gesellschaftlichen Selbstbewußtsein einer aktiven Minderheit beigetragen, die nicht mehr bereit ist, sich allein auf Parlamente und Gewerkschaften zu verlassen, sondern die in zwei außerparlamentarischen Bewegungen „Veränderungen der Gesellschaft von unten“ voranzutreiben versucht: Das ist zum einen die Bürgerinitiativbewegung und zum anderen, vor allem seit Mitte der siebziger Jahre, die Selbsthilfebewegung, die *Neue Selbsthilfebewegung*, wie Beywl und Brombach¹³⁾ ganz richtig sagen.

Beide Bewegungen sind in vielen Fällen miteinander verbunden. So manche Bürgerinitiative griff, weil das Nein-Sagen ihr nicht ausreichte, zur Selbsthilfe. Aber es besteht ein prinzipieller Unterschied. Ein qualitativer Sprung führt von der notwendigen, aber in ihrer Wirkungsweise begrenzten Arbeit gegen eine Politik zur Mitgestaltung oder Selbstgestaltung einer Politik. Die Bedeutung dieses Sprungs liegt darin, daß die Entfaltung Sozialer Selbsthilfe mittel- und langfristig eine unabsehbare Veränderung von Politik bewirken kann: Veränderung, Humanisierung gesellschaftlicher Verhältnisse kann partiell von den großen politischen „Wenden“ und „Machtwechseln“ unabhängig werden. 40 000–50 000 autonome Gruppen in der Bundesrepublik verändern Lebens- und Arbeitsbedingungen in dieser Gesellschaft. Das ist etwas Neues und das hat es in den letzten Jahrhunderten unaufhörlicher Zunahme des Staatshandelns nicht mehr gegeben¹⁴⁾.

Natürlich begegnet uns hier sofort der Einwand, solche Selbsthilfeinitiativen könnten Politik und Gesellschaft nur marginal verändern; wir würden ihre gesellschaftspolitische Bedeutung daher maß-

los überschätzen. Dem ist zweierlei entgegenzuhalten: Zum einen ist unsere Aussage eine Prognose unter der Voraussetzung öffentlicher Förderung. Wir sprechen von einer realen Chance, nicht schon von der Wirklichkeit einer „Politik von unten“. Es gibt beachtliche Ansätze, und die Frage ist, wie man solche Ansätze fördern kann. Zum anderen aber sind die gegenwärtigen Leistungen vieler Sozialer Selbsthilfegruppen nicht mehr nur marginal. Wer dies annimmt, verkennt die Multiplikatorwirkung aktiver Minderheiten. In den zwanziger Jahren hat die Jugendbewegung, obgleich quantitativ sehr klein, im Guten wie im Schlechten enorme Wirkungen gehabt. Ebenso maß man auch heute gesellschaftspolitisch die Relation von Qualität und Quantität in den aktiven Minderheitsbewegungen sehen. Ihre in vielen Fällen humaneren ökonomischen, sozialen und kulturellen Modelle, teilweise als „Alternativprojekte“ bezeichnet, werden zunehmend öffentlich beachtet. Seit 1983 wächst die Zahl von Fonds der einen oder anderen Art für genossenschaftliche oder soziokulturelle Gruppen. Die Grünen haben mit ihren „Ökofonds“ (s. u.) ein vorbildliches Modell auch für andere Parteien geschaffen.

In bestimmte Sektoren des gesellschaftlichen Lebens beginnen die alternativen Projekte der Sozialen Selbsthilfe bereits die Strukturen zu prägen oder sie mitzugestalten. Die selbstgestalteten Abenteuerspielplätze, Kinderläden, Stadtteiltreffs und soziokulturellen Zentren, die 1 200 Jugendzentren, die autonomen Altenklubs und Frauen-Zentren, die Gesundheitsläden, die etwa 10 000 Selbsthilfegruppen von Behinderten sind in ihren Bereichen anerkannte und teilweise, etwa im Jugend- und Frauenbereich, bereits tonangebende Einrichtungen einer alternativen Politischen Kultur. Andere gesellschaftsverändernde Formen Sozialer Selbsthilfe wie Landkommunen und genossenschaftliche Alternativprojekte, die Freien Schulen und Hochschulen, die alternativen Finanzierungs-Netzwerke, die selbstorganisierten betrieblichen und überbetrieblichen Initiativen zur freiwilligen Arbeitszeitverkürzung oder die Arbeitslosen-Selbsthilfebewegung haben zwar bislang in ihren Bereichen — Wirtschaft und Bildungssystem — noch marginale Größenordnungen. Aber in der gesellschaftspolitischen Diskussion erlangen sie zunehmende Anerkennung als wichtige problemlösende Alternativen.

Damit kommen wir zur *dritten* gesellschaftspolitischen Chance von Sozialer Selbsthilfe: Es kann — und das ist sicher nicht das Unwichtigste — durch Soziale Selbsthilfe schrittweise zu einer Vergesellschaftung des Staates kommen. Dieser brisanten Frage müssen wir uns in einem eigenen Abschnitt zuwenden.

¹³⁾ W. Beywl/H. Brombach (Anm. 4).

¹⁴⁾ Vgl. dazu die noch immer lesenswerte sozialgeschichtliche Studie von Peter Kropotkin, *Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt*, Frankfurt-Berlin-Wien 1975 (zuerst 1902 erschienen), wonach zuletzt in der mittelalterlichen Stadt die Gesellschaft in großen Selbsthilfeorganisationen strukturiert war.

V. Krise des Sozialstaats und Soziale Selbsthilfe

Auf dem Hintergrund unserer empirischen Befunde — die hier nur sehr grob zusammengefaßt werden konnten — ist zu fragen, inwieweit eine Förderung, ja Verallgemeinerung Sozialer Selbsthilfe dazu beitragen kann, konstruktiv Auswege aus der Krise des Sozialstaats zu entwickeln.

Ohne Frage hat der demokratische Kultur- und Sozialstaat Wesentliches zur Besserung der Situation der abhängigen Massen beigetragen. Und solange die Arbeitsplatzsicherheit, das Einkommen und die freie Zeit der großen Mehrheit nicht ein besseres Niveau erreicht haben, werden wir auf die meisten sozialen Leistungen dieses Staates nicht verzichten können. Insbesondere die monetären Leistungen sind, schon aus Gerechtigkeitsgründen einer relativen Gleichbehandlung, zentralstaatlich anzusammeln und zu verteilen. Die entscheidende Frage angesichts der Finanz- und Effizienzkrise des Sozialstaates ist allerdings, ob nicht wesentliche seiner Ausgaben anders wirksamer und humaner eingesetzt werden müßten — und ob Soziale Selbsthilfe eine positive sozialreformerische Rolle dabei spielen kann. Noch Anfang der siebziger Jahre, im ersten Langzeitprogramm der SPD, wurde von einem anhaltenden realen Wachstum des Volkseinkommens um jährlich etwa 5% ausgegangen als Basis einer allgemeinen Wohlstandssteigerung und Steigerung staatlicher Sozialleistungen, mit deren Hilfe schrittweise alle sozialen Probleme zu lösen seien. Nichts ist von dieser technokratischen Utopie der sozialen Problemlösung übrig geblieben. Die Wachstumsraten sind zunehmend kleiner geworden. Damit bricht das Konzept der aus wachsenden Einkommen und Staatseinnahmen sich quasi automatisch herstellenden, durch immer mehr „Sozialstaat“ realisierbaren Sozialen Demokratie in sich zusammen.

Neben dieser Finanzkrise des Sozialstaats gibt es das sogenannte „Staatsversagen“: Strukturmängel des Sozialstaats, die seine Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigen. Badelt¹⁵⁾ hat die Theorieansätze zusammenfassend referiert und als wichtigste Gründe, „warum der Staat nicht in der Lage ist, die Versorgung mit öffentlichen Gütern ausreichend zu gewährleisten“, die primär wahlpolitische statt einer bedürfnismäßigen Orientierung seiner Entscheidungsträger, den Zentralisationsgrad staatlicher Entscheidungsprozesse¹⁶⁾ und die

¹⁵⁾ C. Badelt (Anm. 3), S. 100 ff.

¹⁶⁾ Aber es geht nicht nur um kontraproduktive Entscheidungsprozesse! Es geht ebenso um den in großen, ineffektiven und inhumanen Betonkästen manifestier-

vergleichsweise zu hohen Kosten seiner Einrichtungen herausgefunden. An dieser Stelle kann auf die breite Literatur zur Sozialstaatskritik und ihre Befunde nicht weiter eingegangen werden; immerhin sei hingewiesen auf den ausgezeichneten, von Michael Opielka u. a. im Auftrag der GRÜNEN herausgegebenen Sammelband „Die Zukunft des Sozialstaats“¹⁷⁾, der mit seiner Kritik und seinen konstruktiven Vorschlägen ein nahezu vollständiges Kompendium einer vernünftigen „dualen“ Sozialpolitik darstellt, die anstelle der falschen Utopie eines totalen Versorgungsstaats ein vernünftiges Miteinander von staatlicher und eigeninitiativer, zentraler und dezentraler, präventiver, institutioneller und personaler wie gemeinschaftlicher Selbsthilfe fordert.

Angesichts dieser Fehlleistungen und Grenzen des Sozialstaates darf man freilich nicht in den simplen konservativen oder liberalen Anti-Etatismus verfallen, sondern muß vor allem die — in Badelts Resümee leider fehlenden — ökonomischen Ursachen der Sozialstaats-Krise erkennen. Der Staat trägt als Umverteilungsinstitution die Folgelasten einer seit 1974 wieder zunehmend krisenhaften Marktwirtschaft (vor allem der Massenarbeitslosigkeit). So resultiert das „Versagen“ des Sozialstaates also nicht zuletzt aus dem Fehlen einer rechtzeitigen Strukturplanung und Humanisierung der Wirtschaft (einschließlich sozial gerechter Umverteilung). Hier hilft nur eine demokratische Neuorientierung der Wirtschaftspolitik.

Es muß zweifellos auf verschiedenen Ebenen die Reform des Sozialstaats und seiner ökonomischen Rahmenbedingungen vorangetrieben werden. Vieles deutet aber darauf hin, daß es wesentliche Elemente von und in Staatseinrichtungen und -leistungen gibt, die entweder dezentralisiert — vornehmlich kommunalisiert — oder gesellschaftlicher Selbstorganisation, Sozialer Selbsthilfe überlassen werden sollten. (Erst in zweiter Linie, aber auch: individueller Eigeninitiative!) Selbstverständlich mitsamt den Budgetanteilen, die jetzt der überzentralisierte Versorgungsstaat dafür beansprucht.

ten „Zentralisierungsgrad“ sozialstaatlicher Jugend- und Altenpflege, (Hoch-)Schulen, Krankenhäuser, Gemeindezentren (zentralistische Gemeinde-„Reform“) etc.

¹⁷⁾ Opielka/Schmollinger/Frohmann-Ritter (Hrsg.), Die Zukunft des Sozialstaats, ediert von den GRÜNEN in Baden-Württemberg, 1984³. Vgl. auch die Zusammenfassung von Josef Huber in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/81: „Der Sozialstaat an den Grenzen des Wachstums.“

Es kann also nicht darum gehen, durch Förderung von Sozialen Selbsthilfegruppen sozialstaatliche Ausgaben einzusparen, sondern darum, sie stärker jenen Sozialen Selbsthilfegruppen zur Verfügung zu stellen, die in vielen Bereichen humaner und effizienter als die zentralen Gesundheits-, Bildungs-, Fürsorge-, Jugend-, Wohlfahrts- und sozialen Wohnungsbaubürokratien menschliche Bedürfnisse befriedigen: „Die Forderung nach Abbau großorganisatorischer Systeme (ist) keineswegs Demontage des Sozialstaats, sofern ... eine organisatorische Verlagerung etwa im Sinne einer Stärkung intermediärer Strukturen oder der Selbsthilfegruppen gefordert wird.“¹⁸⁾ Genau darin besteht die neue Sozialreform: „Den institutionellen Bestand einer öffentlichen sozialen Sicherheit mit den nicht-institutionellen ... Sozialgemeinschaften in einer Weise zu verbinden, daß das soziale Netz nicht nur reißfester und wachstumsunabhängiger, sondern auch menschlicher wird.“ (a. a. O.)

Strategien Sozialer Selbsthilfe müssen allerdings mit Entschiedenheit darauf abzielen, daß menschlich sinnvollere und zugleich effektivere Selbsthilfe-Einrichtungen nicht einfach anstelle teurerer staatlicher gefördert werden, sondern daß eingesparte sozial-kulturelle Staatsausgaben in gleicher Höhe für Soziale Selbsthilfegruppen zur Verfügung gestellt werden, wo immer diese (oft um ein Vielfaches) wirkungsvoller und bürgernäher sind. Nur auf der Basis einer solchen Grundsatzposition kann sich die Selbsthilfebewegung wirksam gegen den Vorwurf zur Wehr setzen, sie stütze eine Privatisierungs- und Sozialabbau-Politik.

Im übrigen aber kann die Selbsthilfebewegung nachweisen (und sollte dies noch weitaus präziser tun), was die Etatisten aller Couleur nicht wahrhaben wollen und mit herabsetzenden Ausdrücken wie „Selbstausschöpfung“ zu diskreditieren versuchen, daß autonome, oft staatlich geförderte, aber meist auch mit sehr viel „ehrenamtlicher“ Arbeit vorangetriebene Selbsthilfe-Initiativen für die sozial-kulturellen Aufgaben des Steuerzahlers in vielen Bereichen Besseres leisten als der Staat (oder auch große Wohlfahrtsverbände), zumindest aber die kommunalen Einrichtungen ganz wesentlich ergänzen. Dazu drei Aussagen aus der Jugendarbeit, aus dem Kindergartenbereich sowie aus der Kultur- und Erwachsenenbildungsarbeit.

1. Autonome Jugendzentren: „Kein städtisches Jugendhaus ist so billig im Unterhalt wie ein selbstverwaltetes Jugendzentrum, das getragen wird

¹⁸⁾ P. Gross, Der Wohlfahrtsstaat und die Bedeutung der Selbsthilfebewegung, in: Soziale Welt, (1982) 33, S. 26 ff.

vom Engagement einer Initiativgruppe und nicht so sehr von der BAT-Einstufung der Sozialarbeiter, wobei ich nicht das Engagement der Sozialarbeiter abwerten möchte, aber es gibt schon Erfahrungen — bei noch so engagierten Sozialarbeitern in den Jugendhäusern; die Arbeitszeit richtet sich halt auch nach dem BAT, um dessen Einhaltung gekämpft wird. Zu Recht wird darum gekämpft. Das erfordert wieder Mehreinstellungen von Sozialarbeitern in Jugendeinrichtungen, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Was dann heißt, daß am Wochenende das Haus meist dicht ist, weil die Mittel halt doch nicht mehr ausreichen. Das sieht dann so aus, daß in Frankfurt 6 Mill. DM für die städtischen Jugendhäuser ausgegeben werden, für eine vergleichbare Anzahl Einrichtungen oder Initiativgruppen wird 1 Mill. DM bereitgestellt.“¹⁹⁾ Würden die autonomen Jugendzentren einen höheren Anteil der Mittel erhalten, könnten sicher bei weitem mehr den Heranwachsenden entsprechende Freizeiteinrichtungen geschaffen werden.

2. Selbstverwaltete Kindertagesstätten: Eine finanziell effizientere und gleichzeitig strukturell humanere Form der Sozialversorgung ist jener „Umbau des Sozialstaats“, der durch staatliche Förderung von Sozialen Selbsthilfegruppen bewirkt wird, die Kindertagesstätten begründen (Elterninitiativen, Kitas, kurz Ei-Kitas); der Berliner Senat hat bis heute etwa 400 solcher Ei-Kitas mit 750 000 DM bezuschußt und er erweitert das Programm immer mehr: „Die Ursprünge der Ei-Kitas in den Kinderläden der bewegten 68er Jahre im damaligen studentischen Milieu stören den Senat von heute wenig. Konnten doch ‚Dogmen‘ zugunsten der Bemühungen, ‚die alltäglichen Bedürfnisse des Kindes‘ zu befriedigen, überwunden werden. Auch Selbstorganisation ist heute zum gewünschten Prinzip geworden, kann der Senat doch ... mit der ‚Bereitschaft zum eigenverantwortlichen Handeln und persönlichen Engagement‘ Geld sparen ... Da kommt Selbsthilfe wie gerufen. Kostet ihn ein Kindergartenplatz ungefähr DM 10 000,— im Jahr (Baukosten nicht mitgerechnet), spart er mit der Förderung der Ei-Kitas die Hälfte“ (taz v. 5. 9. 1985). Falsch ist dabei lediglich die voreilige Schlußfolgerung der taz, hier würde „Geld gespart“: In Wirklichkeit würde ohne Ei-Kitas mit dem gleichen Geld gewirtschaftet, aber nur die Hälfte der Plätze in kommunalen Kitas geschaffen.

3. Autonome Kultur- und Erwachsenenbildungsarbeit: Überzeugend ist die im März 1984 für die

¹⁹⁾ J. Vielhauer auf dem Deutschen Städtetag 1982, nach D. Greese/H. E. Körner, Die Furcht der Selbsthilfegruppen vor der öffentlichen Finanzierung, in: Blätter der Wohlfahrtspflege, (1983) 9, S. 223 ff.

FDP-Fraktion zusammengestellte Leistungsbilanz²⁰⁾ der im Jahr 1983 aktiven 90 sozio-kulturellen Zentren in der Bundesrepublik: Mit den äußerst geringen öffentlichen Förderungsmitteln von gut 20 Mio. DM (48 % des Gesamt-Haushaltsvolumens von ca. 41 Mio.) wurden über 59 000 Veranstaltungen mit über 6 Mio. Besuchern (über 80 % AG's, Kurse u. ä.) durchgeführt von ca. 5 000 kulturell Aktiven, davon 63,3 % ehrenamtlich Tätige und nur 8,2 % hauptamtlich Beschäftigte und 22,2 % Honorarkräfte. Soziale Selbsthilfe kann also in der Tat vieles wirkungsvoller leisten als staatliche Institutionen. Mit Recht hat daher u. a. Peter Gross darauf hingewiesen, daß die in unserer Gesellschaft seit den siebziger Jahren in Gang gekommene neue Selbsthilfebewegung mit den alten, sozusagen vorstaatlichen Selbsthilfe-Formen nicht in eins gesetzt werden kann. Er weist darauf hin, daß die neue Selbsthilfe u. a. propagiert wird im Zusammenhang mit der Umverteilung ineffizient gewordener öffentlicher Sozialhaushalte, daß sie eine Antwort auf eine sich ausbreitende „Expertenschelte und Kritik an dienstleistenden Professionen“ ist. „Die Selbsthilfe wird als Frucht des Staatsversagens gesehen, als Korrektiv einer offenbar zu weit gehenden und zu strammen sozialen Ordnung und nicht einer mangelhaften.“²¹⁾ Aus eben diesem Grund stimmt auch — wie oben dargelegt — die weit verbreitete ökonomistische Ableitung nicht, die neue Selbsthilfebewegung der siebziger Jahre resultiere aus der ökonomischen und Sozialstaatskrise.

Selbst die Kinderladen-Bewegung, die zweifellos nicht nur billigere, sondern auch bessere Kindergärten hervorgebracht hat, ist, wie Thomas Olk mit Recht bemerkt, nicht primär aus materiellen Notständen entstanden²²⁾: „Die Qualität der in Eigenregie produzierten Dienstleistungen (ist) in der Regel gänzlich anderer Art als die der professionell-administrativ erbrachten... Dies wird sich recht gut am Beispiel der Eltern-Kind-Gruppen zeigen: Anlaß für die selbst organisierte Kinderbetreuung ist nicht lediglich mangelndes Angebot an Kinderkrippen, sondern die Unzufriedenheit mit den Erziehungszielen und -praktiken in den etablierten Einrichtungen und der herkömmlichen Erziehung. Dementsprechend ergibt sich ein Gutteil des Engagements für selbstorganisierte Kinderbetreuung aus der Chance, alternative Erziehungsziele auszuprobieren.“

²⁰⁾ E. Holler, Soziokultur als Gegenkonzept zur etablierten Elitkultur?, in: *Das Argument*, (1985) 151, S. 398 ff.

²¹⁾ P. Gross (Anm. 18), S.29.

²²⁾ Th. Olk, Selbsthilfe im Einflußbereich von Sozialarbeit. Chancen zur Entlastung öffentlicher Haushalte oder alternatives Produktionssystem sozialer Dienste?, in: *Blätter der Wohlfahrtspflege*, (1982) 3, S. 47 ff.

Weitere Bedingungen für den Ausbau einer Sozialen Demokratie

Soziale Selbsthilfe soll nicht überschätzt werden. Um ganz klar zu machen, daß es sich hier um *einen* wesentlichen Beitrag handelt, nicht um *die* Lösung, sondern um eine Teil-Lösung der Krise der Sozialen Demokratie, sollen abschließend einige der wichtigsten Reformfordernisse benannt werden, die sich aus der Krise der bisherigen Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- und Kommunalpolitik ergeben:

1. Nicht nur durch Ermöglichung und Herausforderung von Sozialer Selbsthilfe, sondern in ihrer politischen Ausrichtung insgesamt muß Gesellschaftspolitik, vor allem aber Sozialpolitik sich neu orientieren am Prinzip richtig verstandener Subsidiarität.

2. Im Zentrum einer ökonomischen Reformkonzepts steht gegenwärtig eine Arbeitszeit-Politik, die die gesellschaftlich notwendige Arbeit auf alle Arbeitssuchenden gleichmäßig verteilt und neben der Einführung der 35-Stunden-Woche insbesondere die freiwillige Teilzeitarbeit mit allen Mitteln fördert. Eine Politik der Vollbeschäftigung durch verschiedene gleichzeitige Strategien der Arbeitszeitverkürzung²³⁾ würde nicht nur der Arbeitslosenversicherung Milliarden ersparen (ein Arbeitsloser kostete im Jahr 1984 durchschnittlich 27 000 DM!) sondern gleichzeitig zur Entspannung und Schonung der Kräfte in der Arbeitswelt beitragen und damit weitere Milliarden-Verluste vermeiden, die dem Sozialstaat entstehen, weil er für Frühinvalidität, Berufskrankheiten, Kuren etc. zahlen muß.

Die Förderung von Teilzeitarbeit, vor allem durch steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Erleichterungen, ist eine zentrale Aufgabe neuorientierter staatlicher Arbeitszeitpolitik²⁴⁾, die nicht nur Hunderttausende von Arbeitsplätzen schafft oder erhält, sondern auch wesentliche Freizeiträume für individuelle und soziale Eigenarbeit und Selbsthilfe ermöglicht²⁵⁾.

²³⁾ Nämlich: 35-Std.-Woche, Vor-Ruhestand, Abbau von Überstunden, wesentliche Erweiterung von Bildungsurlaub, Sicherung und Förderung freiwilliger Teilzeitarbeit: Vgl. F. Vilmar, Eine gemeinsame Aktion für Arbeitszeitverkürzung. Schwierige, aber überlebensnotwendige Neuorientierung der gesellschaftlichen Gruppen an den Grenzen des Wachstums, in: T. Kutsch/F. Vilmar (Hrsg.), *Arbeitszeitverkürzung — ein Weg zur Vollbeschäftigung?*, Opladen 1983, S. 28 ff.

²⁴⁾ A. Hoff, Arbeitsmarktentlastung durch Ermöglichung freiwilliger Teilzeitarbeit, in: T. Kutsch/F. Vilmar, ebenda, S. 221 ff.

²⁵⁾ Noch einen Schritt weiter führt das Untersuchungsergebnis des 1982 von einem staatlichen schwedischen Institut für Zukunftsfragen vorgelegten Forschungsprojekts „Care in Society“, das geradezu ein „magisches Dreieck“ zwischen Bewältigung der Sozialstaatskrise,

3. Grundlegend für eine Rettung der Sozialen Demokratie bleibt die Forderung nach einer planvollen und ökologischen Entwicklung der Wirtschaft, um anstelle der wirtschafts- wie gesellschaftspolitisch unerträglichen Konjunkturschwankungen und Massenarbeitslosigkeit, anstelle der ökologisch unverantwortlichen Verschwendungsproduktion und -konsumtion ein stabileres Gleichgewicht von Nachfrage, Angebot und Ressourcenbestand herzustellen. Nur so ist die — inzwischen auch globale — permanente Existenzbedrohung, die das marktwirtschaftliche System erzeugt, wesentlich zu vermindern²⁶⁾.

4. Mit Johano Strasser ist eine „vorbeugende Sozialpolitik“ nach dem Finalprinzip und „demokratische Produktion sozialer Sicherheit“ zu fordern: Während beim heute vorherrschenden so-

zialpolitischen „Kausalprinzip“ zunächst nach der Ursache — sowohl einer Schädigung wie einer (z. B. durch Beitragszahlungen erworbenen) Anspruchsberechtigung gefragt wird und aufgrund dessen in höchst ungerechter Weise sehr verschiedene Leistungen gewährt werden, würden nach dem „Finalprinzip“ die sozialpolitischen Maßnahmen an der Zweckmäßigkeit der Hilfestellung („Wie kann am besten geholfen werden?“) ausgerichtet. Versucht die heutige Sozialpolitik fast ausschließlich, bereits eingetretene Schäden einigermaßen auszugleichen, würde eine vorbeugende Sozialpolitik durch aktiv-planende Maßnahmen zur Existenzsicherung, zur Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation, zur gerechteren Einkommensverteilung etc. persönliche und soziale Notstände vorab zu vermeiden suchen²⁷⁾.

VI. Barrieren und Einwände gegen Soziale Selbsthilfe

Die humanisierende Kraft Sozialer Selbsthilfe ist gewiß nur eine unter mehreren dringend erforderlichen Reformkräften, soll es nicht zu einem immer weiteren Verfall unserer sozialstaatlichen Demokratie kommen. Die große Chance in der

Arbeitszeitverkürzung und Sozialer Selbsthilfe erkennt: Nach dieser Studie würden sich die Kosten der öffentlichen Fürsorge, wenn man auch nur das gegenwärtige Dienstleistungsniveau beibehalten will, in Schweden bis zum Jahre 2000 verdoppeln und einen nicht mehr akzeptablen Teil des Sozialprodukts (20% statt gegenwärtig 14%) verschlingen, bei gleichzeitig steigender Massenarbeitslosigkeit. „Eine Lösung des Problems besteht darin, die vorhandenen Arbeitsplätze zu teilen. Wir werden uns an kürzere ... Arbeitszeiten ... gewöhnen müssen. Damit eröffnen sich auch andere Wege, um dem Dilemma der Fürsorge zu entinnen, denn wir werden Zeit übrig haben für unbezahlte Leistungen auf diesem Sektor ... Kürzere Arbeitszeit kombiniert mit einem Gemeinschaftsdienst und/oder freiwilliger Arbeit in der Fürsorge könnten daher beide gegen die auf uns zukommenden Krisen helfen — die Beschäftigungskrise und die Krise in der Fürsorge ... Wenn wir uns die Fürsorgearbeit teilen, wird jeder die Pflege bekommen, die er braucht. Wir haben es dann nicht nötig, die Fürsorgemaschinerie allein der Beschäftigung wegen laufen zu lassen. Auch bleibt es uns erspart, einen unzumutbaren Teil unseres Einkommens an andere zu zahlen, die die Fürsorgearbeit tun.“ M. Lagergren, Was wird aus der Fürsorge in Schweden?, in: Aktuelle Informationen aus Schweden, hrsg. vom Schwedischen Institut Stockholm, September 1983.

²⁶⁾ Vgl. dazu den konkretesten Entwurf einer Humanisierung und demokratischen Steuerung der Marktwirtschaft: O. Šik, Humane Wirtschaftsdemokratie, Hamburg 1979.

ferner, zusammenfassend. F. Vilmar, Ökosozialistische Wirtschaftsdemokratie, in: Scherer/Vilmar, Ökosozialismus, Berlin 1986².

²⁷⁾ J. Strasser, Grenzen des Sozialstaats? Soziale Sicherung in der Wachstumskrise, Köln-Frankfurt 1979.

Selbsthilfebewegung ist die *Unmittelbarkeit*, mit der wach, kritisch und aktiv gewordene Bürger konstruktiv in das gesellschaftlich-politische Geschehen eingreifen. Aber wir dürfen natürlich auch die inneren und äußeren Barrieren nicht übersehen, die einer wünschenswerten starken Verbreitung sozio-kultureller Selbsthilfe-Initiativen entgegenstehen: vor allem die lähmende Apathie einer immer noch großen Mehrheit — die Handlungsschwäche selbst derer, die „prinzipiell“ bereit sind, Verantwortung zu übernehmen — sowie die Unfähigkeit der Sozial- und Kultusverwaltungen, Selbsthilfe-Initiativen zu ermutigen oder gar herauszufordern und zu fördern.

Von kommerziellen und sozialstaatlichen Dienstleistungen oft nicht gut, aber total versorgt, haben die Menschen weitgehend verlernt, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen²⁸⁾. Offensichtlich bewirkt die Anonymität der industriegesellschaftlichen Beziehungen und die bürokratische Entfremdung einer nicht kooperativen, sondern autoritär-patriarchalen Verwaltung eine Vereinzelung und faktische soziale Entmündigung der Bürger, die bislang nur von einer kleinen Minderheit in sozio-kulturellen Initiativen überwunden wird. Hinzu kommt die Bequemlichkeit der Sozialbürokratie: Wenn sie schon Aufgaben an „freie Träger“ abgibt, neigt sie dazu, lieber mit den großen,

²⁸⁾ Ganz anders ist es im Privaten, besonders in der Freizeitgestaltung: Immerhin über 53% der erwachsenen Bundesbürger sagten 1984, daß sie „in den letzten 5 Jahren in irgendeiner Form ehrenamtlich oder in der Selbsthilfe“ tätig waren — meist allerdings in (Sport-) Vereinen und Kirchengemeinden. Vgl. J. Braun/P. Röhrig (Anm. 11), S. 5 ff.

ihr (je nachdem) auch politisch nahestehenden Wohlfahrtsverbänden zu kooperieren (zumal diese für eine formal ordnungsmäßige Abwicklung sorgen) als mit vielen kleinen Selbsthilfegruppen²⁹⁾. Um so dringender ist die Forderung, die wir im folgenden Abschnitt aufgreifen: Kristallisationskerne in unseren Kommunen zu schaffen, „Selbsthilfezentren“ und „Kontaktstellen“, die handlungswillige Menschen zusammenbringen, Gruppen unterstützen und Verwaltungen kooperationsfähig machen.

Freilich gibt es auch Vorbehalte gegenüber einer Anerkennung und Förderung Sozialer Selbsthilfegruppen, die sich einerseits aus konservativem, aber mehr noch sozialdemokratischem „Etatismus“ herleiten: der (Sozial-)Staat und seine festbesoldeten Diener(innen) sollten möglichst allein für Kindergärten und Schulen, für Alte und Kranke, für Kultur und Umwelt sorgen, den Produktionsprozeß aber dem privaten Erwerbstrieb überlassen. Die Selbsthilfeförderung (immerhin pro Jahr über 7 Mill. DM) des CDU-Sozialsenators Fink in Berlin hat bisher keineswegs begei-

sterte Befürworter oder gar Nachahmer in der eigenen Partei gefunden, und in der SPD ist nur ein sehr langsamer Umdenkungsprozeß zu bemerken³⁰⁾.

Andererseits sieht sich Soziale Selbsthilfe aber auch mit dem berechtigten Vorbehalt konfrontiert, auf den oben bereits verwiesen wurde: daß sie eine Sozialpolitik des „billigen Jakob“ anbiete. Diesen Vorwurf kann die Selbsthilfebewegung in der Tat nur insoweit zurückweisen, als sie sich unzweideutig politisch äußert und verhält: daß sie nicht Beihilfe zu leisten bereit ist bei Einsparungen bzw. Privatisierungen im Sozialstaat, sondern in der Lage ist, im Rahmen vorhandener Sozial- und Kulturbudgets vielfach Besseres zu leisten als die zentralistischen Bürokratien. Nur dann können es die Sozialen Selbsthilfegruppen und ihre sozialwissenschaftlichen Befürworter gelassen ertragen, von konservativen Linken, denen die ganze Richtung nicht paßt, der „Selbsthilfe-Euphorie“ geziehen zu werden, die lediglich Beihilfe leiste „zu Rechtfertigungskampagnen für sozial-politische Sparmaßnahmen“³¹⁾.

VII. Strategien der Verbreitung Sozialer Selbsthilfe

Unsere Studie hat uns, auf der Basis dieser quantitativen Ergebnisse, der vorliegenden Forschungen sowie zahlreicher Interviews, Gespräche und Erkundungen, zu dem Ergebnis geführt, daß die Arbeit in Sozialen Selbsthilfegruppen nicht nur (wenn überhaupt) als Ausweg aus einer Notlage, sondern auch der Selbstverwirklichung dient — und daß diese Selbsthilfebewegung gleichzeitig eine Ergänzung, teilweise sogar eine Alternative darstellt zu einer sozialstaatlichen Ordnung, die in vielen Bereichen an die Grenzen ihrer Finanzierbarkeit gestoßen ist und häufig in der Gefahr

steht, Formen der Betreuung und der Versorgung zu organisieren, die gleichzeitig eher Entmündigung und Beherrschung von Menschen bedeuten und in vielen Fällen das Gegenteil einer wirklichen menschlichen Hilfe bewirken. Angesichts dieser möglichen politischen wie menschlichen Bedeutung der Sozialen Selbsthilfe ist zu fragen, wie die sozialen Initiativen zu einer weit verbreiteten Form autonomer gesellschaftlicher Aktivität weiterentwickelt werden können, d. h., wie Soziale Selbsthilfe allgemein üblich werden kann. Um dieses Ziel der Verbreitung und „Ver-

²⁹⁾ Vgl. zum Prozeß der Institutionalisierung und zur Kritik der bürokratischen Eigeninteressen und Verkrustungen der Wohlfahrtsverbände (Caritas, Innere Mission, Deutsches Rotes Kreuz, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband) die Arbeiten von R. Heinze/T. Olk, Die Wohlfahrtsverbände im System sozialer Dienstleistungsproduktion. Zur Entstehung und Struktur der bundesrepublikanischen Verbändewohlfahrt, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (1981) 31, S. 94 ff., sowie den Sammelband von R. Bauer und H. Dießenbacher (Hrsg.), Organisierte Nächstenliebe, Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfe in der Krise des Sozialstaats, Opladen 1984.

³⁰⁾ Dieser Umdenkungsprozeß läßt sich vor allem in dem Plädoyer der „Klose-Kommission“ für eine Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens ablesen: Vgl. SPD (Hrsg.), Selbstbestimmt arbeiten. Materialien zum Genossenschaftswesen und zur Selbstverwaltungswirtschaft, Bonn 1985, sowie theoretisch breit fundiert

in einer Denkschrift der Grundwerte-Kommission über die Notwendigkeit des sozialdemokratischen Umdenkens angesichts der Neuen Sozialen Bewegungen: E. Eppler (Anm. 7), S. 101—170.

³¹⁾ R. Breuer, Welle oder Bewegung? Zur Frage der Gesellschaftsveränderung durch „Selbsthilfe“, in: Neue Praxis (1981) 6, S. 208 ff. Die weitere, zur Abschreckung dienende Unterstellung dieses — prototypisch für die alt-linken „Ablehnungsfront“ stehenden — Autors, „konservativ-technokratische Selbsthilfeideologien“ würden in der Selbsthilfediskussion „dominieren“ (S. 215), ist nachweislich falsch. Außer einigen wenigen wertkonservativen und gewiß nicht technokratischen Autoren wie Warnfried Dettling und Ulf Fink stammen alle Diskussionen von links-liberalen Autoren. Zur sozialkonservativen Position der genannten christdemokratischen Autoren vgl. U. Fink, Keine Angst vor Alternativen, Freiburg 1983, S. 7 ff. und, im selben Sammelband, W. Dettling, S. 51 ff.

allgemeinerung“ der Sozialen Selbsthilfe zu erreichen, müssen geistige, sozioethische und politische Voraussetzungen geschaffen werden:

1. Information und politische Bildungsarbeit über Formen der Sozialen Selbsthilfe müssen vielfach werden, damit die soziale Phantasie von Bürgern mobilisiert wird, ihre Vorstellungskraft, sich auch selbst an Formen der Sozialen Selbsthilfe zu beteiligen.

2. Durch eine „Kulturrevolution des Gemeinns“ muß an die Stelle des Anspruchs der Privat-Person, sich um nichts zu kümmern, aber sozial optimal versorgt zu werden, die Bereitschaft — aber keine Dienstverpflichtung — des Mitbürgers treten, soziale Demokratie auch selbst mitzugestalten; vorhandene und zu schaffende materielle Bedingungen müssen die notwendige Verhaltensänderung unterstützen.

3. Unerläßliche Organisationsstrukturen beim Aufbau von Sozialer Selbsthilfe müssen beachtet werden, die vorhandenen Selbsthilfegruppen, insbesondere die mit ähnlicher Aufgabenstellung, müssen sich wesentlich stärker koordinieren, austauschen, „vernetzen“.

4. Verwaltungen — auch der Wohlfahrtsverbände — müssen ihr Verhalten grundlegend ändern, damit sie, statt Barrieren für Soziale Selbsthilfe zu bilden, hilfreiche, kooperative Ansprechpartner werden. Sie müssen bei weitem stärkere finanzielle Förderung und ein ausgebautes Netz von „Selbsthilfe-Kontakt- und Informationsstellen“ zur Verfügung stellen, die die vielen zu einem sozialen Engagement im Prinzip bereiten, aber meist isolierten Menschen an einem Tisch und zu erfolgreichem Handeln bringen.

Zu 1.: Eine *conditio sine qua non* ist zweifellos, daß in der politischen Information und Bildung, von unseren Medien wie in den Institutionen der politischen Bildungsarbeit, das von Bürgern selbst organisierte soziale Handeln als genauso wichtige „Nachricht“ aufgegriffen und verfolgt wird wie das Handeln der offiziellen ‚Politikmacher‘. Dies wäre die Forderung an eine stärker demokratisch-partizipativ, übrigens sogar interessanter zu gestaltende Nachrichtenpolitik der Medien: in einer sich vertiefenden Krise unserer Gesellschaft nicht länger Apathie und desinteressiert-resignierte Zuschauermentalität beim Bürger zu erzeugen durch irrelevante oder lediglich zu konsumierende, nicht aber aktivierende Nachrichten. Statt dessen wäre journalistische Aufmerksamkeit auch auf solche Inhalte und Formen von Nachrichten zu konzentrieren, die dem Bürger durch Aufklärung und recherchierte Beispiele helfen, selbst in gesellschaftliche Prozesse eingreifen zu können. Neben der unverzichtbaren Multiplikatorhilfe der Me-

dien wären auch spezielle Informationsformen in der politischen Erwachsenenbildung zu entwickeln.

Zu 2.: So wichtig Bewußtseins- und Aktionsbildung auch ist: Der Einsatz für ein solidarisches Miteinander kann ohne die Entfaltung einer neuen Gesinnung: einer Sozialethik des Gemeinns, nicht erfolgreich sein. Systematische Entwicklung Sozialer Selbsthilfe schafft Handlungsspielräume für solche Ethik, wie diese wiederum der Arbeit in Sozialen Selbsthilfegruppen allgemeine Würde und Bedeutung verschafft, wenn sie verbreitete Geltung gewinnt.

Wir nehmen an, daß drei Schritte zu tun sind: a) die Förderung der sich anbahnenden Einsicht, wie arm, wie verarmt das auf (Sozial-)Konsum reduzierte Individuum ist; b) die praktische Vorführung und Förderung als sinnvoll und machbar erkennbarer Teilnahme an gesellschaftlichen Aufgaben, Aktionen, Nachbarschaftshilfen; und c) eine Konsensfindung vieler öffentlich anerkannter Personenkreise (Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler, Pfarrer, Gewerkschafter, Ärzte, Richter, Politiker), aber auch gesellschaftlicher Institutionen und Organisationen zur gemeinsamen öffentlichen Unterstützung einer neuen humanen Verhaltenslehre, die nicht staatsbürgerliche Selbstaufopferung predigt, sondern Selbstentfaltung und Gemeinns, Selbstverwirklichung und soziales Engagement als gleichberechtigt und sogar vielfältig miteinander vermittelbar erkennt. Die gesellschaftlichen und politischen Institutionen können, ja sie sollen hier nicht verordnen — aber sie haben viele Möglichkeiten, durch öffentliche Erklärungen, durch Preise, Vergünstigungen und Aufwandsentschädigungen die soziale Leistung derer zu würdigen, die sich in soziokulturellen Initiativen engagieren.

Zu 3.: Das dritte Prinzip einer Verbreitung von Sozialer Selbsthilfe heißt Verbesserung der Selbsthilfe-Organisation und der internen Kooperation der Gruppen. Es gibt bisher zwanzig bis dreißig Zusammenschlüsse von Gruppen mit ähnlichem Arbeitsschwerpunkt. Diese Entwicklung muß künftig systematisch vorangetrieben werden. Sie muß im wesentlichen von den Gruppen selbst ausgehen, kann aber durch befreundete Organisationen gefördert werden. Zu nennen wären die in der Förderung von Selbsthilfe-Initiativen hierzulande bei weitem aktivsten: die Stiftung DIE MITARBEIT, das „Netzwerk-Selbsthilfe“, die „Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise“ (AG SPAK), aber auch die „Ökofonds“ der Grünen³².

³² Zu diesen und anderen für die Selbsthilfe-Organisation dienlichen Organisationen vgl. F. Vilmar/B. Runge (Anm. 1), S. 337 (Index) und S. 85.

Ziele solcher themenzentrierten Vernetzung wären:

— Herstellung von Dokumentationen, die alle bekannten Sozialen Selbsthilfegruppen eines Arbeitsschwerpunkts, ihre Zielsetzungen, Adressen etc. enthalten;

— der Informations- bzw. Erfahrungsaustausch über Arbeitsmethoden und -ergebnisse, spezifische Schwierigkeiten und Widerstände, Mittelbeschaffung, Zusammenarbeit mit einschlägigen Institutionen und Experten, eventuell (interne) Publikation solcher Erfahrungen und

— Organisation konkreter Zusammenarbeit solcher Gruppen, z. B. gemeinsame Weiterbildung, Konzeptarbeit oder gegenseitige Hilfe in kritischen Situationen (personelle, finanzielle Engpässe) einer Gruppe.

Die Zusammenschlüsse sollten regionale und auch Bundeskongresse der Sozialen Selbsthilfegruppen einberufen und dabei durch öffentliche Einladung möglichst alle Gruppen zu erreichen versuchen. Die nächste Zukunft wird lehren, ob ein „Zusammenschluß der Zusammenschlüsse“ geschaffen werden muß, oder ob vorhandene „Bundesverbände“ ausreichen.

Nach vielfältigen negativen Erfahrungen mit zentralistischen Bürokratien und Verbänden ist es verständlich, daß viele Selbsthilfegruppen, zumal sie mit sich selbst genug zu tun haben, vor solcher Kooperations- und Vernetzungsarbeit zurückschrecken. Wahrscheinlich werden noch viele Diskussionen und leidvolle Erfahrungen notwendig sein, bis wenigstens die wichtigsten Gruppen merken, daß sie ohne solche themenspezifische wie auch regionale und bundesweite Interessenvertretungen nicht zu ihrem Recht kommen oder von den staatlichen bzw. Verbandsbürokratien nach deren Interesse manipuliert werden. Diemut Schnetz, Vorsitzende der Stiftung „DIE MITARBEIT“, forderte auf einer sehr kontroversen Selbsthilfe-Tagung am 13./14. September 1986 in der Evangelischen Akademie Loccum (es wird ein sehr lesenswertes Protokoll davon geben), die Selbsthilfegruppen müßten darüber nachdenken, wie sie gegen bestimmte Zumutungen — beispielsweise Vergabemodalitäten — Widerstand mobilisieren könnten. So sei es etwa hohe Zeit, daß sie von sich aus Konsens erzielten und artikulierten, unter welchen Bedingungen sie bereit sind, öffentliche Förderung zu akzeptieren, so daß nicht lediglich die Vergabekriterien der Staatsseite die Maßstäbe setzen. Wir halten diese Forderung für richtig und sehr notwendig. Aber wir müssen darauf hinweisen, daß das dazu erforderliche Selbst- und Machtbewußtsein ausschließlich durch eine

Bündnispolitik möglichst vieler Selbsthilfegruppen (Zusammenschlüsse), d. h. durch die Schaffung übergreifender Interessenvertretungen und demokratisch legitimer Organe zu erreichen ist.

Zu 4.: Als viertes Prinzip ist, nicht zuletzt, eine Neuorientierung der staatlichen und insbesondere der kommunalen Politik zu nennen: Übergang zu optimaler Förderung Sozialer Selbsthilfe. Wir wollen hier, wenigstens im Grundriß, ein Gesamtkonzept der Kooperation mit der Selbsthilfebewegung vorstellen, das von bereits vorhandenen Ansätzen zu den als notwendig erkannten Zielvorstellungen weiterentwickelt werden kann:

1. das Konzept eines — soweit wie möglich integrierten, nicht in zu viele Ressorts zersplitterten — von Gruppenvertretern mitverwalteten Budgets zur Förderung von Sozialer Selbsthilfe;

2. das Konzept eines „flächendeckenden“ Netzes von Kontakt- und Informationsstellen für sozial engagierte Selbsthilfegruppen.

Gehen wir nach unseren Hochschätzungen davon aus, daß es in der Bundesrepublik etwa 40 000 bis 50 000 Soziale Selbsthilfegruppen gibt, die durch entsprechende öffentliche Ermutigung und Starthilfen bald vermehrt werden könnten, und legen wird die in Berlin durchschnittlich gewährte Förderungssumme von ca. 38 000 Mark zugrunde, so müßten Gemeinden, Sozialversicherungen, Länder und Bund finanzielle Mittel von insgesamt 1,5 bis 3 Milliarden Mark jährlich aufbringen, um 50 000 bis 100 000 Gruppen der Sozialen Selbsthilfe mit einer halben bis einer Million zum größten Teil freiwilliger Helfer (aber auch etwa 100 000 bis 200 000 Voll- und Teilzeitbeschäftigten) handlungsfähig zu machen. Kommunen, die auf Dauer Vertrauen und gute Kooperation mit den autonomen, sozial-engangierten Gruppen entwickeln wollen, müssen dann ein entscheidungskompetentes Beratungsgremium für die Auswahl der zu fördernden Gruppen schaffen. Grundsatz: Von den Sozialen Selbsthilfegruppen zu benennende Vertrauenspersonen müssen in solchem Gremium paritätisch vertreten sein. Anzustreben ist darüber hinaus, von der staatlichen/kommunalen Verwaltung weitgehend unabhängige, „freie“ Träger zu finden oder zu schaffen, die ein hohes Maß an Selbstverwaltung bzw. Mitbestimmung bei der finanziellen Förderung verwirklichen.

Mindestens ebenso wichtig wie die finanzielle Förderung ist allerdings die Bereitschaft der Verwaltungen und Politiker, soziokulturellen Initiativen nicht bürokratisch-juristische Steine in den Weg zu legen, sondern ihre soziale Tätigkeit oder

Bildungsarbeit durch Hergabe von Räumen und, wo erforderlich, durch offizielle Genehmigungen, rechtsverbindliche „Anerkennung“ etc. zu erleichtern. Abenteuer Spielplätze, Kitas, Stadtteilbegrünungen, Freie Schulen, alternative Ausbildungskollektive, Altenwohngemeinschaften — solche und viele andere Selbsthilfeinitiativen sind ohne behördliche Genehmigungen (die oft auch finanzielle Zuwendungen, Pflegesätze etc. erst möglich machen!) nicht realisierbar.

Ferner müssen Kontakt-, Informations- und Beratungsmöglichkeiten in jedem Ort bzw. Stadtteil geschaffen werden³³). Die Funktionen solcher Kontaktstellen können wie folgt umrissen werden: Sie müßten

— in Kooperation mit Medien, Sozialverwaltungen, Parteien, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden die Mitbürger eines bestimmten räumlichen Bereichs auf bestehende Notstände hinweisen, die durch Soziale Selbsthilfe behoben oder gelindert werden könnten;

— eventuell bereits bestehende Selbsthilfegruppen bekanntmachen und auf Möglichkeiten der Mitarbeit hinweisen;

— Räume und technische Hilfsmittel (Kopiergeräte, Werkzeug etc.) zur Verfügung stellen;

— Mitbürger immer wieder einladen, die Selbsthilfe-Kontaktstelle aufzusuchen, wenn sie irgendwelche Ideen haben oder Arbeitsangebote machen können für Soziale Selbsthilfe — wobei das erklärte Ziel der Beratung sein muß, Kontakte zu bestehenden Gruppen herzustellen oder Starthilfe bei der Begründung solcher Gruppen zu leisten;

— sich als Kontakt- und Clearing-Stelle für bestehende Gruppen anbieten, um deren personelle, finanzielle, organisatorische, rechtliche u. ä. Probleme lösen zu helfen, insbesondere, indem Unterstützung von staatlichen, kirchlichen, Wohlfahrtsverbandsverwaltungen vermittelt wird.

Auch für dieses wichtige Netz von „Selbsthilfezentren“ gilt das Prinzip optimaler Mitbestimmung der Gruppen und freier Trägerschaft.

VIII. Soziale Selbsthilfe: Herausforderung für die Basisarbeit der Parteien

Wir haben einleitend darauf hingewiesen, daß in den Bürgerinitiativen, den neuen Sozialen Bewegungen und Selbsthilfegruppen seit ein bis zwei Jahrzehnten Elemente einer „Politik von unten“ sich entwickelt haben, die in jeder Hinsicht über das (Krisen-)Bewußtsein, die Innovations- und Mobilisierungskraft der etablierten gesellschaftlichen Institutionen weit hinausgehen. Hier, wo es um die dringend wünschenswerte Verbreitung von Sozialer Selbsthilfe geht, wollen wir nun die kritische Feststellung als konstruktive Herausforderung formulieren: In unserer Analyse der parteiprogrammatischen und politischen Positionen³⁴) haben wir gezeigt, daß, von Ausnahmen abgesehen (z. B. die CDU in Berlin; SPD mit „grüner“ Hilfe in München), die „etablierten“ Parteien es bei mehr oder weniger abstrakten Sympathiebekundungen für Selbsthilfeinitiativen bewenden lassen. Nur die Grünen haben auch als Partei Selbsthilfeinitiativen nachhaltig unterstützt, indem sie aus abgeführten Diäten ihrer Land- und Bundestagsabgeordneten „Ökofonds“ bildeten, in die Jahr für Jahr mehrere Millionen

Markt fließen³⁵). Viele aktive Grün-Alternative wirken in solchen Sozialen Selbsthilfegruppen mit, in denen sicher oft mehr bewegt wird als in ihren — auch bereits oft auf Routine und auf aktive Kader reduzierten — Partei-Gremien oder auch „Voll“-Versammlungen.

Genau hier aber liegt doch eine sehr konstruktive Herausforderung für alle Parteien: Parteien-Analyse und Demokratietheorien beklagen seit Jahrzehnten die Erstarrung und Bürgerferne des „normalen“ Parteilebens an der Basis, wo nur ein meist winziger Prozentsatz der Mitglieder (nicht nur der Wähler!) sich noch regelmäßig trifft, um das Referat eines „höheren“ Funktionärs oder parteinahen Experten anzuhören oder Resolutionen für den nächsten Parteitag zu diskutieren oder Wahlwerbung zu organisieren. Dieses „Parteileben“ vollzieht sich weitgehend unter Ausschluß und ohne jegliche Anteilnahme der Öffentlichkeit. Verlebendigungsversuche gehen kaum einmal weiter als bis zur Aufstellung von Werbetischen an Marktplätzen oder zur Veranstaltung einer Stadtteil-„Fete“.

Ein völlig neues Ansehen und berechtigte Aufmerksamkeit würden Ortsvereine der Parteien gewinnen, wenn sie in ihrem kommunalen Lebens-

³³) Vorbildlich ist in diesem Sinn die Selbsthilfe-Förderung der Stadt München: Es wurde ein Budget für die Gruppen geschaffen, über dessen Verwendung aufgrund der Empfehlungen eines paritätisch besetzten Beirats entschieden wird, sowie ein „Selbsthilfe-Zentrum“, das die hier aufgestellten Forderungen weitgehend realisiert hat.

³⁴) F. Vilmar/B. Runge (Anm. 1), S. 78 ff.

³⁵) Vgl. die quantitativen Belege bei M. Kück, Neue Finanzierungsstrategien für selbstverwaltete Betriebe, Frankfurt-New York 1985, S. 75 f.

bereich außerhalb der haushaltsmäßig festgelegten Projekte z. B. eine Grünanlage herrichten oder einen Abenteuerspielplatz ausbauen würden etc. *Warum organisieren sich Basisorganisationen unserer Parteien nicht öfter als Soziale Selbsthilfegruppen?* Warum hat das Beispiel der Jusos (bevor sie sich im Laufe der siebziger Jahre in ideologischen Grabenkriegen verausgabten) nicht Schule gemacht, *selber* vor Ort durch Mieterberatungsläden, alternative Verkehrs- und Sanierungs-Initiativen, Jugendtreffs etc. Soziale Selbsthilfe zu verwirklichen?³⁶⁾

³⁶⁾ Vgl. dazu die Beispiele bei W. Roth (Hrsg.), Kommunalpolitik — Für wen? Arbeitsprogramm der Jungsozialisten, Frankfurt 1981.

Zwar haben viele Ortsvereine von Parteien inzwischen anstelle steriler Büros bürgernäher wirkende „Läden“. Aber außer der Auslage von Werbemitteln passiert dort meist nicht viel — „es läuft nichts ab“. Ganz anders wäre es, wenn dort gleichzeitig ein Kinderladen oder ein Jugendtreff wäre, ein Frauencafé oder eine Ausländer- oder Mieterberatung etc. Und zwar unter aktiver Mitwirkung von Ortsvereinsmitgliedern, und mit leicht zugänglicher Beratung von Sozialen Selbsthilfegruppen durch die in der Kommunalverwaltung Zuständigen der Partei. Auf solche Weise würden unsere Parteien wieder Interesse, Mitwirkung, Beachtung und Respekt finden bei den Bürgern, und weitaus mehr von ihnen würden motiviert, Mitglied zu werden oder vom passiven Beitragszahler zum aktiven Mitglied avancieren.

Sozial- und arbeitsmarktpolitische Auswirkungen neuer sozialer Bewegungen

Für unsere Fragestellung sind aus dem breiten Spektrum der neuen sozialen Bewegungen zwei Richtungen interessant:

- Die Selbsthilfegruppen im sozialen und gesundheitlichen Bereich und die
- alternativen ökonomischen Betriebe.

Auch aus anderen Richtungen wie z. B. der Ökologiebewegung und der Frauenbewegung sind sicher Veränderungen im sozial- und arbeitsmarktpolitischen Feld zu erwarten. Es handelt sich hier jedoch um indirekte Wirkungen, während Selbsthilfebewegung und alternative ökonomische Betriebe faktisch oder von ihrem Anspruch her eine direkte Neugestaltung dieses Feldes bewirken oder bewirken wollen.

Ohne Selbsthilfegruppen sei, so Wortführer der Bewegung¹⁾, die Art und Weise gesundheitlicher und psychosozialer Versorgung an den Bedürfnissen der Betroffenen vorbei entwickelt und zukünftig weder finanzierbar noch gesellschaftspolitisch weiterhin akzeptabel. Ähnlich argumentieren Vertreter eines alternativ-ökonomischen Konzepts, die einen sogenannten dual-wirtschaftlichen dritten Weg als Königsweg zwischen Markt- und Staatsversagen propagieren²⁾. Selbsthilfegruppen und alternative ökonomische Projekte sind aus dieser Sicht Vorläufer und Wegbereiter einer selbstbestimmten besseren Wirtschafts- und Sozialordnung³⁾.

Diese Einschätzungen sind im Lichte vorhandener geschichtlicher Erfahrungen, sozialwissen-

schaftlicher Theorien und Prognosen über zu erwartende sozialökonomische Entwicklungen kritisch zu beleuchten. Angesichts der Vielschichtigkeit des Themas und der Flut der Veröffentlichungen dazu können hier nur zentrale Aspekte themenhaft pointiert werden.

These 1: Die zukünftige sozialökonomische Entwicklung befördert die neuen sozialen Bewegungen eher, als daß sie sie hemmt.

Optimismus ist wieder angesagt! Zu diesem Schluß muß man wohl gelangen, wenn man den Stimmungsumschwung sozialökonomischer Zukunftsszenarien Mitte der achtziger Jahre von liberalkonservativ bis gemäßigt links — die „notorischen“ Krisenprognosen der (Neo-)Marxisten als unvermeidlich einmal beiseite gelassen — betrachtet⁴⁾.

Ähnlich wie die düsteren Voraussagen der frühen achtziger Jahre handelt es sich um *bedingte* Prognosen, die immer unter dem Vorbehalt stehen, daß die politökonomische Weichenstellung den jeweiligen Vorstellungen des richtigen Weges folgt — sei es ein marktwirtschaftlicher, keynesianisch-sozialistischer oder auch dritter und alternativer. Damit ist die Wende zur positiven Weltsicht nicht so sehr auf neue Einsichten zurückzuführen, sondern auf Wahrnehmungsverschiebungen. Man arbeitet als „Sozialprophet“ jedoch meist mit Netz und doppeltem Boden, was heißen soll, daß als Menetekel eine zweite negative Zukunft inszeniert wird, die eintritt, wenn den Empfehlungen und Warnungen nicht gefolgt werden sollte. Gemeinsam ist allen der Glaube an die Gestaltbarkeit der Zukunft zumindest in bestimmten nicht unerheblichen Bandbreiten⁵⁾. Diese Vorgehensweise ist offensichtlich unbefriedigend. Auch die wahrscheinlichen politischen Antworten und Reaktio-

¹⁾ Vgl. J. Kickbusch/A. Trojan (Hrsg.), *Gemeinsam sind wir stärker. Selbsthilfegruppen und Gesundheit. Selbstdarstellungen, Analysen, Forschungsergebnisse*, Frankfurt 1981.

²⁾ Vgl. J. Huber (Hrsg.), *Anders arbeiten — anders wirtschaften. Dualwirtschaft: Nicht jede Arbeit muß ein Job sein*, Frankfurt/M. 1979; R. Heinze/T. Olk, *Selbsthilfe, Eigenarbeit, Schattenwirtschaft. Entwicklungstendenzen des informellen Sektors*, in: *Die Zukunft des Sozialstaats*, Bd. 1: *Sozialstaatskrise und Umbaupläne*, Stuttgart 1983³⁾, S. 203 ff.

³⁾ Historische Parallelen zeigt T. Thiemeyer, *Gemeinwirtschaft in Lehre und Forschung*, Schriftenreihe Gemeinwirtschaft, Nr. 13, Frankfurt/M. 1974.

⁴⁾ Vgl. u. a. M. Jänicke (Hrsg.), *Vor uns die goldenen Neunziger Jahre? Langzeitprognosen auf dem Prüfstand*, München 1985.

⁵⁾ Zu den Szenarien der Theoretiker der Alternativbewegung vgl. J. Huber, *Die verlorene Unschuld der Ökologie*, Frankfurt/M. 1982; A. Gorz, *Wege ins Paradies*, Berlin 1983; A. Evers/M. Opielka, *Was heißt hier eigentlich sozial? Kleiner Leitfaden zur Orientierung in einer verwirrenden Auseinandersetzung*, in: M. Opielka (Hrsg.), *Die ökosoziale Frage, Entwürfe zum Sozialstaat*, Frankfurt/M. 1985.

Vorabdruck aus dem im Frühjahr 1987 erscheinenden Sammelband der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung: „Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland“.

nen auf sozialökonomische Entwicklungen sind in einer *politökonomischen* Prognose vorauszuschätzen, wie das hier skizzenhaft geschehen soll.

1. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden die Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts weiter zurückgehen, eventuell wird exponentielles Wachstum der Nachkriegszeit sich als temporärer, besonderen Umständen der Nachkriegszeit (Wiederaufbau, Keynesianismus) geschuldeter, Wachstumssprint herausstellen, der nunmehr vorbei ist. In jedem Fall ist selbst bei der optimistischen Annahme ungesättigten Bedarfs im Bereich der Umwelt und einer forcierten staatlichen Politik qualitativen Wachstums eine weitere Öffnung der Schere zwischen Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität und des industriellen Güteroutputs zu erwarten. Auch diejenigen, die den Aufschwung einer neuen langen Kondratieff-Welle, angetrieben durch die revolutionären Basisinnovationen (Mikroelektronik, Laser, Biotechnik u. a. m.), in den neunziger Jahren prognostizieren, erkennen zumeist, daß die Prozeß- die Produktinnovationen überkompensieren. Die Folge werden weitere Freisetzungseffekte auf dem industriellen Arbeitsmarkt sein.

2. Der Dienstleistungssektor wird nach aller Wahrscheinlichkeit nicht die „große Hoffnung des 20. Jahrhunderts“ von Jean Fourastié erfüllen können, nämlich Auffangbecken für die im industriellen Sektor freigesetzten Arbeitskräfte zu sein⁶⁾. F. W. Scharpf hat die Gründe dafür in einem sehr lesenswerten Aufsatz zusammengetragen⁷⁾. Die Ursachen können hier nur summarisch benannt werden: Kostenkrankheit vieler sozialer Dienste, Grenzen der Absorptionsfähigkeit des Informations- und Kommunikationssektors und nicht zuletzt offensichtliche Grenzen der Steuer- und Abgabenbelastung. Die Prognose einer Do-it-yourself-Freizeitgesellschaft gewinnt damit immer mehr an Wahrscheinlichkeit⁸⁾.

3. Für die Bundesrepublik bringt die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahre 2000 nur eine begrenzte Entlastung des Arbeitsmarkts⁹⁾.

Ließe man den Dingen freien Lauf, so wäre die Konsequenz fatal. Die seit Galbraith vielfach befürchtete neue Dualisierung der Gesellschaft in einen primären Kernbereich, der durch hohe

Konzentration, modernste Technologie und sichere, qualifizierte und hoch bezahlte Arbeitsplätze gekennzeichnet ist, sowie in einen sekundären oder Randbereich unsicherer Jobs, schlechter Bezahlung und Ausgrenzung in die Arbeitslosigkeit dürfte dann wie in den USA schon bald bei uns traurige Realität werden.

Was ist zu tun, um das zu vermeiden? Die marktwirtschaftliche Strategie sieht die Chance in mehr Flexibilität der Individuen und Institutionen. Die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Alternative ist die Arbeitszeitverkürzung. Wortführer der grünen und alternativen Szene der neuen sozialen Bewegungen sehen in den Selbsthilfegruppen und den alternativen ökonomischen Betrieben Vorläufer und Wegbereiter eines autonomen Sektors, der zunächst kompensatorisch Ausfälle des Industriesystems absorbiert und es später ablösen soll.

Was wird davon wahrscheinlich politisch realisiert?¹⁰⁾ Mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985 sind staatliche Bemühungen um eine erhöhte Flexibilität in der Arbeitszeitgestaltung in Gang gesetzt worden. Gleichzeitig gelang den Gewerkschaften der Einstieg in die 35-Stunden-Woche. Der Ausblick auf die neunziger Jahre orientiert sich an diesen aktuellen politökonomischen Erfahrungen. Ein Nebeneinander verschiedener Rezepturen wird aufgrund der Gestaltungsspielräume der Gruppen wahrscheinlicher sein als die Dominanz einer wirtschaftspolitischen Strategie. Zu erwarten ist, daß die Arbeitszeit über Tarifverträge kontinuierlich herabgesetzt werden kann. Demgegenüber werden sich Arbeitgeberinteressen eher bei der Flexibilisierung von Arbeitszeitregelungen (Stichwort: Kapazitätsorientierte Arbeitszeit) durchsetzen. Steigende Freizeit bei Einschränkung der freien Verfügbarkeit dieser Zeit für die Arbeitnehmer wird das etwas paradoxe Resultat sein.

Staatliche Wirtschaftspolitik wird allenfalls halbherzig auf keynesianisches demand-management zurückgreifen. Auch eine Technologie- und Strukturpolitik zur Förderung qualitativen Wachstums wird weniger massiv sein (können), als sich die Ausrufer eines „neuen Wohlstandes“ das denken¹¹⁾.

Es verbleibt somit ein hoher Sockel an Arbeitslosigkeit einschließlich der stillen Reserven, selbst wenn man den politischen Gegenmaßnahmen ei-

⁶⁾ J. Fourastié, Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, Köln 1954.

⁷⁾ F. W. Scharpf, Strukturen der postindustriellen Gesellschaft oder: Verschwindet die Massenarbeitslosigkeit in der Dienstleistungs- und Informations-Ökonomie?, in: Soziale Welt, 37 (1986) 1, S. 3 ff.

⁸⁾ J. Gershuny, Die Ökonomie der nachindustriellen Gesellschaft. Produktion und Verbrauch von Dienstleistungen, Frankfurt-New York 1981.

⁹⁾ Vgl. W. Klauer, Arbeitsmarktperspektiven bis 2000, in: Sozialer Fortschritt, 35 (1986) 3, S. 49 ff.

¹⁰⁾ Vgl. C. Schäfer, Auch bei Wachstum bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2000 eine politische Aufgabe. Szenarien zur Entwicklung des Arbeitsmarktes bis 2000, in: WSI-Mitteilungen, Schwerpunkt: Zukunft der Arbeit, 39 (1986) 3, S. 145 ff.

¹¹⁾ W. Meißner/K. Zinn, Der neue Wohlstand, Qualitatives Wachstum und Vollbeschäftigung, München 1984.

nen gewissen Erfolg bei der Eindämmung der Freisetzungseffekte voraussagt.

Damit ändert sich relativ wenig an der arbeitsmarktpolitischen Ausgangslage. Der Trend zur wachsenden Freizeitgesellschaft (auch bei eingeschränkter Nutzungschance) dürfte mehr Selbsthilfeaktivitäten freisetzen, die unter Umständen auch im sozialen Bereich durch industrielle Vorprodukte oder Investitionsgüter immer produktiver werden könnten. Der Sanktionsdruck hoher Arbeitslosigkeit führt zwar einerseits zu Resignation und Apathie, wird andererseits jedoch bei vielen Betroffenen individuelle und kollektive Eigenhilfe erzwingen.

These 2: Die neuen sozialen Bewegungen erhalten ihren eigentlichen Antrieb aus einem sich selbst verstärkenden gesellschaftlichen Wertwandel.

Neben und im Zusammenhang mit den objektiven sozialökonomischen Bedingungen wird das menschliche Sozialverhalten von soziokulturellen Normen, die subjektive Werthaltungen, Einstellungs- und Motivationslagen und ihre Veränderung hervorbringen, geprägt.

Empirische Untersuchungen zeigen seit den sechziger Jahren einen deutlichen Wertwandel, der inzwischen weit über die jüngere Generation hinausgreift¹²⁾. Traditionelle Lebensgrundsätze wie Pflichterfüllung oder Leistungsbereitschaft werden zunehmend abgelöst von sogenannten postmateriellen Werten wie Autonomie und Selbstverwirklichung, aber auch von durchaus materiellen Konsum- und Genußorientierungen. Man mag das, wie Noelle-Neumann, als Krise der Arbeits- und Leistungsgesellschaft werten, die dabei ist, ihre eigenen motivationalen Grundlagen zu zerstören oder, wie Strümpel, positiv als Chance für eine ökonomische und soziale Erneuerung begreifen¹³⁾, in jedem Fall sind die neuen sozialen Bewegungen in diesem veränderten sozialkulturellen Klima entstanden, sie sind wesentlicher Ausdruck desselben.

Wie angedeutet, liegt in diesem Wertwandel eine gewisse Ambivalenz: Einerseits nimmt die postmaterielle ideelle Wertorientierung zu Eigenverantwortung, Partizipation und Solidarität in kleinen Bezugsgruppen zu. Das ist sicher ein wesentlicher Antrieb der neuen sozialen Bewegungen. Andererseits wird eine zunehmende Betonung individueller hedonistischer Ziele konstatiert¹⁴⁾, was

¹²⁾ Vgl. H. Klages, Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen, Frankfurt/M. 1984.

¹³⁾ E. Noelle-Neumann/B. Strümpel, Macht Arbeit krank? Macht Arbeit glücklich? Eine aktuelle Kontroverse, München 1984.

¹⁴⁾ H. v. Reccum, Dimensionen des Wertwandels, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/84, S. 3 ff.

angesichts der monströsen kommerziellen Anstrengungen, den eigennütigen homo oeconomicus und Wegwerf-Verbraucher heranzusozialisieren, kaum überraschen kann.

Die Ansichten über die zukünftige Entwicklung gehen auseinander. Klages, der einen gewissen Stillstand des Umorientierungsprozesses Ende der siebziger Jahre festzustellen glaubte, hält sowohl eine krisenhafte Zuspitzung als auch eine Wertsynthese, ein Miteinander von Pflicht- und Selbstentfaltungswerten, für möglich. Während etwa Noelle-Neumann und v. Reccum die individuelle Genuß- und Konsumorientierung zum Ansatzpunkt ihrer Vorwärtsverteidigung traditioneller Werte erwählen, ist das für Strümpel eher ein Oberflächenphänomen, dessen Bedeutung überschätzt wird.

Für die Absatzerfordernisse einer hochproduktiven, auf maximale Intensivierung der Arbeit ausgelegten Industrie ist die zunehmende Konsumorientierung funktional. Sinnentleerung der Arbeit und massive Werbung können die Freizeit- und Konsumorientierung als eine den Systemrationalitäten entsprechende Reaktion erklären. Exzessiver Konsum und übersteigertes Anspruchsdenken — individuell wie kollektiv — stellen, so läßt sich nicht ohne Grund hoffen, nur ein Übergangsphänomen dar. Der eigentliche Wertwandelungsprozeß dringt viel tiefer, ist nur als Wertumsturz zu begreifen, der die soziokulturellen und sozialökonomischen Grundlagen berührt. Die neuen sozialen Bewegungen sind daher unserer Einschätzung nach keine Welle, auf die wieder ein Tal folgt¹⁵⁾, sondern Ausdruck eines sich ausbreitenden veränderten Bewußtseins¹⁶⁾.

¹⁵⁾ Anders beurteilt das R. Breuer, Welle oder Bewegung? Zur Frage der Gesellschaftsveränderung durch „Selbsthilfe“, in: Neue Praxis, Sonderheft 6: Sozialarbeit als soziale Kommunalpolitik, 11 (1981), S. 208 ff.

¹⁶⁾ Diese Ansicht verstärken die Arbeiten der „neuen Optimisten“ unter den sozialwissenschaftlich und gesellschaftspolitisch engagierten Naturwissenschaftlern, die ihre Modelle und neuen Paradigmata auch auf soziale Phänomene anwenden. Danach ist die „kritische (Bewußtseins-) Masse“ in der Bevölkerung bald erreicht, die einen sich selbst verstärkenden gesellschaftlichen Wertwandel initiieren wird, der die Voraussetzung für die Lösung der drängenden globalen Zukunftsprobleme darstellt. Vgl. F. Capra, Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild, 11. überarbeitete Auflage, Bern 1986. Das ist sicher umstritten. Empirische Befunde zeigen, daß die Industriearbeiterschaft im Kern von diesen Veränderungen (noch) nicht berührt ist. Vgl. J. Jessen u. a., Mythos informelle Ökonomie, in: Leviathan, 13 (1985) 3, S. 398 ff. Der aktive Teil der Alternativbewegung kann auch als Sub- oder Gegenkultur begriffen werden, deren Werte und Lebensformen nur schwerlich von der Gesellschaft assimilierbar sind. So D. Schäfer/J. Plaschke, Sozialpolitik und Sozialarbeit zwischen solidarischer Selbsthilfe und etatistischer Staatsfürsorge, in: Sozialpolitik und Zukunft sozialer Arbeit, Frankfurt/M. 1984, S. 46 ff.

These 3: Die Selbsthilfe als neue soziale Bewegung ist von den verschiedenen Formen der Laienhilfe und der traditionellen Selbsthilfe der Primärgruppen (Familie, Nachbarschaft) zu unterscheiden.

„Selbsthilfegruppen können als spontane Zusammenschlüsse von Personen verstanden werden, die in aller Regel gleichermaßen von einem bestimmten, punktuellen sozialen Problem oder einer Bedarfslage betroffen sind und sich gegenseitig unentgeltlich und ohne besondere Qualifikationen helfen. Gründung und personelle Besetzung erfolgen im Unterschied zu den traditionellen Netzwerken durch freien Entschluß. Das Engagement richtet sich nach innen, auf einen spezifischen Personenkreis und auf eine spezifische Hilfeleistung, die zeitliche Beanspruchung ist abzusehen und kann mit der Erwerbstätigkeit im Prinzip vereinbart werden; ein Verlassen der Gruppe ist jederzeit möglich.“¹⁷⁾

In diesem freiheitlich-demokratischen Element sehen Wortführer der Bewegung den entscheidenden Fortschritt gegenüber den autoritären, auf informellen (ansozialisiertes Pflichtgefühl) und formalen Zwängen (gesetzliche Unterhaltspflichten nach BGB und Sozialhilfegesetz) beruhenden Selbsthilfeabkommen der Primärgruppe Familie. Diese Kritik überzeichnet stark. Die in den letzten Jahrzehnten ständig gewachsene Betreuungs- und Pflegeleistung in den Familien ist ohne die innere Bereitschaft und bewußte Entscheidung der Mehrzahl der besonders betroffenen Frauen der mittleren Generation nicht zu erklären. Dieses Potential bleibt auch in Zukunft unersetzlich. Die Familie wird — wenn Überlastungen vermieden werden — gerade wegen der starken emotionalen und sozialen Bindung der Kernbereich der solidarischen Selbsthilfe unserer Gesellschaft bleiben.

Überlastungserscheinungen zeigen sich schon seit längerer Zeit und werden sich bei einer wahrscheinlich

- zunehmenden Verschlechterung der Altersstruktur,
- abnehmenden Haushaltsgröße,
- zunehmenden Erwerbsorientierung der Frauen und
- sinkenden Ekehäufigkeit

weiter verschärfen, selbst wenn erhebliche Arbeitszeitverkürzungen und eine steigende Mithilfe der „neuen“ Männer vorausgesetzt werden könnten¹⁸⁾. Ob eine Ausweitung des öffentlich finan-

¹⁷⁾ G. Bäcker, Sozialpolitik durch soziale Dienstleistungen — Zukunftsperspektiven des Sozialstaats, in: WSI-Mitteilungen, 39 (1986) 3, S. 212.

¹⁸⁾ Vgl. G. Naegele, Voran mit der familiären Pflege — Ein Weg zurück! in: WSI-Mitteilungen, 38 (1985) 7, S. 394 ff.; zur feministischen Kritik dazu vgl. etwa A. Durst/I. Ostner, Der private Haushalt — eine Resource alternativer Sozialpolitik? in: M. Opielka

zierten sozialen Dienstleistungsangebots (u. a. ambulante Pflegedienste) ein gangbarer Weg ist, oder eher die neue Selbsthilfebewegung Lücken schließen könnte, ist im folgenden zu diskutieren.

Auch die organisierte Laienhilfe steht hier zur Diskussion. Soziale Problemlagen bildeten schon immer eine Herausforderung für ehrenamtliche Hilfe von Laien, die insbesondere in den großen Wohlfahrtsverbänden, aber auch in kleinen nachbarschaftlichen Netzwerken praktiziert wird. Ob sich hier wirklich eine „neue Solidarität“ herausbildet, die das bisherige in den Schatten stellt, ist angesichts der kaum zu überschätzenden Bedeutung der freiwilligen Laienhilfe schon in der Vergangenheit umstritten¹⁹⁾. Daneben existiert ein Bereich mehr oder minder erzwungener Fremdhilfe durch Laien, wie der Ersatzdienst wehrdienstverweigernder junger Männer oder die unentgeltliche Hilfe von Mädchen in Krankenhäusern und anderswo, die sich so Anwartschaften auf Lehrstellen sichern.

Nicht nur diese gesellschaftspolitisch bedenklichen Formen erzwungener Laienhilfe und die konservativen und alternativen Modelle einer gemeinnützigen Sozialverpflichtung von Arbeitslosen, Mädchen und Sozialhilfeempfängern²⁰⁾, sondern auch die Versuche, positive Anreize für Laienhilfe zu setzen²¹⁾, verweisen offensichtlich auf Probleme bei der Bereitstellung professioneller sozialer Dienste.

These 4: Die Selbsthilfebewegung ist zum Zankapfel der unterschiedlichen sozial- und gesellschaftspolitischen Interessen geworden.

Mit der Zunahme der Selbsthilfegruppen im sozialen und gesundheitlichen Bereich wuchs auch die kritische Aufmerksamkeit weltanschaulicher und politischer Gruppen ihnen gegenüber. Für die Alternativen der ersten Stunde und Fundamentalkritiker des industriellen Megasytems „tendiert auch das wohlfahrtsstaatliche Leistungssystem dazu, die Menschen passiver und in immer größerem Umfang von Fremdleistungen abhängig zu machen und somit ihre Fähigkeit zu selbstorganisierter Problemlösung zurückzudrängen“²²⁾.

(Hrsg.), Die ökosoziale Frage. Entwürfe zum Sozialstaat, Frankfurt/M. 1985, S. 183 ff.

¹⁹⁾ Vgl. o. V., Unbezahlte soziale Dienstleistungen, in: Sozialer Fortschritt, 32 (1983) 1, S. 1 ff.

²⁰⁾ So etwa J. Huber, Die Regenbogengesellschaft, Frankfurt/M. 1985, S. 170 f., und P. Gross, Der Wohlfahrtsstaat und die Bedeutung der Selbsthilfebewegung, in: Soziale Welt, 33 (1982) 1, S. 42 f.

²¹⁾ Kritisch dazu G. Backes, Ehrenamtliche Dienste in der Sozialpolitik, Folgen für Frauen, in: WSI-Mitteilungen, 38 (1985) 7, S. 386 ff.

²²⁾ J. Strasser/K. Traube, Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus, Bonn, 1982², S. 215.

Aus dieser Sicht ist Selbsthilfe und eigenorganisierte Arbeit die Alternative und keineswegs nur eine Ergänzung zum Sozialstaat. Das Unbehagen über zunehmende Verrechtlichungs-, Bürokratisierungs- und Ökonomisierungstendenzen einer etatistischen Sozialpolitik²³⁾ hat sehr weite Kreise gezogen. Liberale, Neokonservative, Vertreter der christlichen Soziallehre und einige Stimmen des freiheitlichen Sozialismus machten sich diese Argumentationsfiguren zu eigen, um dann allerdings zu recht unterschiedlichen Reformvorstellungen zu gelangen. Die Renaissance des *Subsidiaritätsprinzips* in seinen verschiedenen Interpretationen²⁴⁾ kennzeichnet die Diskussion in den neokonservativen und christlich-sozialen Gruppierungen. Die Senkung der Abgabenlast der Bürger, der Abbau des Pflichtprinzips in der Sozialversicherung und die Privatisierung sozialer Dienste wird von liberaler Seite mit dem Vertrauen in die *individuelle* Selbsthilfefähigkeit der Bürger verfochten.

Diesen unterschiedlichen sozialpolitischen Zielvorstellungen und Leitbildern soll die Selbsthilfebewegung möglichst funktional eingepaßt und entsprechend zurechtgestutzt werden. Subventionen und Steuererleichterungen bilden den „goldenen Zügel“ einer staatlichen Neuregulation sozialer Leistungen. Kostensenkung ist dabei in der Praxis die alle anderen Ziele dominierende Devise. Selbsthilfe und organisierte Laienhilfe gelten dann als förderungswürdig, wenn damit Personal- und Sachkosten an anderer Stelle eingespart werden können. Die hehre Leitbilddiskussion hat dann nur noch Alibifunktion.

Hier setzt natürlich fundamental gewerkschaftliche Kritik ein, die auch die pauschale Diffamierung des sozialen Sicherungssystems durch die Selbsthilfefundamentalisten entschieden zurückweist: Der Sozialstaat heutiger Prägung wird als gesellschaftliche Errungenschaft begriffen, die nicht zuletzt von den Arbeitnehmern in harten Auseinandersetzungen erkämpft werden mußte und nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen ist²⁵⁾. Verrechtlichung des Systems bedeutet aus dieser Sicht vornehmlich eine Garantie und die individuelle Einklagbarkeit sozialer Ansprüche; Ökonomisierung heißt ein wirtschaftlicher Umgang mit knappen Mitteln; Professionalisierung bedeutet die Verfügbarkeit von Expertenwissen und bedarfsorientierte Betreuung durch soziale Dienste.

Die ursprünglich harsche Kritik der Gewerkschaftsbewegung an der Selbsthilfebewegung als einer bürgerlich-akademischen Mittelschichtveranstaltung legte deren Schwachstellen offen. Die viel gepriesenen Vorzüge der Spontaneität, der Freiwilligkeit und des informellen Charakters der Gruppen seien zugleich auch deren sozialpolitische „Achillesferse“: Unverbindlichkeit der Mitarbeit, geringe Verlässlichkeit, unbestimmte Dauerhaftigkeit und wechselnde Qualität. Der Schluß ist für jeden, der die unverzichtbaren Anforderungen an ein soziales Versorgungsnetz mit den Möglichkeiten der Selbsthilfebewegung nüchtern vergleicht, zwingend. Eine Alternative zum Sozialstaat ist das für niemanden, auch nicht für die Alternativen selbst in ihrem wohlverstandenen eigenen Interesse. Die Möglichkeit, Selbsthilfeaktivitäten in Krisenzeiten staatlicherseits zu fördern, um massiven Abbau sozialer Leistungen zu kaschieren, hat die Bewegung in den Augen vieler Gewerkschafter vollends diskreditiert.

Die Überreaktion ist zwar verständlich, sie kann aber nicht das letzte Wort sein, will man nicht eine substantielle Chance zur Reform des sozialpolitischen Systems leichtfertig ausschlagen. In dieser Einschätzung berühren sich heute die Ansichten gemäßiger Vertreter der Selbsthilfebewegung, des freiheitlichen Sozialismus und im wissenschaftlichen Bereich von Protagonisten eines sozialwissenschaftlichen Paradigmas der Sozialpolitik²⁶⁾.

These 5: Selbsthilfegruppen sind eine notwendige und unverzichtbare Ergänzung zu den sozialen und gesundheitlichen Diensten des Systems sozialer Sicherheit, die zunehmend auf Finanzierungsschwierigkeiten stoßen.

Schon heute kann auf die Leistungen der Selbsthilfegruppen kaum verzichtet werden. In Zukunft dürfte sich diese Abhängigkeit des Systems von Vor- und begleitenden Leistungen durch die Betroffenen selbst verstärken. Dafür sprechen folgende Überlegungen: Soziale Dienstleistungen von professionellen Fachkräften unterliegen der Dynamik tertiären Kostendrucks. Das von William Baumol herausgearbeitete Theorem der Kostenkrankheit personaler Dienste ist in seiner Bedeutung noch zu wenig erkannt²⁷⁾. Unterproportionales Produktivitätswachstum bei den perso-

²³⁾ Vgl. die Beiträge in: A. Murswiek (Hrsg.), Staatliche Sozialpolitik im Sozialsektor, München 1976.

²⁴⁾ Vgl. E. U. Huster, Subsidiarität — Historische und systematische Aspekte zu einem Leitprinzip in der Sozialpolitik, in: WSI-Mitteilungen, 38 (1985) 7, S. 370 ff.

²⁵⁾ Vgl. E. Standfest, Die Gewerkschaften — Gralshüter des Status quo? Ökonomische Krise und die Zukunft der Sozialpolitik, in: M. Opielka (Anm. 5), S. 255 ff.

²⁶⁾ Vgl. F. Schulz, Zur ordnungspolitischen Charakterisierung aktueller Selbsthilfekonzeptionen, in: Zeitschrift für Sozialreform, (1985) 11, S. 656 ff., der auch die unterschiedlichen historischen Wurzeln offenlegt.

²⁷⁾ Einen guten Problemeinblick vermittelt E. Matzner, Der Wohlfahrtsstaat von morgen. Entwurf eines zeitgemäßen Musters staatlicher Intervention, Frankfurt/M. 1982.

nengebundenen Dienstleistungen (Ärzte, Sozialarbeiter, Pflegepersonal) führt in die Kostenklemme, wenn die Honorare oder Gehälter in diesem Bereich dem hohen Produktivitäts- und Lohnwachstum im industriellen Sektor folgen. Selbst wenn man die These eines wachsenden sozialpolitischen Kompensationsbedarfs für den zunehmenden Verschleiß menschlicher Arbeitskraft durch eine fortschreitende Intensivierung des Produktionsprozesses nur bedingt akzeptieren will, wird ein Mehrbedarf an sozialen Diensten schon allein aufgrund der steigenden Altersquote und abnehmender Pflegekapazität der Familien unabweisbar. Doch wie soll das finanziert werden? Der Mehrbedarf und die überproportional steigenden Kosten lassen bei der heute üblichen Finanzierung über Pflichtbeiträge die Sozialleistungsquote immer stärker steigen und zu einer *Soziallast* werden, deren politische Durchsetzbarkeit immer kritischer wird. Selbst Schweden, dessen Beispiel hier oft als vorbildlich hingestellt wird, dürfte inzwischen — wenn auch auf höherem Niveau — an der Grenze der Zumutbarkeit der Abgabenlast angekommen sein. Schweden gelang es in den siebziger Jahren, durch eine massive Ausweitung der öffentlich finanzierten und öffentlich erbrachten sozialen Dienstleistungen den drohenden Beschäftigungseinbruch in Folge der ersten Erdölpreiskrise zu überwinden. Ein zweites Mal steht diese Strategie nicht mehr zur Verfügung, wie der Verlauf der zweiten Erdölkrise zeigte, der Schweden vor allem durch eine klassische „beggar my neighbour-Strategie“ der massiven Kronenabwertung begegnete²⁸⁾.

Nun sind die für den Staat bzw. das System sozialer Sicherheit bald immer unerschwinglicher werdenden sozialen Dienste mangels Profitabilität nur zum geringen Teil (re-)privatisierbar. Das Dilemma eines gleichzeitigen Staatsversagens und Marktversagens ist perfekt. Oder beweist das „Alternativmodell“ zu Schweden — die USA mit einer massiven Ausweitung des privat finanzierten Dienstleistungssektors —, daß es doch über den Markt geht? Wie Scharpf nachweist, war das nur möglich durch Niedrigstlöhne im Dienstleistungssektor und auf der Basis hoher Einkommensunterschiede zwischen Profit- und Lohnempfängern, aber auch zwischen den Arbeitnehmern selbst²⁹⁾. Der uns interessierende Teil des Dienstleistungssektors war zudem kaum tangiert, da es sich hier um qualifizierte Tätigkeiten handelt, die auch in den USA zu Billigtarifen nicht zu haben sind.

Will man zudem den Zugriff auf notwendige soziale und gesundheitliche Dienste, wie es der so-

²⁸⁾ Vgl. F. W. Scharpf, Beschäftigungspolitische Strategien in der Krise, in: *Leviathan*, 13 (1985) 1, S. 1 ff.

²⁹⁾ F. W. Scharpf (Anm. 28).

zialstaatlichen Tradition der Bundesrepublik entspricht, vom Bedarf und nicht von der Höhe des Einkommens abhängig machen, so stellt das „Modell USA“ sicher keine akzeptable Lösung dar.

These 6: Selbsthilfegruppen sind eine sinnvolle Ergänzung zu den professionellen sozialen Diensten, die ohne Mitwirkung der Betreuten drohen, kontraproduktiv zu werden.

Die Selbsthilfebewegung ist zum einen eine Antwort der Betroffenen auf Defizite im sozialen und gesundheitlichen Versorgungsbereich und zum anderen der Versuch, Gegenmacht zu autoritären Herrschafts- und Kontrollansprüchen professioneller Experten auszuüben³⁰⁾.

Defizite sind im gesundheitlichen Bereich vor allem die mangelnde Kompetenz der naturwissenschaftlich orientierten Medizin in arbeits- und sozialmedizinischen Fragen und die fehlende präventive Konzeption gegenüber den heute im Krankheitsspektrum dominierenden chronischen Krankheitsbildern³¹⁾.

Als ein Kernproblem der Prävention und Therapie gesellschaftlich bedingter Krankheiten und gesundheitlichen Risikoverhaltens erweist sich die Notwendigkeit aktiver Mitarbeit der Betroffenen. Wie anders als durch Hilfe zur Selbsthilfe von seiten der Experten und solidarische Gruppenselbsthilfe der Kranken untereinander lassen sich die Selbstheilungskräfte und der Wille zur Verhaltensveränderung animieren?

Selbsthilfegruppen sind aber auch potentielle Gegenmacht im Sinne der Galbraithschen *countervailing-power*-These. In ihnen artikulieren sich erstmals soziale Bedürfnisse der Betroffenen, die auf das System einwirken, Problemverdrängung und Fehlleistungen des traditionellen Medizinbetriebs offenlegen und auf Veränderungen drängen können.

Die praktizierte Form der Kontrolle der Experten und professionellen Anbieter etwa durch die Selbstverwaltung der Krankenkassen, die Wohlfahrtsverbände und die kommunale Sozialpolitik bleibt weitgehend formal, ebenfalls bürokratischen Regeln unterworfen und ist wenig effizient. Sie genügt nicht, wie leidvolle Erfahrungen mit der bürokratisch-herrschaftlichen „Entartung“ von unkontrolliertem Fachverstand zeigen, der

³⁰⁾ Vgl. B. Badura u. a., Einleitung: Sozialpolitische Perspektiven, in: derselbe/Ch. v. Ferber (Hrsg.), *Selbsthilfe und Selbstorganisation im Gesundheitswesen*, München 1981, S. 5 ff.

³¹⁾ Insbesondere Ch. v. Ferber hat hier durch seine Beiträge ein Problembewußtsein geschaffen; vgl. u. a. Ch. v. Ferber/L. v. Ferber, *Der kranke Mensch in der Gesellschaft*, Reinbek 1978.

zur Bevormundung oder Disziplinierung der Klienten oder auch zur „Selbstbedienung“ genutzt werden kann. Ein wirksames Kontrollsystem, das nicht nur umgekehrte Abhängigkeiten schafft, muß wiederum die Betroffenen miteinbeziehen. Die Organisierung der Betroffenen zu Selbsthilfegruppen reicht allein allerdings nicht aus, wenn Durchsetzungskraft und Konfliktfähigkeit gegenüber Experten und Anbietern fehlt.

These 7: Die partielle Integration der Selbsthilfebewegung bietet eine Chance für die längst überfällige Strukturreform des kommunalen sozialen und gesundheitlichen Versorgungssystems.

Auch wenn die kollektive Selbsthilfe in Zukunft eine unverzichtbare und sinnvolle Ergänzung zum professionellen kommunalen Versorgungsangebot sein mag, so ist eine erfolgreiche Implementation keineswegs sicher. Selbst wenn die objektiven (vermehrte arbeitsfreie Zeit) und subjektiven (Wertwandel hin zu Selbstverantwortung und solidarischem Verhalten) Bedingungen für die weitere Entwicklung der Bewegung sich in einem günstigen kultur- und beschäftigungspolitischen Rahmen entfalten könnten, sind sozialpolitische Reformen notwendig. Die zentralen Ziele einer bürgernahen regionalen Strukturreform der gesundheitlichen und sozialen Dienste sind:

1. der Auf- und Ausbau eines integrierten Versorgungsnetzes mit Priorität ambulanter Versorgung,
2. die Partizipation der Bürger und Betroffenen,
3. die Kooperation zwischen Experten und Klienten und
4. Hilfe zur Selbsthilfe.

Demgegenüber ist die typische kommunale Versorgungssituation heute von Trägervielfalt, einem Nebeneinander statt Kooperation, Versorgungslücken im ambulanten Bereich (u. a. psychosoziale Dienste) und mangelhafter Vernetzung gekennzeichnet.

Diese Defizite werden teuer bezahlt. Mangelnde Prävention und Früherkennung sowie zu langes Verweilen der Patienten in kostenintensiven stationären Einrichtungen treiben die Ausgaben in die Höhe. Reformkonzeptionen wie der Ausbau integrierter Sozialstationen oder gesundheitlich-sozialer Gemeindezentren, die ambulante und teilstationäre Dienste, Beratung, Rehabilitation, Aufklärung und psycho-soziale Therapieangebote bereithalten, setzen hier an. Der Ausbau und die Vernetzung des regionalen Versorgungsangebots schafft einerseits zwar neue personal- und damit kostenintensive Dienste, verringert jedoch die Folgekosten erheblich, so daß Einsparungen bei den stationären Diensten und anderen Trägern zu Buche schlagen. Allerdings gilt das nur dann,

wenn die Betroffenen zur aktiven Teilnahme bewegt werden können. Die kommunalen Dienste und Einrichtungen selbst müssen daher zu Kristallisationspunkten für Selbsthilfegruppen werden.

So entstand die Selbsthilfebewegung zum einen zwar als autonome soziale Kraft, zum anderen jedoch schon früh aufgrund der Hilfestellung durch Fachleute (Sozialarbeiter, Ärzte, Psychotherapeuten). Diese positiven Erfahrungen gilt es auszuweiten und den Prozeß der Diffusion der Erkenntnisse zu beschleunigen. Schon in der Ausbildung zum Arzt oder Sozialarbeiter gilt es, Ängste und Vorbehalte abzubauen und die Notwendigkeit der Initiierung von und der Kooperation mit kollektiver Selbsthilfe zu vermitteln³²⁾.

Selbsthilfe kann zudem über Vorleistungen der Kostenträger (Krankenkassen, Arbeitsamt, Sozialamt), die Sachmittel und Grundausstattung (vor-)finanzieren, unterstützt werden, wie immer mehr Beispiele aus der Praxis zeigen. Eine wesentliche Weiterentwicklung über den bisherigen Umfang und die schichtenspezifische Begrenzung hinaus ist jedoch nur dann zu erwarten, wenn die Selbsthilfebewegung im kommunalen Bereich in die sozialpolitische Verantwortung und Entscheidungsfindung miteinbezogen wird. Dazu sind Vorschläge zur Diskussion gestellt worden, die zumeist auf dem Auerbachschen *Sozialgemeinde-Modell* aufbauen³³⁾.

Die Sozialgemeinde besteht aus Delegierten der Selbstverwaltungsorgane aller Sozialversicherungsträger auf örtlicher Ebene und bietet damit eine korporatistische Lösung der regionalen Kooperations- und Koordinationsprobleme. Bezieht man Vertreter aus dem aktiven Kreis der regionalen Selbsthilfe- und Risikogruppen in die Selbstverwaltung mit ein, so knüpft man an die verschüttete genossenschaftliche und damit Selbsthilfetradition der frühen Krankenkassen an. Die verbandlich dominierte, zum Teil rituell erstarrte Selbstverwaltung erhielt neue basisdemokratische Impulse. Für die Selbsthilfegruppen wiederum eröffnen sich Initiativ- und Partizipationsrechte an der kommunalen Planung im sozialen und gesundheitlichen Bereich.

³²⁾ So auch E. Reidegeld, *Selbsthilfe — von den Gefahren, dem Mißbrauch und der reformpolitischen Bedeutung eines sozialpolitischen Ansatzes*, in: WSI-Mitteilungen, 38 (1985) 7, S. 378 ff.; zur Problematik der Zusammenarbeit von professionellen Helfern und Betroffenen vgl. L. M. Moeller, *Anders helfen — Selbsthilfegruppen und Fachleute arbeiten zusammen*, Stuttgart 1981.

³³⁾ Vgl. den Überblick bei M. Novak/K. Schaper, *Reform der Selbstverwaltung in der Gesetzlichen Krankenversicherung*, in: WSI-Mitteilungen, 34 (1981) 5, S. 307 ff.

Die Kritik der Alternativen an einer derartigen Vereinnahmungsstrategie verweist auf das Ziel einer engagierten Selbsthilfe gegen das System, neue Formen und Qualitäten gegenseitiger Hilfe zu proben. Die Funktionalisierung zu einer systemkonformen Lückenbüßerrolle sei vorgezeichnet³⁴). Dieses Risiko ist auch durch die Mitbestimmung in der Sozialgemeinde nicht gänzlich aufgehoben, sollte jedoch durch die Chance, eigene Reformvorstellungen durchzusetzen, in Kauf zu nehmen sein³⁵).

Aus dieser Position lassen sich zudem Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten den professionellen Anbietern und Experten gegenüber entwickeln, deren Kooperationsbereitschaft sich deutlich heben ließe. Damit wäre ein wesentlicher Schritt in Richtung einer bedarfsgerechten Versorgung getan. Verbesserte Transparenz, Rückkoppelung und gemeinsame Diskussion der Ergebnisse medizinischer und sozialer Therapien ließen auch die sattsam bekannten, aber reformresistenten Auswüchse des heutigen Medizinbetriebs wie Übermedikation, *Medikamenteninflation* oder Drehtürpsychiatrie, um nur einige Schlagworte zu nennen, nicht verschont. Das ersetzt zwar keine Strukturreform, wie Bäcker und andere gewerkschaftlich orientierte Sozialpolitiker sie fordern³⁶), ist vielmehr ein wesentlicher erster Schritt dazu, der andere erleichtert. Die vielen gescheiterten Versuche einer Reform von oben zeigen die Notwendigkeit einer Gegenmachtbildung vor Ort. Erst mit diesem Rückhalt an der Basis der Versicherten lassen sich strukturelle Veränderungen des Honorierungssystems oder die Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung gegen die Interessen der organisierten Anbieterverbände durchsetzen.

Wie läßt sich die im Prinzip berechnete Skepsis der Gewerkschaftsbewegung gegenüber der geringen Verbreitung, Verlässlichkeit, Dauerhaftigkeit und Verbindlichkeit kollektiver Selbsthilfe begegnen? Eine Garantie der weiteren Ausbreitung und der Überlebenskraft dieser sozialen Bewegung läßt sich heute nicht abgeben. Mit einer geschätzten Zahl von 10 000 bis 20 000 Gruppen ist die derzeitige Bedeutung noch gering anzusetzen. Von daher ist die sozialstaatliche Letztverantwortung

³⁴) E. v. Kardorff/E. Koenen, Zur neuen Wissenschaft von der Selbsthilfe, in: *Leviathan*, 11 (1983), S. 439 ff.; vgl. auch J. U. Behrendt u. a., Zur Verflechtung von Selbsthilfegruppen mit staatlichen und professionellen Sozialsystemen, Kapitel B 3, Selbsthilfegruppen vor der Vereinnahmung?, in: B. Badura/Ch. v. Ferber (Anm. 30), S. 91 ff.

³⁵) Ähnlich argumentiert A. Trojan, Zwischen Mut zur Realität und Mut zur Utopie, Zu Grenzen und Möglichkeiten von Selbsthilfe-Initiativen, in: M. Opielka (Anm. 5), S. 212 ff.

³⁶) G. Bäcker (Anm. 17), S. 214 f.

und das durch sie garantierte professionelle Leistungsangebot unverzichtbar. Das Potential der Selbsthilfe, zu einer breiten Bewegung zu werden, ist vorhanden. Eine stärker in die sozialpolitische Mitverantwortung gestellte Selbsthilfe könnte die „kritische Masse“ erreichen helfen, nach der die Bewegung zu einem Selbstläufer wird, überall örtlich präsent sein kann, schichten-spezifische Selektion abstreift³⁷) und auch genügend personelle Regenerationskraft besitzt, um die zu Recht eingeforderte Permanenz und Verlässlichkeit zu garantieren.

These 8: Nicht die Selbsthilfebewegung ist verantwortlich für die relativ geringe Arbeitsplatzzunahme im Bereich sozialer und gesundheitlicher Dienste.

Mit der Einführung und dem Ausbau des Systems sozialer Sicherheit in den letzten hundert Jahren ging immer auch ein begrenzter Anstieg an sozialen Diensten einher. Die Zuwachsraten bei den monetären (Einkommens-)Transferleistungen lagen jedoch durchweg höher. Erst in den späten sechziger Jahren ließ sich eine eigentlich expansive Entwicklung beobachten. Dies war zum einen auf einen sozialpolitischen Paradigmawechsel zurückzuführen, durch den die ökonomistische Verengung der wissenschaftlichen Sozialpolitik aufgebrochen und ein auch an immateriellen Werten orientiertes Lebenslage- (Lebensqualitäts-)konzept in der Tradition Gerhard Weissers fortentwickelt wurde. Zum anderen, jedoch eng damit verbunden, hatten sich neue „Helfer“-Berufsgruppen (Sozialarbeiter, Psychologen, Sozialwissenschaftler) konstituiert, die auf eine Erschließung von Berufsfeldern drängten. Die praktische (Sozial-)Politik nahm diese Anregungen auf. Soziale Problemfelder sollten über ein umfangreiches Sozialindikatorensystem (SPES-Projekt) erkannt, immaterielle Lebenslagedefizite über adäquate Handlungsansätze beseitigt werden. Dazu zählten das Programm zur Humanisierung der Arbeit, aber auch der Ausbau sozialer Dienste, die Lebenslageschwächen von Problemgruppen kompensieren oder mildern sollten.

Die weitere kostenträchtige Entwicklung und ihre strukturellen Ursachen sind unter der These 5 skizziert worden. Dabei dürfte deutlich geworden sein, daß eine unbegrenzte weitere Expansion der sozialen und gesundheitlichen Dienste weder finanzierbar ist, noch den Bedürfnissen der Betroffenen entspricht. Die bisherige arbeitsmarkt- und sozialpolitische Position der Gewerkschaften in

³⁷) Vgl. dazu K. Deimer u. a., Selbsthilfe in der Sozialpolitik — Ein Lösungsansatz?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 34/83, S. 14 ff.

dieser Frage muß daher von ihnen überprüft werden, will man zu einer realistischen und zukunftsweisenden Konzeption gelangen.

Nicht die Selbsthilfebewegung ist für die rückläufigen Beschäftigungschancen — genauer: für das nur noch relativ geringe mögliche Arbeitsplatzwachstum — im sozialen Dienstleistungsbereich, geschweige denn für den Sozialabbau verantwortlich. Die versteckte Schuldzuweisung, daß der staatliche Rückgriff auf ihre Fach- und Laienhilfekapazitäten die Reprivatisierung und Leistungseinschränkung erst ermöglicht, verwischt die Verantwortlichkeiten und verkennt, daß hier zum Teil ökonomische Notlagen der Selbsthilfegruppen, vor allem aber derjenigen alternativen ökonomischen Betriebe, deren Aktivitäten im sozialen Dienstleistungsbereich liegen, ausgenutzt werden.

Wie die bisherigen Überlegungen gezeigt haben, gibt es gute Gründe, anzunehmen, daß gerade die

Selbsthilfebewegung im gesundheitlichen und sozialen Bereich Produktivitätsreserven erschließt, wenn ihre Einbindung in ein kommunales Selbstverwaltungs- und Versorgungssystem nach Art der Sozialgemeinde gelingt. Die so eintretende Entlastung muß zum Ausbau professioneller Dienste vor allem im ambulanten Bereich genutzt werden, die ihrerseits solidarische Selbsthilfe initiieren und fachlich begleiten. Dieser positive arbeitsmarktpolitische Effekt kann sicher nicht als wesentlicher Beitrag zur Lösung der drängenden Beschäftigungsprobleme verstanden werden, zumal damit Freisetzungseffekte im industriellen Komplex des Gesundheitswesens einhergehen werden³⁸). Die Massenarbeitslosigkeit ist mit anderen Mitteln zu bekämpfen. Der Trend zur Selbsthilfe- und Do-it-yourself-Freizeitgesellschaft, wie ihn Gershuny prognostiziert, mit einer begleitenden Infrastruktur an (offiziellen und schattenwirtschaftlichen) professionellen Diensten, bietet da wenig hoffnungsvolle Ansätze.

Alternative ökonomische Betriebe

Auch bei der Diskussion der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Problematik der alternativen ökonomischen Betriebe müssen wir uns mit wenigen Thesen zu den wichtigsten Aspekten begnügen.

These 9: Die alternativen ökonomischen Betriebe treten — beschäftigungspolitisch gesehen — nur „Trampelpfade durch das Dickicht der Arbeitslosigkeit“.

Die Überwindung der Resignation in der Krise, die Stärkung unternehmerischer Innovations- und Risikobereitschaft, schafft nach der Theorie langer Wellen die Voraussetzung für einen säkularen Aufschwung. Die erfolgreichen „neuen Selbständigen“³⁹), seien sie gewinnorientiert oder alternativ, werden mit dem politökonomischen System versöhnt. Was ist mit den weniger Erfolgreichen?

Entgegen allen optimistischen Beschwörungen gibt es nicht genügend neue Nischen, die von den Großunternehmen gelassen werden und ein auskömmliches Einkommen für alternative ökonomische

Betriebe sichern⁴⁰). Die vorhandenen Plätze sind vom traditionellen Mittelstand besetzt; ob eine Wettbewerbsintensivierung hier die Innovationsbereitschaft fördert, sei dahingestellt. Die Innovationschancen für kleine und mittlere Betriebe werden davon nicht vermehrt und auch heute schon gut genutzt, Niederkonkurrierung durch erzwungene Selbstausbeutung ist kein neues Phänomen, führt nicht zu zusätzlichen selbständigen Existenzen und eher zu einer Abnahme von Arbeitsplätzen.

Die Mehrzahl der alternativen ökonomischen Betriebe ist heute im sozialen Dienstleistungsbereich angesiedelt⁴¹). Das ist zwar ein Ausdruck der mangelhaften Versorgungslage, aber nach der bisherigen Analyse offensichtlich kein Feld kostendeckender oder gar gewinnbringender Betätigung. Tatsächlich findet man ein sehr breites Spektrum an Finanzierungsformen. Dabei dominieren direkte Subventionen durch kommunale Haushalte (bekanntester Vorreiter war der Sozialsenat Berlin) und indirekte Subvention über das System sozialer Sicherung (Projektmitarbeiter er-

³⁸) Bei der kapitalintensiven Produktionsweise im industriellen Komplex dürfte ein positiver Nettobeschäftigungseffekt wahrscheinlich sein.

³⁹) Vgl. G. Vonderach, „Die neuen Selbständigen“, 10 Thesen zur Soziologie eines unvermittelten Phänomens, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1980 (2), S. 153 ff.

⁴⁰) Trotz optimistischer Überschrift wird dies durch die Analyse von P. Grottian/M. Kück, Modell Berlin: 10 000 neue Arbeitsplätze im Selbsthilfe- und Alternativbereich, in: M. Bolle/P. Grottian (Hrsg.), Arbeit schaffen — jetzt! Reinbek 1983, S. 128, im Kern bestätigt.

⁴¹) Vgl. R. Heinze, Beschäftigungspolitische Möglichkeiten des „informellen“ Sektors, in: M. Bolle/P. Grottian (Anm. 40), S. 116 ff.

halten z. B. Sozialhilfe, ABM oder Arbeitslosenunterstützung), während Spenden oder Mitgliedsbeiträge (Beispiel: Netzwerk Selbsthilfe) sowie Verkaufserlöse — da die Leistungen oft unentgeltlich oder gegen geringe Gebühren abgegeben werden (müssen) — nur von zweitrangiger Bedeutung sind.

Im Gegensatz zu den relativ optimistischen Einschätzungen der EG, der OECD sowie von Bund und Länderregierungen, die allesamt Mitte der achtziger Jahre die regionalen Beschäftigungsinitiativen „entdeckt“ haben und Beratungen und finanzielle Mittel als Starthilfe anbieten, werden die Initiativen im sozialen Dienstleistungsbereich immer auf öffentliche Subventionen angewiesen bleiben⁴²). Es sei denn, daß die Privatisierung sozialer Dienstleistungen mit ihren fatalen verteilungspolitischen Konsequenzen wirklich vorangetrieben werden sollte. Aber auch dann wird es per Saldo einen negativen Beschäftigungseffekt geben, da größere Einsparungen bei anderen Einrichtungen das eigentliche Ziel dieser allokativen Neudisponierung sein dürften. Daß zudem Selbstausbeutung in Form dürftiger Ausstattung oder untertariflicher Bezahlung ein vom öffentlichen Geldgeber eingeplanter Regelfall werden kann, um so Kosten einzusparen, ist ebenfalls eine von den Gewerkschaften befürchtete Tendenz⁴³).

Treten die lokalen Beschäftigungsinitiativen als subventionierte Konkurrenz gegen Klein- und Mittelbetriebe an, so sind Verdrängungsprozesse, Arbeitsplatzabbau und Arbeitsintensivierung wahrscheinlich. Der Weg in die unbesetzten Nischen, die innovativ erschlossen werden sollen, ist also beschäftigungspolitisch nur als „Trampelpfad“ einzuschätzen, wie Meißner und Zinn zu Recht befinden⁴⁴).

These 10: Alternative ökonomische Betriebe sind nach allen Erfahrungen in einer Marktwirtschaft Transformationsgesetzmäßigkeiten hin zu erwerbswirtschaftlich-gewinnorientiertem Handeln ausgesetzt.

Unabhängig von der Rechtsform der alternativen Betriebe — seien es private Vereine, eingetragene Genossenschaften, GmbHs oder Gesellschaften in kommunaler Trägerschaft — sind die Gründer und Mitglieder in der ersten Phase eher bedarfswirtschaftlich und zum Teil auch gemeinwirt-

⁴²) Vgl. P. Grottian/M. Kück (Anm. 40).

⁴³) Vgl. E. Reidegeld (Anm. 32), S. 381 f.

⁴⁴) W. Meißner/K. G. Zinn, Der neue Wohlstand, Qualitatives Wachstum und Vollbeschäftigung, München 1984, S. 72 ff. Vgl. auch J. Jessen u. a., Mythos informelle Ökonomie, in: Leviathan, 13 (1985) 3, S. 398 ff.

schaftlich orientiert⁴⁵). Dies auf den gesamtgesellschaftlichen Wertwandel zurückzuführen, ist sicher nicht ganz korrekt. Die Gründung von bedarfswirtschaftlich orientierten Betrieben — Genossenschaften im sozialökonomischen Sinne — hat faktisch immer stattgefunden, nur fehlte es an der öffentlichen Aufmerksamkeit. Allerdings läßt sich im Zuge der verschärften Probleme auf dem Arbeitsmarkt eine neue „Welle“ von Neugründungen und eine entsprechende Reaktion der Medien darauf registrieren. Untersuchungen der OECD, die zu dem Vorschlag eines Aktionsprogramms für lokale Beschäftigungsinitiativen geführt haben⁴⁶), zeigen, daß eine zunehmende Zahl der Neugründungen in der Krise schon von vornherein primär erwerbswirtschaftlich motiviert ist. Damit zählt so mancher der „neuen“ Selbständigen eigentlich zum „alten“ Mittelstand.

Wie Oppenheimer schon 1896 für die Produktivgenossenschaften diagnostizierte, waren die meisten von ihnen zum Scheitern verurteilt, und die wenigen Ausnahmen überlebten nur durch massive Anpassung an die erwerbswirtschaftlich disponierende Konkurrenz. Diese leidvolle Erfahrung des Wertwandels — der Konvergenz zu marktwirtschaftlich-gewinnorientiertem Handeln — durchzieht die Geschichte der Gemeinwirtschaft bis heute. Das gemeinwirtschaftliche Paradox — je erfolgreicher ein Unternehmer auf dem Markt agiert, um so eher droht der Verlust gemeinwirtschaftlicher Orientierung — werden trotz des gesellschaftlichen Wertwandels auch viele der neuen alternativen ökonomischen Betriebe erfahren⁴⁷).

These 11: Mangelhafte ökonomische und soziale Sicherung kennzeichnet die Lebenslage vieler Mitarbeiter alternativer Betriebe und Projekte.

Was längst anhand von Einzelfallstudien vermutet wurde, ist durch eine empirische Untersuchung nunmehr bestätigt worden⁴⁸). In alternativen Pro-

⁴⁵) Das Ziel, den eigenen Bedarf durch die gemeinsame Tätigkeit zu decken und sinnvolle Arbeit für die Gemeinschaft zu leisten, genügt nach vorherrschender Praxis in der wissenschaftlichen Verarbeitung des Phänomens, um die Bezeichnung oder das Prädikat „alternativ“ zu vergeben.

⁴⁶) Vgl. Th. Zuleger, OECD-Aktionsprogramm — Beschäftigung fördern, in: Bundesarbeitsblatt, 1984 (11), S. 18 ff.

⁴⁷) Vgl. Th. Thiemeyer, Selbsthilfe und Selbsthilfebetriebe aus ökonomischer Sicht, in: B. Badura/Ch. v. Ferber (Anm. 34), S. 203 ff.

⁴⁸) Ch. Helberger u. a., Nichtkonventionelle Formen der Erwerbstätigkeit als Problem des sozialen Sicherungssystems. Eine theoretische und empirische Untersuchung für die Alterssicherung am Beispiel der alternativen Wirtschaft, in: Finanzarchiv NF 2, (1985) 45, S. 271 ff.

jekten kumulieren sich sozialökonomische und -politische Probleme. Niedriger Lohnsatz, geringe wöchentliche Arbeitszeit und unetete Beschäftigung führen aufgrund der Konstruktionsmerkmale des Systems sozialer Sicherheit zu erheblichen Deckungslücken und geringen Anwartschaften bei der Alters- und Invalidenversicherung (Gesetzliche Rentenversicherung). In der stärker bedarfsorientierten Gesetzlichen Krankenversicherung, die einen breiteren Personenkreis pflichtversichert, treten demgegenüber nur partiell Versorgungslücken auf⁴⁹⁾. Will man der Gefahr begegnen, daß es unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit zu einer Ausbreitung solcher Lebenslagen kommt, sind sozial- und arbeitsmarktpolitische Innovationen notwendig. Zu denken wäre dabei an eine Staatsbürgermindest- oder Grundrente, Erweiterung der Pflichtmitgliedschaft und die Einbeziehung der ebenfalls ungenügend abgesicherten alternativen Selbständigen analog den Landwirten und Handwerkern. Auf arbeitsmarktpolitischem Gebiet wären Erweiterungen arbeits- und sozialrechtlicher Mindeststandards und ihre Kontrolle denkbar.

Für diejenigen, die die Mitarbeit in alternativen Projekten nur als Übergangs-, Such- oder Experimentierphase junger Menschen ansehen oder garhies ihre Bestätigung finden, daß das Lohn- und soziale Sicherungsniveau zu hoch sei und bei entsprechender Sanktionierung durchaus Anspruchsreduktionen durchzusetzen seien, sieht der sozialpolitische Handlungsbedarf natürlich ganz

⁴⁹⁾ Vgl. R. Thiede, Alternativprojekte und Krankenversicherung, in: Sozialer Fortschritt, 35 (1986) 3, S. 57 ff.

anders aus. Eine weitere Flexibilisierung und Herabsetzung tarif- und arbeitsrechtlicher Standards ist dann angezeigt. Der Trend geht vorerst in diese Richtung.

Fazit

Eine harmonische Dualisierung der Wirtschaft in traditionelle und alternative Ökonomie wird die zukünftige Entwicklung sicherlich nicht ergeben. Dualisierung wird es geben, aber in einer anderen Form⁵⁰⁾, etwa als weitere Ausgrenzung einer neuen postindustriellen Reservearmee. Vorzuziehen wäre wohl ein Nebeneinander von offizieller Ökonomie, in der die knappe Arbeit auf alle verteilt wird, die Arbeit suchen, und dem Bereich der Eigenarbeit und Selbsthilfe, die vor allem auch den kostenintensiven Bereich sozialer Dienste entlastet. Neben totaler Gesellschaftskritik und utopischen Entwürfen ist hier eine gesellschaftliche Zukunftsvision aus der neuen sozialen Bewegung hervorgegangen, die inzwischen weit über sie hinauswirkt und Hoffnungen weckt — auch wenn es gerade in den arbeitsmarktpolitischen Verbänden verständlicherweise tiefsitzende Ängste und Vorbehalte gibt⁵¹⁾.

⁵⁰⁾ Auf weitere kreative Denkmodelle zur Lösung der postindustriellen Arbeitslosigkeit, die ebenfalls auf eine bestimmte Form der Dualisierung hinauslaufen, sei kurz verwiesen: B. Fritsch, Das Prinzip Offenheit, München 1985; L. C. Thurow, Die Null-Summen-Gesellschaft. Einkommensverteilung und Möglichkeiten wirtschaftlichen Wandels, München 1981.

⁵¹⁾ Vgl. S. Bleicher, Ausstieg? Gewerkschaftliche Reformpolitik in der Industriegesellschaft, Hamburg 1985.

Neue soziale Bewegungen und politische Parteien

Einleitung

Die neuen sozialen Bewegungen haben in Deutschland eine Welle enthusiastischer Begleitforschung hervorgebracht, der gelegentlich eine gewisse Distanzlosigkeit nachgesagt werden muß. Die Begeisterung war um so spontaner, als das Parteikonzept durch die Phase der kommunistischen Aufbausekten in der Linken stark diskreditiert worden war. Die Vielzahl der neuen Bewegungen war für undogmatische Linke um so faszinierender, als die deutsche Tradition der Arbeiterbewegung vom Primat der Partei geprägt war. Der Primat von Räten, Genossenschaftsbewegung oder Gewerkschaften — organisatorische Gegenmodelle, die in anderen Ländern eine Weile einflußreich waren — hatten in der deutschen Tradition wenig Durchsetzungschancen. Diese Tradition war von Kautskyschen Formelkompromissen über die Gleichberechtigung der Säulen der Arbeiterbewegung bei faktischer Vormacht der Partei geprägt. Die linkslibertäre Gegenkultur — erstmals mit der Spontibewegung in Erscheinung getreten — schien ein Novum in Deutschland, das von den Führern der alten Studentenbewegung zum Teil mit so großem Unverständnis kommentiert wurde¹⁾, wie von den Kommunisten Moskauer Orientierung, die das „kleinbürgerliche Ideologiemisch“ bei „konzeptionsloser Organisationstheorie“ eigentlich nur unter dem Aspekt der Funktionalisierbarkeit für die eigene „Bewegung“ positiv einzuschätzen vermochten²⁾. Die SPD hatte allzu lange in der rückwärtsgewandten Theorie als die „Urpartei“ schlechthin gegolten, deren Genesis man an ihr leidend „aufarbeitete“. Organisatorische Vielfalt der Möglichkeiten und konstitutionelle Kreativität mußte daher in der deutschen Linken stärker als in anderen Ländern wieder erlernt werden.

Die Begeisterung über die Vielfalt neuer Organisationsformen in der nach-leninistischen Phase der Linken hat leider auch die politikwissenschaftliche Forschung vielfach in eine gewisse Kritiklosigkeit getrieben. Jede Institutionalisie-

rung schien des Teufels. Auch in seriöse Texte schlichen sich Formulierungen ein wie: „So gewinnt, eher gefühlsmäßig als theoretisch begründet, die These an Plausibilität, daß die neuen sozialen Bewegungen nur dann eine Zukunft, eine Realisierungschance ihrer Zielvorstellungen besitzen, wenn sie ihren ‚Bewegungs-Charakter‘, ihre Merkmale der Spontaneität, der Autonomie, der Dezentralität, der geringen Formalisierung beibehalten.“³⁾ Trotz aller Beschwörungen, man dürfe die neuen sozialen Bewegungen nicht idealisieren, wurden gerade die expressiv-symbolischen Möglichkeiten der neuen Bewegungen liebend überschätzt⁴⁾. Die Selbstproduktion durch „aktive Praxis und Lernprozesse“ ist immer wieder formelhaft beschworen worden. Nur selten wurde jedoch eine gegenstandsadäquate Methode aus dem Bereich der verstehenden Methoden selbständig in der Bewegungsforschung weiterentwickelt. Prozessuale Auffassung, akteurzentrierte Betrachtungsweise und handlungsanalytische Ansätze haben ihre Berechtigung⁵⁾. Vor allem bei der Erforschung ausländischer Bewegungen wurden Einsichten möglich, die einem deutschen Forscher sonst verschlossen geblieben wären. Fatal ist jedoch die metatheoretische Überhöhung solcher Ansätze. Die Respektierung der Regeln teilnehmender Beobachtung auf dem Boden der analytischen Wissenschaftstheorie hätte die gleichen Resultate bringen können. Bedenklich ist auch das Ausspielen solcher Ansätze gegen jeden Versuch, systemtheoretisch den Stellenwert der neuen sozialen Bewegungen zu ermitteln. Die beiden Ansätze verhalten sich komplementär. Für alle Fragen, die das Handeln der Bewegung überschreiten, ist eine systemtheoretische Perspektive uner-

1) Johannes Schütte, Revolte und Verweigerung. Zur Politik und Sozialpsychologie der Spontibewegung, Gießen 1980, S. 10.

2) V. D. Granov Red, ‚Zelënye‘. Ideologija i politika (Die Grünen. Ideologie und Politik), Moskau 1985, S. 4 ff.

3) Karl-Werner Brand, ‚Institutionalisierung‘ und ‚Bewegung‘, ein falscher Gegensatz. Kritische Anmerkungen zum Selbstverständnis neuer sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik, in: Hans-Hermann Hartwich (Hrsg.), Gesellschaftliche Probleme als Anstoß und Folge von Politik. Wissenschaftlicher Kongreß der DVPW 4.—7. Oktober 1982 in der Freien Universität Berlin, Opladen 1983, S. 189.

4) Michael Vester, Die ‚Neuen Plebejer‘. Thesen zur Klassen- und Schichtenstruktur und zu den Entwicklungsperspektiven der neuen sozialen Bewegungen, in: H.-H. Hartwich (Anm. 3), S. 214.

5) Dirk Gerdes, Regionalismus als soziale Bewegung, Frankfurt 1985, S. 35.

läßlich. Das gilt auch für die Frage nach dem Verhältnis von Parteien und sozialen Bewegungen.

Für dieses Verhältnis ist noch eine andere Neigung der emphatischen Bewegungstheoretiker von negativem Einfluß. Die prozessuale Auffassung von Bewegungen führt vielfach zur Vernachlässigung institutioneller Strukturen. Das Verhältnis von Parteien und sozialer Bewegung fällt damit schon in die Phase des „Endes der Bewegung“. Eine solche Verengung des Blickwinkels ist verzeihlich, wenn ein Soziologe wie Rammstedt vor dem Durchbruch der neuen sozialen Bewegungen — an den alten sozialen Bewegungen geschult — die Begriffe fortentwickelt, die sich in der Sekten- und Bewegungsforschung bewährt zu haben schienen. Weniger einleuchtend war die Verengung der Sichtweise bei einem Politikwissenschaftler wie Raschke, der auf der Basis der Kenntnis über die neuen sozialen Bewegungen ähnlich prozessual verfuhr. Zerhackte Geschichte im taxonomischen Puzzlespiel in die Schubladen der herkömmlichen Phasen und Aktionsformen sozialer Bewegungen zu füllen, kann einer deskriptiver ansetzenden Wissenschaft gegenüber nicht gut als eigenständige Theorie auftreten. Folgenreicher ist jedoch das Manko, daß der herkömmliche Stadienschematismus der Bewegungsforschung Raschkes Stärken in der Erforschung institutionalisierter Gruppen und Parteien für diese Analyse verloren gehen ließ⁶⁾.

Die Bedenken gegen den Bewegungsenthusiasmus bedeuten nicht, daß Engagiertheit einzelner Forscher nicht zu fruchtbaren Fragestellungen führen kann. Die Genesis einer Hypothese ist wissenschaftlich relativ bedeutungslos. Mit Popper gilt: „Wie haben Sie Ihre Theorie gefunden?“ berührt eine völlig private Angelegenheit, im Gegensatz zu der Frage „Wie haben Sie Ihre Theorie geprüft?“, die allein wissenschaftlich relevant ist.“⁷⁾ Diese Bedenken heißen auch nicht, daß die neuen sozialen Bewegungen, für die sich mancher Forscher so vordergründig begeistert, mit einem *nothing-new-under-the-sun-approach* angegangen werden müßten. Angesichts der verbreiteten Methode, mit den Begriffen des 19. Jahrhunderts weiter zu arbeiten, oder aber alles für „neu“ an den sozialen Bewegungen zu erklären, müssen die Unterschiede zwischen alten und neuen Bewegungen schärfer gefaßt werden. Sie können dies weniger durch immanent beschriebene Organisationskriterien als durch die Analyse des Funktionszu-

sammenhangs im politischen und sozialen Gesamtsystem. Der Ansatz, der sich soziale Bewegungen allzu ‚bewegt‘ vorstellt, kann Wechselwirkungen zwischen sozialer Bewegung und sozialem Prozeß nicht übersehen. Vor allem aber bei Rammstedt ist dieser Prozeß als ein wechselseitiger konfliktorischer Aufschaukelungsprozeß geschildert, in dem es langfristig nur Anpassung oder Eskalation als Alternativen gibt⁸⁾. Eine umfassende Analyse des sozialen Umfelds von Bewegungen zeigt im Lichte von Interessengruppen- und Parteienforschung wesentlich komplexere Interaktionsformen von Gruppen unterschiedlicher Organisationsdichte. Diese sind jedoch weniger dramatisch bewegt und ziehen daher weniger Aufmerksamkeit auf sich.

Nach Rammstedt wurde das Epitheton „neu“ ernster genommen, und neue soziale Bewegungen zunehmend von den älteren abgesetzt. Einerseits wurde die Neuheit von einigen Bewegungsenthusiasten übertrieben, andererseits zeigte sich, daß revolutionäre Perspektiven des 19. Jahrhunderts die Analyse der neuen sozialen Bewegungen eher in die Irre führen.

Was ist neu an den „neuen sozialen Bewegungen“? Das neue an den neuen sozialen Bewegungen liegt vor allem im hohen *Autonomiegrad der Akteure*, in einer Interessenartikulation, die der *Einschaltung organisierter Repräsentanten* nicht mehr im Ausmaß der älteren Interessengruppen bedarf. Die Neigung zu *direkter Interessenwahrnehmung* der Bürger nimmt zu. Ein *Policy-mix von konventionellen und unkonventionellen Verhaltensweisen* ist typisch für die Art der Interessenwahrnehmung in neuen sozialen Bewegungen⁹⁾. Solche organisationstheoretischen Details führen weiter als die evolutionistische Konstruktion einer Abfolge von *Herrschafts-, Verteilungs- und Lebensweiseparadigma* bei Raschke, die für viele Länder und Epochen zu grobrastig sind und deren *élan vital* und Antriebskraft im schöpferischen Halbdunkel subjektiver Wertungen zu bleiben droht.

Das *prozessuale* Verständnis sozialer Bewegungen führte vielfach zu dem Vorurteil, daß es sich um einen *nichtinstitutionalisierten Prozeß* handele¹⁰⁾. Nur selten setzte sich die Einsicht durch, daß ein Minimum organisatorischer Struktur den sozialen Bewegungen Bestand verleihen muß, um sie von anderen sozialen Interaktionsformen abgrenzen

⁶⁾ Otthein Rammstedt, *Soziale Bewegung*, Frankfurt 1978; Joachim Raschke, *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*, Frankfurt 1985.

⁷⁾ Karl R. Popper, *Das Elend des Historizismus*, Tübingen 1965, S. 106.

⁸⁾ Rainer Paris, *Soziale Bewegung und Öffentlichkeit*, in: Brokla (1981) 43, S. 112.

⁹⁾ Birgitta Nedelmann, *New Political Movements and Changes in the Process of Intermediation*, *Social Science Information* (1984), S. 1029—1048.

¹⁰⁾ O. Rammstedt (Anm. 6), S. 131.

zu können¹¹⁾. Die losen Vergesellschaftungsformen der älteren Massenpsychologie, in denen die Interaktion auf eine unstrukturierte Masse in Gefolgschaft einer charismatischen Führerpersönlichkeit reduziert wurde, können den Institutionalisierungsgrad der neuen sozialen Bewegungen kaum noch erklären.

Je stärker sich die Einsicht durchsetzt, daß auch neue soziale Bewegungen unter systemtheoretischer Perspektive Institutionen im politisch-sozialen System sind, um so mehr wird der Blick dafür geschärft, daß die Antithese von dynamischen neuen sozialen Bewegungen und institutionalisierten Parteien unscharf ist. Vor drei Irr-

wegen der Bewegungsforschung muß daher gewarnt werden:

1. Einen *normativen Wertbegriff* der Bewegung zugrunde zu legen, der nur einen Teil des realen Bewegungsspektrums abdeckt, und sich gegen die Parteien ausspielen läßt.
2. Die *organisatorischen Verflechtungen* von sozialen Bewegungen und Parteien — sowohl bei den alten wie bei den neuen sozialen Bewegungen — zu unterschätzen.
3. Die *Verflechtungen der beiden Aktionsformen auf der Ebene individuellen politischen Verhaltens* zu übersehen.

I. Die Überwindung des normativen Bewegungsbegriffs

Die vielfach künstliche Entgegensetzung von neuen sozialen Bewegungen und alten Parteien resultiert aus der Wahl eines normativ geladenen Bewegungsbegriffs. Der bloße Terminus suggeriert Fortschrittlichkeit im Kampf gegen erstarrte Strukturen¹²⁾, obwohl der Nationalsozialismus hinreichend Schindluder mit dem Bewegungsbegriff getrieben hatte, um zur Skepsis einzuladen. Heberles Marotte, die sozialen Bewegungen unter den altväterlichen Oberbegriff „Samtschaft“ aus der Soziologie von Ferdinand Tönnies zu subsumieren, hat sich nicht durchgesetzt. Aber auch jeder andere wertfreie Terminus könnte vermeiden helfen, daß positive Nebenbedeutungen gleichsam terminologisch erschlichen werden.

Bei den Bewegungsenthusiasten der achtziger Jahre ist eine bewußte oder unbewußte Anknüpfung an ältere terminologische Traditionen auffällig. In Frankreich entstand der Bewegungsbegriff zunächst bei der Linken; später wurde er von Konservativen und Gaullisten um den Rest seiner Plausibilität gebracht. In Deutschland wurde er hingegen nach den Mißbräuchen durch den Rechtsextremismus eher von den Progressiven positiv besetzt. Soziale Bewegung hatte in der französischen Soziologie der Zeit Saint Simons und Comtes den Beigeschmack von Dynamik im Vergleich zur sozialen Statik. In Deutschland wurde die Rezeption auf die Fundamentalopposition schlechthin gerichtet. Bewegung wurde auf das „Bewußtsein ganzer Völker“ bezogen, wie bei Lorenz von Stein¹³⁾ oder wenigstens — wie im

Kommunistischen Manifest — auf das „Interesse der ungeheuren Mehrzahl“ im Gegensatz zu den vorproletarischen Bewegungen, die angeblich alle „Bewegungen von Minoritäten“ gewesen sind¹⁴⁾. Tatsächlich schien die Bewegung wenigstens die große Mehrheit aufgeklärter Geister im Vormärz zu umfassen.

Mit der Ausdifferenzierung von Parteien verschwand jedoch der Anspruch auf die Bewegung als volkumspannendes Aggregat. Mit der Übernahme des Parteibegriffs, der sich mühsam genug vollzog¹⁵⁾, war die Anerkennung verbunden, daß es eine Vielzahl von Parteien geben könne, und daß keine in ihrem Anspruch glaubhaft ist, das Gemeinwohl schlechthin zu vertreten, so stark dieser Anspruch in der Parteiprogrammatik auch fortleben mochte. Seit 1848 haben die Programme deutscher Parteien auch den Bewegungsbegriff kaum noch beschworen. Nur einige konservative Parteien im Ausland haben durch Gruppennamen wie „mouvement“ oder „rassemblement“ an der vorteilpartei-staatlichen Bewegungskonzeption anzuknüpfen versucht — mit geringem Erfolg.

Entgegen anderslautenden Postulaten muß, soziologisch gesehen, nicht jede Gruppierung als soziale Bewegung verstanden werden, die sich selbst so nennt¹⁶⁾. Es müssen vielmehr objektive Organisationskriterien gefunden werden, um soziale Bewegungen von anderen Aggregaten zu unterscheiden, sonst könnte jeder Prediger in der Wüste ohne Anhang seiner Minisekte die Anerkennung als soziale Bewegung verschaffen. Kriterium

¹¹⁾ Karl-Werner Brand u. a., *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, Frankfurt 1984, S. 36.

¹²⁾ Klaus R. Allerbeck, *Soziologie radikaler Studentenbewegungen*, München 1973, S. 37.

¹³⁾ Lorenz von Stein, *Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich*, Darmstadt 1959, Bd. 1, S. 3.

¹⁴⁾ Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke*, Berlin 1969, Bd. 4, S. 472.

¹⁵⁾ Klaus von Beyme, *Partei, Fraktion*, in: Otto Brunner u. a. (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart 1978, Bd. 4, S. 677–733.

¹⁶⁾ O. Rammstedt (Anm. 6), S. 138.

ist die Dauerhaftigkeit von Strukturen, die sie von Volksaufläufen oder wilden Streiks unterscheidet. Als weitere Kriterien sind charismatische Führerschaft und ein immanenter Historizismus säkularer oder transzendenter Art als Kriterien gewertet worden¹⁷⁾. Diese Merkmale erscheinen jedoch zu sehr aus der ethnozoologischen Forschung über nativistische Strömungen in der Dritten Welt zu stammen.

Sind die neuen sozialen Bewegungen überhaupt noch *charismatisch* geführt zu nennen? In ihrem Selbstverständnis gewiß nicht. Aber die Begriffe der alten sozialen Bewegungen werden den neuen von außen angedient. Die neuen sozialen Bewegungen und Parteien neuen Typs müssen gegen die parasitäre Publizität kämpfen, die einzelne Führungspersönlichkeiten immer wieder erhalten. Die Medien befinden: „Sie sind wer, noch ehe klar ist, wer sie sind.“¹⁸⁾ Mit abbröckelnder Rotationsbereitschaft wird der Kampf dagegen bei den Grünen immer aussichtsloser. Auch der *Historizismus*, den man seit Popper den alten sozialen Bewegungen nachsagte — ein irreführender Bewegungsbegriff, weil er bei falsch verstandenen Begriffen der Naturwissenschaften anknüpfte¹⁹⁾ —, ist nicht mehr so dominant wie in den alten sozialen Bewegungen, in deren Tradition die neuen Bewegungen überwiegend mit Erklärungen eines linearen Fortschritts angegangen werden²⁰⁾. Einige Wortführer der Grünen glauben, daß die neuen sozialen Bewegungen die legitimen Erben der alten linken sozialen Bewegungen geworden sind²¹⁾. Das kann jedoch kein ausreichender Grund sein, daß die Sozialwissenschaften das Eigenbild einer epochalen Selbstüberhöhung übernehmen.

Neu an den neuen sozialen Bewegungen ist nicht, daß progressive und beharrende Bewegungen einander gegenüberstehen. Das war immer so. Nicht ganz neu ist auch die Ambivalenz von progressiven und konservativen Zielen, so z. B. bei der christlich-sozialen Bewegung. Sie nannte sich bezeichnenderweise erst spät „christlich-demokratisch“. Progressiv war sie nur im sozialen Bereich, konservativ in Kirchenfragen und vielfach auch in der Haltung zur Demokratie. Bei den neuen

sozialen Bewegungen ist diese Ambivalenz noch häufiger, gerade weil sie überwiegend nicht mehr Ideologien aus einem Guß anzubieten haben. Viele der poppigsten Erscheinungen im Bereich neuer sozialer Bewegungen gehören eher dem eskapistischen als dem politisch progressiven Lager an. Progressive Gebundenheit an eine Subkultur kann durchaus mit politisch reaktionären Haltungen gekoppelt sein, wie bei der Punkbewegung. „Mit uns zieht die neue Zeit“ singt kaum noch eine Gruppe, die sich heute eher auf Motorrädern als in Marschkolonnen zusammenfindet. Dieser Vers von Hermann Claudius war in der Weimarer Zeit das Bewegungslied par excellence. Es wurde von der Arbeiterbewegung und von den Nazis mit gleicher Inbrunst gesungen²²⁾. „We shall overcome“ oder „Teachers leave us kids alone“ konnte nicht in gleicher Weise zum alle Bewegungen rechts wie links umspannenden Erkennungssong werden. Die Fragmentierung des Bewegungsbewußtseins nimmt zu.

Neu ist an den heutigen sozialen Bewegungen auch nicht, daß Rückzugsgruppen existieren. Sie haben sich freilich in der Vergangenheit seltener als Bewegung organisiert und blieben zunächst eher Bewegungen im Sinne eines geistigen Trends oder einer Strömung wie in der Romantik. Heute fällt das Nebeneinander von Widerstands- und Rückzugsbewegung auf. Gemeinsam ist ihnen die Eindämmung formalorganisierter Handlungsbereiche. Das schließt nicht aus, daß sie sich gelegentlich zur Aktionsgemeinschaft zusammenfinden, von Tu-nix bis zu RAF-Sympathisanten.

Die frühere Soziologie hat sich allzu stark von Ansprüchen der Bewegungen auf radikalen sozialen Wandel blenden lassen und daher vielfach revolutionäre Gruppen zu stark herausgestellt. Auch neuere Typologien²³⁾, die zwischen reformistischen und revolutionären Gruppen unterscheiden, können allenfalls für den linken *mainstream* der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik Geltung beanspruchen:

Sozialpsychologische Ansätze wie bei Cantril 1941 hatten den Nachteil, ohne organisatorische Kriterien ziemlich jede Spinnerei als Bewegung zu akzeptieren, aber den Vorteil, daß auch eskapistische Grüppchen in einem wertfreien Bewegungsbegriff ins Blickfeld traten²⁴⁾. Heute stehen

¹⁷⁾ Florenz Deltgen, Was kann unter einer ‚Bewegung‘ verstanden werden?, in: René König u. a. (Hrsg.), Aspekte der Entwicklungssoziologie, Sonderheft 13 (1963) der KZfSS, S. 426 f.

¹⁸⁾ Hermann Schreiber, Grün — und was dann?, in: Geo (1983) 8, S. 136.

¹⁹⁾ Karl R. Popper, Das Elend des Historizismus, Tübingen 1965, S. 89.

²⁰⁾ Zu diesen Erklärungen: Karl-Werner Brand, Neue soziale Bewegungen. Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale, Opladen 1982, S. 58 ff.

²¹⁾ Thomas Eberman/Rainer Trampert, Die Zukunft der Grünen, Hamburg 1984, S. 152.

²²⁾ Jochen Zimmer (Hrsg.), Mit uns zieht die neue Zeit. Die Naturfreunde. Zur Geschichte eines alternativen Verbandes der Arbeiterkulturbewegung, Köln 1985.

²³⁾ Michael Beckmann, Theorie der sozialen Bewegung, München 1979, S. 295.

²⁴⁾ Hadley Cantril, The Psychology of Social Movements, New York 1967; Ralph H. Turner, Kollektives Verhalten und Konflikt, in: Walter R. Heinz/Peter Schöber (Hrsg.), Theorien kollektiven Verhaltens. Beiträge zur Analyse sozialer Protestaktionen und Bewegungen, Darmstadt 1972, Bd. 1, S. 120—134.

sich mehr denn je Emanzipations- und Widerstands- und Rückzugsgruppen gegenüber²⁵). Im Gruppengewühl sind sie selbst geschulten „Fraktionologen“ kaum so säuberlich unterscheidbar wie in Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns. Modern und Postmodern — Begriffe, die Habermas ebenfalls strikt scheidet — gehen gerade bei der Postmoderne in der Architektur- und Literaturtheorie stark ineinander über. Zur „neuen Unübersichtlichkeit“ gehört auch, daß

Modernisierung und Entmodernisierung als gleichzeitige Prozesse ablaufen²⁶). Nicht nur in dem Sinn, wie es immer Konservative neben Progressiven gab, sondern beide Ansprüche werden zum Teil von den gleichen Individuen und Gruppen vertreten. Wären Selbst- und Fremdinterpretation prägnanter, müßte es eigentlich häufiger gelingen, soziale Bewegungen nicht „nachherzusagen“ (Charles Tilly), sondern vorherzusagen. Gerade dies ist bisher nie gelungen²⁷).

		Ausmaß der Veränderung	
		partiell	total
Art der Veränderung	personell	personelle Reform (Umgruppierung)	personelle Transformation (Machtübernahme)
	positional	strukturelle Reform	strukturelle Transformation (Revolution)

Ein weiteres Novum an den neuen sozialen Bewegungen ist, daß es keine *Themenkonsistenz* wie bei den alten Bewegungen des 19. Jahrhunderts mehr gibt. Die Alternativen werden von den Diskussionsmoden nicht weniger gehetzt als die Etablierten. Die Friedensbewegung stahl der Antikernkraftbewegung die Schau. Die Grünen im Parlament gaben vor, Umweltprobleme diskutieren zu wollen, sie mußten aber feststellen, daß es ihnen an Spezialisten mangelte und daß sie im Bundestag — wie eine Themenanalyse der ersten Zeit ergab²⁸) — den Themenwandel hin zum Friedenthema nicht weniger gegen ihre eigene Kontinuität ausspielten als das kurzlebige Gedächtnis der Medien. Das Odium der Einpunktbewegung wurde durch hektische Übernahme immer neuer Themen überwunden²⁹). Analysen der Aktivitäten der Grünen im Deutschen Bundestag zeigen, daß Sicherheits-, Ökologie- und Gesundheitspolitik die Schwerpunkte der Parteiinitiativen sind³⁰).

Die Bewegungen sind den Parteien in der *Enttotalisierung des Erwartungshorizontes* mit einiger Zeitverzögerung gefolgt. Die sozialwissenschaftliche Begriffsbildung kann daher immer weniger die Reste eines ganzheitlichen Selbstverständnisses, das sich auch in neuen sozialen Bewegungen

noch findet, als zutreffende Analyse des funktionalen Stellenwertes der Bewegungen im System akzeptieren. Die Anerkennung einer Vielzahl von Bewegungen schreitet fort. Die emphatische Forschung sieht das besondere noch an der Vernetzung wie „*Lebensweise*“. Aber die rein progressive Etikettierung weicht einem Realitätsbewußtsein, das auch rückschrittliche Bewegungen miteinbezieht. Bei Raschke gehören dazu nicht nur die grundlegenden Bewegungen, die sozialen Wandel herbeiführen wollen, sondern auch jene, die dies „verhindern oder rückgängig zu machen“ versuchen³¹). Frühere Bewegungsenthusiasten hatten größere Mühe zuzugeben, daß auch Faschismus und Nationalsozialismus aus Bewegungen hervorgegangen waren. Der Vergleich von Bewegungen vom Kommunismus bis zum Faschismus in der frühen Literatur von Heberle bis Wilson ist daher in der Linken vielfach angegriffen worden³²).

Die Zusammenfassung von Kommunismus und Nationalismus als soziale Bewegung erschien ähnlich irreführend wie die Behandlung der Gemeinsamkeiten unter dem Stichwort *totalitäre Herrschaftssysteme*. Nicht ganz zu Unrecht, denn beide haben den Bewegungsbegriff mißbraucht und ad absurdum geführt, weil beide eine Variante des Transmissionsriemengedankens im Verhältnis der Partei zu den gesellschaftlichen Organisationen vertraten. Ein Minimum an Autonomie der organisatorischen Teile einer Bewegung gehört zum Begriff. Die Grenze verläuft bei den

²⁵) Jürgen Habermas, *Theorie kommunikativen Handelns*, Frankfurt 1981, Bd. 2, S. 578.

²⁶) Peter L. Berger u. a., *Das Unbehagen in der Modernität*, Frankfurt 1975, S. 163.

²⁷) J. Raschke, (Anm. 6), S. 124.

²⁸) Helmut Fogt, *Die Grünen in den Parlamenten der Bundesrepublik*, in: ZParl (1983), S. 500—517.

²⁹) Jörg R. Mettke (Hrsg.), *Die Grünen. Regierungspartner von morgen?*, Reinbek 1982, S. 107.

³⁰) Gerd Langguth, *Der grüne Faktor. Von der Bewegung zur Partei?*, Zürich 1984, S. 68.

³¹) J. Raschke (Anm. 6), S. 74, 77.

³²) Rudolf Heberle, *Social Movements*, New York 1951; Paul Wilkinson, *Social Movement*, London 1971.

rechtsextremistischen Bewegungen etwa beim Peronismus, dem man eine gewisse Autonomie des Gewerkschaftssektors nicht absprechen kann.

Klammert man die Extreme staatsparteilich pervertierter Bewegungen einmal aus, so bleibt festzuhalten, daß für einen Sozialwissenschaftler Bewegung nicht politisch (links oder rechts) zu defi-

nieren ist, und daß neue soziale Bewegungen noch weniger als die alten durch die *Fundamentalopposition* zum bestehenden System definiert werden können. Der Sozialwissenschaftler wird einem normativen Bewegungsbegriff widerstehen müssen, um die Komplexität der tatsächlichen organisatorischen Muster neuer Protest- und Beharungsbewegungen in den Griff zu bekommen.

II. Die organisatorischen Verflechtungen von Parteien und neuen sozialen Bewegungen

Unter Vermeidung eines wertgeladenen Bewegungsbegriffs werden gewisse institutionelle Verfestigungen von Bewegungen klarer analysierbar als bei rein emphatisch-prozessualen Ansätzen. Damit fällt auch ein entspannterer Blick auf die Interaktion von Parteien und Bewegungen.

Alle Parteien der Geschichte sind aus Bewegungen hervorgegangen. Die Vielzahl der Parteien, die keine Bewegung hinter sich hatten und aus vorübergehenden Führungscliquen entstanden, haben keinen Bestand gehabt. Das bedeutet aber nicht, daß die neuen sozialen Bewegungen schlicht ein analoges Verhältnis zu den Parteien halten wie die alten. Die Vorstellung, daß eine Bewegung zu Ende geht, wenn sie sich als Partei institutionalisiert, ist sowohl ahistorisch als auch für die Analyse der Gegenwart nicht recht zu gebrauchen.

Das Verhältnis von Partei und Bewegung ist in vielen Ländern viel komplexer gewesen als in Deutschland, daher droht die Theoretisierung deutscher Erfahrungen für die Deutung der Vergangenheit wie der Zukunft in die Irre zu führen. Wo die Arbeiterbewegung nicht einfach von einer Partei dominiert wurde — und in den außerdeutschen Modellen war das nirgendwo der Fall³³) —, war sie ein gutes Beispiel für die Koexistenz von Bewegung und Partei. Die Christdemokraten haben eine parallele Koexistenz mehrerer Bewegungssäulen von Anfang bis heute gezeigt.

Ein Teil der neuen Berührungspunkte mit Parteien und der magischen Überhöhung der nichtinstitutionellen Aspekte der neuen sozialen Bewegungen resultiert aus der einseitigen Verabsolutierung deutscher Traditionen, die zum Teil falsch wahrgenommen werden. Die Angst vor der Institutionalisierung führte in der Wissenschaft zum bewußten oder unbewußten Übernehmen der alten Weber-Michels-Thesen über die Veralltäglicung

des Charismas bei institutionalisierten Gruppen, die unweigerlich einem Oligarchisierungsprozeß unterworfen werden.

In der Organisationsgeschichte zeigt sich im Vergleich zwischen Frankreich und Deutschland ein Paradoxon: Das zentralisierte Frankreich hat im gesellschaftlichen Bereich der Gruppen und Parteien fragmentiert reagiert, während die deutsche Antwort auf die staatliche Zersplitterung eine erstaunlich zentralisierte Gruppen- und Parteienstruktur war. Diese Organisationsstrukturen haben in beiden Ländern vier verschiedene Regime überlebt und erwiesen sich als wesentlich zählebiger als die Verfassungsinstitutionen. Die neuen sozialen Bewegungen haben bei uns insofern gemäß der deutschen Tradition gehandelt, als sie relativ rasch einen „Bundesverband der Bürgerinitiativen“ und eine „Partei auf Bundesebene“ hervorbrachten — zwei Institutionalisierungsversuche, die im Ausland gelegentlich Befremden über den Etatismus der Alternativen hervorgerufen haben.

Sich als Partei zu konstituieren, ist in Deutschland für jede relevante Gruppe eine der ersten Erwägungen, während sie in Ländern mit relativem Mehrheitswahlrecht und anderen hohen Zugangsbarrieren die letzte der möglichen Erwägungen ist. Im internationalen Vergleich zeigt sich, daß die Begriffe der Parteien- und Interessengruppenforschung keineswegs völlig überholt sind.

In den USA hatte man schon immer geringere Probleme mit sozialen Bewegungen, weil sowohl die Parteien- als auch die Interessengruppenlandschaft von ihnen schon immer tief durchdrungen war. Während die ideellen Fördererverbände (*promotional groups*) bei uns politisch schwach und in den Gruppentypologien unterbelichtet blieben, waren sie in der amerikanischen Gruppentheorie gang und gäbe. Die „*advocacy explosion*“ in der amerikanischen Gesellschaft³⁴), wel-

³³) Klaus von Beyme, *Interessengruppen in der Demokratie*, München 1980⁴, S. 76 ff.; ders., *Parteien in westlichen Demokratien*, München 1984², S. 241 ff.

³⁴) Jeffrey M. Berry, *The Interest Group Society*, Boston 1984, S. 16 ff.

che immer mehr Gruppen stellvertretend für Unterprivilegierte handeln ließ, beseitigte viele Zweifel an der Uneigennützigkeit der neuen Bewegungen, die angesichts der Verquickung ideeller und wirtschaftlicher Interessen bei vielen der alten „promotional groups“ niemals ausgeräumt werden konnten. Soziale Bewegungen hatten in der liberalen Tradition Amerikas weniger fundamentaloppositionelle Grundstimmung und fühlten sich nicht beleidigt, neben dem am Ziel gewonnenen Begriff „movement“ in funktionalen Termini auch „pressure group“ genannt zu werden. Dieser Terminus drückt zwar harte Methoden, aber zugleich volle Anerkennung des Adressaten aus.

Auch die Parteienlandschaft war in Amerika schon immer tief von sozialen Bewegungen penetriert. Die dritte Partei war von der *Free Soil Party* und der *Now Nothings Party* bis zu Sozialisten und Kommunisten in der Regel eine seltene Option. Soziale Bewegungen haben meist den Weg der *Pressure groups*, die *Unterwanderung einer Partei* — der Rechten sagte man die Unterwanderungstaktik nach, der Linken vielfach die Tendenz, sich eher als eigene Partei zu konstituieren — oder der *außerparlamentarischen Opposition* nach Art der Bürgerrechtsbewegung des SDS oder der Black Power vorgezogen³⁵). Eigene politische Gruppenbildung war vielfach nur eine Auseinandersetzung von Fraktionen innerhalb einer großen Partei wie bei der Wallace-Bewegung. Die Ventilfunktion dritter Parteien ist bedeutend, so gering ihre direkte politische Durchsetzungsfähigkeit auch prima vista gewesen ist.

Meine These ist, daß gerade die neuen sozialen Bewegungen Annäherungen an amerikanische Konfliktaustragungsmuster in Europa mit sich gebracht haben. Es gibt heute nach Auflösung der ideologischen Versäulung mehr von einem radikaldemokratischen Konsens bis hin zur Linken, die kein grundsätzlich anderes System mehr (kein realer Sozialismus hat dauerhafte Sogwirkung behalten können), sondern zu den Ursprüngen des Demokratiegehalts der Verfassungsordnung zurück will. Huntington hat für Amerika einen permanenten Konflikt zwischen Idealen und Institutionen herausgearbeitet. Manches davon wird von der Basisbewegung auch bei uns übernommen³⁶).

Europa hat mit seinen überlappenden Konfliktlinien, die jeder aus einer tiefen *Systemkrise* (liberale und nationale Bewegung, Arbeiterbewegung) oder wenigstens aus einer sektoralen *Partialkrise* hervorgingen (z. B. Agrarbewegung, christlich-

soziale Bewegung), die Relikte überwundener Krisen weiter mitgeschleppt. Funktionswandel schuf neue Aufgaben für überholte Gruppierungen (z. B. Ökopartei für die ehemaligen Agrarparteien, die sich in Zentrumsparteien umbenannten). Damit wurden vielfältige Strukturen zum Aufsaugen neuer Protestbewegungen im politischen Raum bereitgestellt. Wo die Aufsaugfunktion gewährleistet war, wurde das Entstehen einer eigenen Ökopartei von Skandinavien bis Italien verhindert³⁷). Aber auch hier waren angesichts der eingefrorenen Parteienstruktur neue soziale Bewegungen eher auf den Weg der innerparteilichen Fraktionsbildung als auf den der Parteineugründung verwiesen³⁸).

Historisch gesehen waren die Beziehungen von den damals neuen sozialen Bewegungen zu den bestehenden Gruppen und Parteien immer viel enger, als von den Interpreten eines epochalen Paradigmawandels in der Gruppenszene zur Kenntnis genommen wird. Am auffälligsten ist das in der Friedensbewegung, wo die Aktion in bestehenden Großorganisationen am stärksten war. Aber auch in der Ökobewegung sind nicht nur neue eigene Sprachrohre geschaffen worden³⁹), und die kleinen Bürgerinitiativen würden von den Machtadressaten kaum ernst genommen, wenn nicht große Gruppen ihre Interessen verstärkten.

Der *Erfolg*, den die jeweiligen Bewegungen hatten, ließ sich nicht an der jeweils gewählten Organisationsform festmachen. Die Studentenbewegungen hatten in der Bildungspolitik mit ihrer Druckpolitik vorübergehend großen Erfolg, als sie jedoch politisch die Arbeiter zu organisieren versuchten, erlitten sie totalen Schiffbruch. Die Friedensbewegung — soweit man von Erfolgen reden kann — entwickelte sich zum Teil an den Grünen vorbei. Durch den oben erwähnten raschen Themenwechsel wurden Erfolge durch diskontinuierliche Politik zunichte gemacht. Als man nach Tschernobyl die Kernkraftwerke wieder aufs Korn nahm, „vergaß“ man im gleichen Sektor der Energiepolitik vieles von dem, was man über Kohlekraftwerke zuvor schon erkannt hatte.

Der Verfasser ist vor der Bundestagswahl 1980 in der Sendung „pro und contra“ als Sachverständi-

³⁷) Klaus von Beyme, Die ökologische Bewegung zwischen Bürgerinitiativen und Parteiorganisation, in: Bernd Guggenberger/Udo Kempf (Hrsg.), Bürgerinitiativen und repräsentatives System, Opladen 1984², S. 361—375.

³⁸) Joachim Raschke, Organisierter Konflikt in westeuropäischen Parteien. Vergleichende Analyse parteiinterner Oppositionsgruppen, Opladen 1977.

³⁹) Dieter Rucht, Institutionalisierungstendenzen der neuen sozialen Bewegungen, in: H.-H. Hartwich (Anm. 3), S. 199—212.

³⁵) Steven J. Rosenstone u. a., *Third Parties in America*, Princeton, 1984.

³⁶) Klaus von Beyme, *Vorbild Amerika? Der Einfluß der amerikanischen Demokratie in der Welt*, München 1986, S. 168 ff.

ger gegen den Plan, die Grünen als Bundespartei kandidieren zu lassen, aufzutreten. Im Lichte der Beharrungstendenzen nationaler Organisationsmuster würde ich manche meiner damaligen Empfehlungen, lieber nach amerikanischem Vorbild freie Bewegung zu bleiben, die Druck auf alle Parteien ausübt, inzwischen modifizieren. Die Möglichkeit, der politisch heimatlosen unorthodoxen Linken endlich einen Regenschirm aufzuspannen, mit dem sie trotz aller Heterogenität des geistigen Hintergrunds aus dem Regen der Marginalisierung herauszukommen versucht, wäre für mich heute ein gewichtiges Argument für die Organisation als Partei. Der Erfolg der Parteienkonstituierung könnte hingegen rückwirkend nicht ohne weiteres geltend gemacht werden. In vergleichender Perspektive fällt eher auf, daß schwache, reformistische Umwelt- und Anti-AKW-Bewegungen in Schweden und in den USA im Ver-

gleich zu den Grünen als Partei noch immer durchsetzungsfähiger sind⁴⁰). Ein solches Urteil bedarf allerdings der Einschränkung, daß ein Agieren als Bürgerinitiativverband in Deutschland vermutlich keine größeren Erfolge gezeitigt hätte. Auf die Dauer könnte durch die Koalitionssogwirkung auf die SPD der Erfolg der Grünen sogar größer werden, als er auch mit der geschicktesten *Pressure-group-Politik* hätte sein können. Zudem sind die Möglichkeiten dieser Politik dank der Ansatzpunkte dezentralisierter Entscheidungsstrukturen — Föderalismus, lückenloses Verwaltungsrechtssystem mit Klagemöglichkeiten, die weit über die Möglichkeiten der meisten Rechtsstaaten hinaus gehen — im Vergleich zu anderen Ländern wie Frankreich ziemlich gut ausgenutzt worden. In der Erweiterung der Themenpalette um das Friedens-thema ist die deutsche Bewegung sogar allen anderen Bewegungen voraus⁴¹).

III. Die Komplementarität der Aktionsformen auf der Ebene individuellen politischen Verhaltens

Eine letzte These lautet, daß die neuen sozialen Bewegungen den Parteien noch weniger radikalalternativ gegenübergestellt werden können als früher, weil es eine größere Rollendifferenzierung im politischen Verhalten der Individuen gibt als je zuvor. Die alten versäulten Subkulturen der Bewegungen, vor allem der von der Wahlpolitik ausgeschlossenen (Sozialisten) oder durch sonstige Restriktionen unterprivilegierten Gruppen (Kulturkampf gegen christliche Parteien) haben keine Vielfalt des politischen Verhaltens erzeugt wie moderne soziale Bewegungen. Man hat einen Unterschied zu früher darin gesehen, daß die neuen sozialen Bewegungen vom neuen Milieu profitierten, während die etablierten Parteien in ihrem traditionellen Milieu kaum noch verankert sind⁴²). Auch diese Annahme ist zum Teil Frucht des Wünschens. Das neue Milieu bleibt weit autonomer gegenüber der Partei neuen Typs als es das alte Milieu jemals gegenüber einer Partei gewesen ist. Die These von der neuen Subkultur wird von vielen Anhängern der neuen sozialen Bewegungen auch eher für bedenklich gehalten. Traditio-

nell haben solche Unterscheidungen der Stigmatisierung mehr als der Erweiterung von Spielräumen gedient⁴³). Keine moderne Bewegung kann verhindern, daß ihre Teile bestimmte Aktionsformen wählen und aus der großen Verweigerung heraustreten, wie das im 19. Jahrhundert noch vorkam. Damals konnte die Kirche in Italien bis zum Durchbruch der Popolari-Partei Don Sturzos 1919 fünf Jahrzehnte ihre Bewegung in eine unpolitische Wahlboykott- und Parteienbildungsverbotspolitik kommandieren. Heute ließe sich weder Wahlboykott noch Wahlbeteiligung steuern, weil Individuen und Gruppen in der Bewegung viel zu autonom geworden sind.

Eine gewisse *minimale Arbeitsteilung* stellt sich jedoch nicht nur zwischen den kollektiven Organisationsformen her, sondern entsteht als Ausdifferenzierung von Rollen, über deren Einsatz Individuen und Kleingruppen relativ autonom und unabhängig von einer Bewegung entscheiden. Vorbei sind die Zeiten, da man vom Durchschnittsbürger nur *konventionelles Verhalten* erwartete, das die Wahl- und Partizipationsforschung zu mehr oder weniger gebändigten Modellen der elitären Demokratie verarbeitete. Vorbei erscheinen auch die Zeiten, da alles *unkonventionelle Verhalten* als „revolutionär“ eingestuft und der Revolutions- und Terrorismusforschung überantwortet wird (das bedeutet freilich nicht, daß

⁴⁰) Karl-Werner Brand (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA*, Frankfurt 1985, S. 11.

⁴¹) Dorothy Nelkin/Michael Pollak, *The Atom Besieged. Antinuclear Movements in France and Germany*, Cambridge, Mass., 1982², S. 196 ff.; Frank Nullmeier u. a., *Umweltbewegungen und Parteiensystem. Umweltgruppen und Umweltparteien in Frankreich und Schweden*, Berlin 1983, S. 51 f.

⁴²) Joachim Raschke (Hrsg.), *Bürger und Parteien*, Opladen 1982, S. 13.

⁴³) Joseph Huber, *Wer soll das alles ändern? Die Alternativen der Alternativbewegung*, Berlin 1980, S. 72.

vor allem einzelne politische Akteure heute immer noch gern nach dem veralteten Forschungsstand verfahren möchten). Selbst Verhalten gegen das Regime wird heute vielfach neutral als „*unkonventionelles*“ oder stärker als „*aggressives*“ politisches Verhalten definiert⁴⁴⁾.

Ein Teil des „aggressiv“ erscheinenden politischen Verhaltens ist weder persönlich noch sozialstrukturell exklusiv. Individuen gehören nur, wenn sie im Terroristenmilieu fest verankert sind, noch Gruppen an, die grundsätzlich konventionelles politisches Verhalten meiden. Auch als Individuen neigen sie zum Nebeneinander politischer Verhaltensformen. Nicht wenige der motivierenden Theorien sind tentativ formuliert. Ein einflußreiches Buch heißt „An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie“. Das Mehrheitsprinzip wird nicht mehr in Bausch und Bogen verurteilt⁴⁵⁾. Das alte Dilemma der Demokratietheorie, daß Minderheiten ihre Zielvorstellungen intensiver wünschen als heterogene Sandhaufenmehrheiten⁴⁶⁾, wird erneut zum Gegenstand des Raisonnements. Kaum jemand geht jedoch den gefährlichen antidemokratischen Weg, das Stimmenwägen anstatt des Stimmzählens zu empfehlen. Moderne Bewegungen beschränken sich auf ein „*corriger la fortune*“, in dem sie im Protest die Chancen von Minderheiten verbessern. Protest ist der große Gleichmacher. Konventionelles Wahlverhalten benachteiligt kleine Gruppen. Unkonventionelles Verhalten gibt Minderheiten ein größeres Gewicht⁴⁷⁾. Gleichmacherei liegt zusätzlich in der *Diffusion der Mittel*, die einst auf Unterschichtenbewegungen beschränkt waren. Selbst im ruhigen Nordeuropa gibt es gelegentlich Ärztestreiks, und junge Unternehmer benutzen heute gelegentlich die Straßendemonstration, die sie früher als „gewerkschaftliches Mittel“ verabscheut hätten. Da es kaum noch Mitteltabus gibt — abgesehen von offener Gewalt — ist der Freizeitprotestler nicht selten zugleich der durchaus rational abwägende Wähler und Teilnehmer an einer friedlichen Bürgerinitiative. Nur übertriebene Stigmatisierung durch staatliche Repression könnte die sauberlich abgegrenzten Revolutionsgruppen wieder herstellen, die das unkonventionelle Verhalten aus der Zeit des Primats der Arbeiterbewegung kennzeichnete.

Auf dem Berliner Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft von 1982, der

44) Edward N. Muller, *Aggressive Political Participation*, Princeton 1979, S. 6.

45) Bernd Guggenberger/Claus Offe (Hrsg.), *An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie*, Opladen 1984.

46) Robert Dahl, *Preface to Democratic Theory*, Chicago 1956, S. 90.

47) Samuel H. Barnes/Max Kaase, *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, London 1979, S. 532.

Anlaß zur Spaltung der Vereinigung wurde, artikulierten sich noch überwiegend die Zeugen eines Epochenwandels durch neue soziale Bewegungen. Vielleicht ist es mehr als ein Zufall, daß der Schock der Spaltung zur Ernüchterung auch in diesem Forschungsbereich führte. Die folgende wissenschaftliche Tagung von 1983 in Mannheim hat sich mehr um die Verbindungslinien von Parteien, Wählern und sozialen Bewegungen gekümmert. Die Behavioralisten haben damit einiges ernüchterndes Wasser in den Wein des Bewegungsenthusiasmus gegossen. Einige dieser neueren Arbeiten zeigten: Der Konflikt zwischen alter und neuer Politik liegt quer zu den Konfliktlinien des eingefrorenen Parteiensystems und wird von den bestehenden und den neuen Parteien in unterschiedlicher Weise verarbeitet, ohne das Parteiensystem an sich zu zerstören. Für die Herausbildung eines neuen, *lebensweltlichen Paradigmas* scheinen bestimmte ausdifferenzierte Parteiensysteme günstiger zu sein als stark konzentrierte⁴⁸⁾.

In Dänemark, den Niederlanden und in Deutschland ließe sich ein Zusammenhang zwischen Anhängern neuer sozialer Bewegungen und kleineren postmaterialistischen Linksparteien nachweisen. In anderen Ländern wie Schweden, wo sich die etablierten Parteien des Themenfeldes annahmen, wurden diese auch „*elektoral*“ belohnt⁴⁹⁾. Die Euphorie eines unilinearen Erklärungsmodells wurde gemildert. Es gab einmal eine unheilige Allianz von antisozialwissenschaftlich gestimmten Alternativen, welche die frohe Botschaft von Ingleharts „*Silent Revolution*“ auf sozialwissenschaftlicher Grundlage verkündeten, daß pro Jahr etwa 1% Zuwachs an Postmaterialisten zu verzeichnen sei. Manchmal wurde man an die Illusionen der Kautskyschen Sozialdemokratie erinnert, die sich ausrechnete, wann sie elektoral zum Siege kommen müsse — ohne Kenntnis davon, daß verbales Verhalten sich nicht in tatsächliches politisches Verhalten umsetzen muß, und daß die Gewinnung von Mehrheiten mit Konzessionen an vielfältige Sozialgruppen verbunden ist, die der Geschlossenheit eines Programms nicht bekommen. Sie könnten wie einst bei der Sozialdemokratie dazu führen, daß etwa so viele Verluste an Kernwählerschaft zu verzeichnen sind, wie es Zugewinne in neuen Zielgruppen gegeben hat⁵⁰⁾.

48) Joachim Raschke, *Politik und Wertwandel in den westlichen Demokratien*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 36/80, S. 44.

49) Ferdinand Müller-Rommel/Nicholas Watts, *Zur elektoralen Verankerung der Anhänger neuer sozialer Bewegungen*, in: Jürgen Falter u. a. (Hrsg.), *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, Opladen 1984, S. 602—620.

50) Adam Przeworski, *Capitalism and Social Democracy*, Cambridge 1985, S. 104 ff.

Befragungen zeigten, daß nur knapp die Hälfte der Postmaterialisten zu den Grünen neigten. Hauptproblem wurde der Umkehrschluß, warum 65—75% der sozialstrukturellen Kerngruppen der neuen sozialen Bewegungen (Gebildete, Studierende, Ledige, konfessionell nicht gebundene) eine Option für die etablierten Parteien haben. Sozialisations- und Kommunikationsvariablen erklären die Differenz⁵¹). Sie legen aber die Vermutung nahe, daß angesichts der sich pluralisierenden differenziellen Kontakte von Individuen neue Gruppen es schwer haben, ein größeres sozialstrukturelles Milieu dauerhaft aufzubauen.

Der oben erwähnte Vorteil der Milieustütze für die neuen Parteien wird damit — angesichts der organisatorischen Defizite der Parteien neuen Typs — rasch wieder aufgewogen.

Neuere nichtlineare Erklärungen des Anwachsens der neuen sozialen Bewegungen begnügen sich jedoch nicht mit der Hoffnung auf den Selbstlauf der Ausweitung von postmateriellen Einstellungen in unserer Gesellschaft, sondern sehen die Empfänglichkeit für postmaterielle Botschaften in Wellen des neuen Idealismus, verbunden mit

⁵¹) Manfred G. Schmidt, Der Beitrag der ‚etablierten‘ Politik zur Entstehung der neuen sozialen Bewegungen, in: J. Falter u. a. (Anm. 49), S. 580—588.

realen Chanceneinschätzungen für die eigene Karriere⁵²). „Grüner an sich“ wird „Grüner für sich“ nicht selten durch die Einbrüche auf dem akademischen Arbeitsmarkt. Diese Erklärungsmuster lassen die Prognosen für die dauerhafte elektorale Etablierung des Protests der neuen sozialen Bewegungen nicht günstig erscheinen. Die unsicheren Prognosen sind relevant, noch ehe sie ihre Berechtigung erwiesen haben, wenn sie im Verhalten der potentiellen Anhängerschaft der neuen sozialen Bewegungen schon heute das zweigleisige Verhalten — die Arbeitsteilung von konventioneller und unkonventioneller politischer Aktivität — verstärken. Ein Schematismus der 30-Jahres-Zyklen, wie sie Beck für die USA festzustellen glaubte, wird sich für Deutschland kaum nachweisen lassen⁵³). Die abnehmenden Partei-bindungen der dritten Generation werden durch den säkularen Prozeß der Abnahme von *Partei-identifikation* überlappt und lassen genaue Zeitangaben eher irreführend werden.

⁵²) Wilhelm Bürklin, Grüne Politik, Opladen 1984; Jens Alber, Modernisierung, neue Spannungslinien und die politischen Chancen der Grünen, in: PVS (1985), S. 211—226.

⁵³) Wilhelm Bürklin, Evolution und Zyklus: Mögliche Beiträge der Zyklen-theorie zur Verbesserung sozialwissenschaftlicher Theoriebildung, in: Max Kaase (Hrsg.), Politische Wissenschaft und politische Ordnung, Opladen 1986, S. 265—278.

Fritz Vilmar/Brigitte Runge: Soziale Selbsthilfe — Privatisierung oder Vergesellschaftung des Sozialstaats? Ergebnisse einer Studie über die Sozialen Selbsthilfegruppen in der Bundesrepublik Deutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/86, S. 3—18

Die Selbsthilfebewegung hat ihre Ursachen nicht nur in sozialen Mißständen, die die staatliche Politik nicht bewältigt, sondern vor allem auch im Streben nach alternativen sozialen Strukturen und in einer wesentlich gewachsenen sozialen Handlungsbereitschaft von aktiven Minderheiten. Hochschätzungen von Felduntersuchungen korrigieren die bisher in der Literatur viel zu niedrig angesetzte Zahl von Selbsthilfegruppen: In der Bundesrepublik gibt es mittlerweile 40 000 bis 45 000 Soziale Selbsthilfegruppen. Aus über 200 analysierten Praxisberichten ergibt sich, daß diese Gruppen in ca. 25 Arbeitsschwerpunkten tätig sind, also über den Bereich etwa der sozialfürsorglichen und therapeutischen Gruppen weit hinausreichen. Daher wird mit dem Begriff der „Sozialen Selbsthilfe“ eine qualitative Erweiterung des Verständnisses der autonomen Selbsthilfebewegung vorgeschlagen. Soziale Selbsthilfe bietet Chancen für den Einzelnen und die Gesellschaft: Menschen gelangen aus ihrer isolierten Privatexistenz zu sinnvollen Zielen und aktiver Gemeinschaft; in der Gesellschaft entwickeln sich allmählich von „unten“ humanere Strukturen. Die Weiterentwicklung Sozialer Selbsthilfe kann nur gelingen, wenn vorhandene Barrieren und Einwände überwunden werden.

Klaus Schaper: Sozial- und arbeitsmarktpolitische Auswirkungen neuer sozialer Bewegungen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/86, S. 19—29

Sowohl die zu erwartende sozialökonomische Entwicklung als auch Prozesse des Wertwandels befördern den Trend zur individuellen und kollektiven Eigenhilfe. Die „Kostenkrankheit“ sozialer Dienstleistungen läßt eine weitere staatlich-professionelle Expansion trotz drängender Versorgungsengpässe kaum zu. Selbsthilfegruppen sind auch insofern eine wertvolle Ergänzung, weil sie ein Gegengewicht zur Dominanz der Experten sichern und präventive Orientierungen anstreben. Eine weitere Verbreitung dieser Gruppen setzt allerdings eine Strukturreform des kommunalen gesundheitlichen und sozialen Versorgungsnetzes etwa nach Art der Auerbachschen Sozialgemeinde voraus, in der Partizipationschancen eröffnet und professionelle Zusammenarbeit angeboten werden. Während Selbsthilfegruppen als Hoffnungsträger einer zukünftigen Sozialordnung gelten können, treten die alternativen ökonomischen Betriebe allenfalls „Trampelpfade“ durch das Dickicht der Arbeitslosigkeit. Zudem wirken die von Oppenheimer beschriebenen Transformationsgesetzmäßigkeiten des marktwirtschaftlich-kapitalistischen Systems auch heute fort, so daß die erfolgreichen Betriebe unter dem allgemeinen Wettbewerbsdruck ihre gemeinwirtschaftliche Orientierung gefährden, während die übrigen vielfach unter Selbst- und Fremdausbeutung und mangelnder sozialer Sicherung zu leiden haben.

Klaus von Beyme: Neue soziale Bewegungen und politische Parteien

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/86, S. 30—39

Neue soziale Bewegungen beanspruchen das Beiwort „neu“ in einigen Punkten zu Recht, in anderen zu Unrecht. Eine organisationstheoretische Perspektive zeigt, daß die alte Arbeitsteilung zwischen Bewegungen und Verbänden, die im 19. Jahrhundert vorherrschte, nicht wiederkehren wird. Intentional soll es bei den neuen sozialen Bewegungen überhaupt keine Arbeitsteilung geben. De facto stellt sie sich jedoch wieder her.

Eine Gefährdung der Repräsentativverfassung moderner parlamentarischer Demokratie durch die Forderungen der neuen sozialen Bewegungen, die Autonomie statt Repräsentation anstreben, ist so wenig als säkularer Trend feststellbar wie die Aushöhlung der Repräsentativverfassung durch die funktionale Repräsentation im Neokorporatismus, die gelegentlich als zweites Gefährdungsmoment herausgestellt worden ist. Es läßt sich weder ein stabiles Milieu feststellen, das den neuen Bewegungen und Parteien neuen Typs einen dauerhaften Vorteil gegenüber dem sozialen Milieu der alten Parteien bietet, noch läßt sich bisher die lineare Erklärung neuer sozialer Bewegungen im Sinne alter, fortschrittsgläubiger Stadienlehren erhärten. Die Einbindung in die Themen und Mechanismen bestehender Gesellschaften ist so groß, daß zu erwarten ist, daß die epochalen Wandlungen im Sinne der Änderung von Spielregeln und Politikinhalt bei den neuen sozialen Bewegungen eher geringer sein wird als in den Epochen ideologisch versäulter Bewegungen der Vergangenheit.